

Stenografischer Bericht

– öffentlicher Teil –

95. Sitzung des Innenausschusses

6. Juni 2013, 12:00 bis 16:05 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender Abg. Horst Klee (CDU)

CDU

Abg. Alexander Bauer
Abg. Holger Bellino
Abg. Christian Heinz
Abg. Hartmut Honka
Abg. Dr. Rolf Müller (Gelnhausen)
Abg. Helmut Peuser

SPD

Abg. Nancy Faeser
Abg. Dieter Franz
Abg. Lisa Gnadl
Abg. Günter Rudolph
Abg. Andrea Ypsilanti

FDP

Abg. Dr. Frank Blechschmidt
Abg. Heinrich Heidel
Abg. Hans-Christian Mick
Abg. Helmut von Zech

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Abg. Ellen Enslin
Abg. Jürgen Frömmrich
Abg. Daniel Mack
Abg. Mürvet Öztürk

DIE LINKE

Abg. Hermann Schaus
Abg. Dr. Ulrich Wilken
Abg. Janine Wissler

Fraktionsassistent/in:

FraktAss	Dr. Walter Fishedick	(Fraktion der CDU)
FraktAss	Ralf Sturm	(Fraktion der SPD)
FraktAss	Sönke Greimann	(Fraktion der FDP)
FraktAss	Rolf Krämer	(Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
FraktAss	Adrian Gabriel	(Fraktion DIE LINKE)

Landesregierung, Rechnungshof, Datenschutz, Landtagskanzlei:

Name (bitte in Druckbuchstaben)	Amts-/ Dienstbezeichnung	Ministerium, Behörde
Boris Rhein	M	HMdluS
Werner Koch	StS	HMdluS
Graf, Matthias	MDgt	"
SEIFNER, TOIEF	LMR	"
Gortner, Stephan	MinDirg	"
Molachinski, Christoph	RD	"
Scharlach, Diane	OARu	"
BEATRIX KARCH-OTT	RD'in	"
HELGA HETZNER	OAR'in	"
Edeltraud Senekovic	VA'e	StK
Barbara Wolzel	AR'in	HMdluS
Friedrich, Dirk	MR	"
MARU KORBEBEGER	MR	"
DR. ACHIM THIEL	Polizeipräsident	"
Harald Schneider	Abteilungsleiter	"

Name (bitte in Druckbuchstaben)	Amts-/ Dienstbezeichnung	Ministerium, Behörde
DIETL, Jürgen	IdP	HMdIS - CP
Münz, Udo	UPP	u
Klinker, Hen.-fr.	UPVP	— a —
RUF-HILSCHER	MR'in	HMdIS
R. Wagner	RD	HMdIS
Martin Döfler	MR	HMdIS
Thomas Beinlich	STA	HMdJIE
Barbara Dembowska	MRin	HMdIS
Robin Schrag	Referendar	11
Sally Uhlmann	Referendarin	u
Karin Müller	Ltd. MR	u
TOBIAS GROSCHUPH	PR	u

Protokollierung: RDirin Thaumüller, RDir Dr. Spalt

Inhaltsverzeichnis:**Punkt 1 bis 5:****– siehe nicht öffentlicher Teil –****Punkt 6:****Besondere Vorkommnisse im Bereich des Innern****S. 6****– siehe auch nicht öffentlicher Teil –****Punkt 7 bis 9:****– siehe nicht öffentlicher Teil –****Punkt 10:****Dringlicher Berichts Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Zuwanderung aus
Bulgarien und Rumänien****– Drucks. [18/7442](#) –****S. 70****Punkt 11 und 12:****– siehe nicht öffentlicher Teil –****ANLAGE:****Bilder zu dem Vortrag des HMdluS zu Punkt 6**

Auf Antrag der Abg. **Hermann Schaus** (zu Punkt 6) und **Jürgen Frömmrich** (zu Punkt 10) kommt der Ausschuss einvernehmlich überein, den Tagesordnungspunkt 6 im Hinblick auf das Thema „Blockupy-Demonstration am 1. Juni 2013“ sowie den Tagesordnungspunkt 10 vorzuziehen und öffentlich zu behandeln.

Der **Vorsitzende** führt aus, dass er entgegen dem schriftlich angekündigten Antrag der Fraktion DIE LINKE, zu dem Tagesordnungspunkt 6 ausnahmsweise Bild- und Tonaufnahmen zuzulassen, nicht von der bewährten Praxis des Hessischen Landtags abweichen wolle. Wenn das Verfahren geändert werden solle, müsste dies im Ältestenrat besprochen werden.

Der Vorsitzende erklärt, die

wörtliche Protokollierung der Diskussionen zu den Tagesordnungspunkten 6 und 10

sei beantragt. – Da sich dagegen kein Widerspruch erhebe, werde dem entsprochen werden.

Abg. **Hermann Schaus**: Es gibt noch unseren Antrag – und über den muss entschieden werden –, ob von dieser Diskussion ausnahmsweise Bild- und Tonaufnahmen gemacht werden dürfen. In der Geschäftsordnung sehe ich keine Regelung, die dem entgegensteht. Insofern ist der Ausschuss autonom, darüber zu entscheiden – auch in Abweichung von der bisherigen Praxis, die nirgendwo niedergeschrieben ist – und das heute ausnahmsweise zuzulassen. Das erhebe ich zum Antrag.

Abg. **Holger Bellino**: Wenn dieser Antrag gestellt wird, dann spreche ich formal dagegen. Der Ausschussvorsitzende hat es bereits klargemacht: Es ist in allen Ausschüssen des Hessischen Landtags gängige Praxis, dass dort keine Bild- und Tonaufnahmen gemacht werden.

Selbstverständlich kommt man dem Wunsch nach, dass hier ein Wortprotokoll geführt werden soll. Das kann man nachvollziehen. Es ist demokratischer Brauch, das zu tun, wenn es gefordert wird. Dann hat man das für die Nachbereitung und für die Archive. Das ist völlig in Ordnung.

Insofern ist hier ein Höchstmaß an Transparenz gewährleistet. Wenn hier von einer Fraktion Bild- und Tonaufnahmen gefordert werden, dann zeigt das nur, dass es hier um Klamauk geht. Dafür aber sind Ausschusssitzungen nicht da, und deshalb werden wir diesen Antrag ablehnen.

Vorsitzender: Wir müssen jetzt über einen Geschäftsordnungsantrag abstimmen.

Die Fraktion DIE LINKE hat beantragt:

Während dieses Tagesordnungspunktes sollen von der Sitzung Ton- und Bildaufnahmen angefertigt werden.

Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen.

(Handzeichen des Abg. Hermann Schaus sowie einiger Zuhörer – Heiterkeit)

– Wenn Sie einmal Landtagsabgeordnete sind, stimmen Sie natürlich mit. Das ist ganz klar. Aber darum müssen Sie sich bemühen.

Wer ist gegen diesen Antrag? – Enthaltung?

Dann ist dieser Antrag mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE abgelehnt. – Damit treten wir in die Tagesordnung ein.

Punkt 6:

Besondere Vorkommnisse im Bereich des Innern

Vorsitzender: Ich darf dem Innenminister das Wort erteilen, den ich auch recht herzlich begrüße, zusammen mit der gesamten Polizeiführung. – Frau Faeser, zur Geschäftsordnung?

Abg. **Nancy Faeser:** Herr Klee, wenn Sie es erlauben, möchte ich noch gern etwas dazu sagen; denn wir haben den Innenminister zu diesem Punkt angeschrieben.

Vorsitzender: Auch damit habe ich kein Problem. Heute Mittag sind wir alle sehr verträglich.

Abg. **Nancy Faeser:** Herr Vorsitzender, diese wertschätzende Kommunikation im Innenausschuss ist sehr nett.

Ich möchte gerne begründen, warum wir Sie, Herr Innenminister, angeschrieben haben. Es wird heute hier darum gehen, ein bisschen zu deeskalieren. Die Demonstration vom letzten Samstag wirft aber schwerwiegende Fragen auf, die wir Ihnen haben zukommen lassen. Ich würde mich sehr darüber freuen, wenn Sie schon heute in der Lage wären, alle Fragen zu beantworten. Am Montag sind Ihnen diese Fragen zugegangen.

Uns geht es vor allem um Folgendes: Art. 8 Abs. 1 GG garantiert die Versammlungsfreiheit. Eingriffe in das Demonstrationsrecht sind nach § 15 des Versammlungsgesetzes in Verbindung mit der HSOG immer dann möglich, wenn Angriffe gegen Personen stattfinden. Das ist unstrittig. Dennoch bleibt die Frage, wie an diesem Samstag das Demonstrationsrecht der vielen gewährleistet wurde. Ein stundenlang aufrechterhaltender Kessel hat dazu geführt, dass der Demonstrationzug nicht weiterkam. Deswegen liegt die Vermutung schon nahe, dass hier ein Eingriff in dieses Grundrecht vorliegen könnte. Deswegen unsere Fragen nach der Verhältnismäßigkeit dieses Einsatzes und insbesondere danach, wer dafür die Verantwortung trägt.

Ich sage eines vorweg: Der Einsatzleiter, Herr Schneider, ist in den Sitzungen des Innenausschusses dadurch aufgefallen, dass er immer sehr besonnen reagiert hat. Das muss man ausdrücklich sagen. Deswegen ist es schon sehr verwunderlich, dass es zu dieser langen Dauer der Einkesselung gekommen ist. Deswegen interessiert mich noch zusätz-

lich zu unseren Fragen: Herr Innenminister, wer war am Samstag vor Ort im Lagezentrum anwesend? Bislang ist es üblich, dass der örtlich zuständige Polizeipräsident im Lagezentrum anwesend ist. War der Landespolizeipräsident dort anwesend? Waren möglicherweise Sie selbst dort anwesend? Immerhin ist Frankfurt Ihre Heimatstadt, und dies war eine großangelegte Demonstration. Deswegen könnte es nahegelegen haben, dass Sie dort einmal vorbeigeschaut haben: auch im Sinne derjenigen, für die Sie die Fürsorgepflicht tragen.

Neben der Frage, ob es tatsächlich verhältnismäßig war, so lange einzukesseln und derart durchzugreifen, ist auch zu fragen, wie es sein kann, dass viele der Polizeibeamten – oder zumindest einige; das ist an mich herangetragen worden – länger als 20 Stunden am Stück im Einsatz sein konnten, obwohl dieser Einsatz doch sehr frühzeitig geplant war. Auch das interessiert uns sehr, denn auch das trägt dazu bei, dass man ausgeglichen bleibt, auch in schwierigen Situationen.

Vorsitzender: Herr Schaus, Sie wollten direkt dazu etwas sagen, noch bevor der Innenminister das Wort erhält?

(Wortmeldung des Abg. Jürgen Frömmrich)

– Von mir aus können alle zu Wort kommen. Ich habe damit kein Problem, ich habe mir für heute sonst nichts vorgenommen.

Abg. **Hermann Schaus:** Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst will ich darauf hinweisen, dass wir als Fraktion DIE LINKE keine schriftlichen Fragen eingereicht haben. Aus unserer Sicht war das nicht notwendig, denn alle unsere Landtagsabgeordneten sowie acht Bundestagsabgeordnete waren Augenzeugen dessen, was in Frankfurt geschehen ist. Daher haben wir natürlich Eindrücke und Erfahrungen gewonnen, die uns niemand nehmen kann. Ich sage ergänzend – in Klammern –: auch keine Presseerklärung der CDU.

Es ist mir aber ein besonderes Bedürfnis, mit dem Hinweis auf die mehrfache Dankagung an die Polizei hier heute an dieser Stelle all den Demonstrantinnen und Demonstranten zu danken, die an dieser Demonstration teilgenommen haben und die – das ist dokumentiert – trotz Körperverletzungen, ausgehend von der Polizei – dabei ist „Körperverletzung“ noch ein vorsichtig gewählter Begriff – ruhig geblieben sind: sowohl die angeblichen Chaoten im Kessel – bei denen habe ich mich mehr als sechs Stunden lang aufgehalten, und von denen ging zu keinem Zeitpunkt irgendeine Art der Aggression aus – als auch die selbst von CDU, Minister und Polizei als „friedlich“ bezeichneten Demonstranten, die hier – und auch das ist alles dokumentiert – zu Hunderten verletzt wurden. Zu Hunderten, außerhalb des Kessels! Ihnen Dank dafür zu sagen, dass sie ruhig und friedlich geblieben sind, wäre, glaube ich, nicht nur Aufgabe der LINKEN, sondern das wäre auch eine Aufgabe des Innenministers.

Herr Minister, deshalb fordere ich Sie auf, dies auch zu tun. Denn wenn diese Demonstrantinnen und Demonstranten nicht so besonnen gehandelt hätten, dann würden wir heute eine ganz andere Diskussion führen.

Abg. **Jürgen Frömmrich:** Herr Vorsitzender, auch ich bin dankbar, dass wir das alles heute hier diskutieren. Ich möchte darum bitten, dass wir das sehr abgewogen und struktu-

riert tun. Denn an diesem Tag sind mehrere Dinge von Relevanz und für die Beurteilung wichtig.

Hoffentlich wird der Innenminister jetzt gleich einmal ein Gesamtüberblick über die Planung und die Strategie dieses gesamten Wochenendes geben. Es wäre höchst interessant, dabei zu erfahren, wer an der Planung und der Entwicklung dieser Strategie beteiligt gewesen ist und wie sich die Gefahranalysen im Vorfeld dieser Demonstration dargestellt haben.

Ein zweiter Punkt, den ich gern in diese Debatte bringen möchte, ist der Ablauf dieser Demonstration in Frankfurt. Dazu gibt es eine ganze Menge Fragen, die hier zu beantworten sind.

Dann würde ich gerne einen Blick – dafür ist in diesem Raum genügend Sachverstand vorhanden – auf die Rechtslage werfen: Welche Rechtslage haben wir in Bezug auf die Umsetzung und auf die Durchsetzung eines Grundrechts durch staatliche Organe? Dieser Punkt interessiert mich sehr. Ich hoffe, darüber diskutieren wir etwas länger.

Ein vierter Block, über den ich sehr gern diskutieren würde, sind die Aussagen, die auch schon zu vielfältigen Debatten in der Öffentlichkeit geführt haben: das, was Medienvertreterinnen und -vertreter berichtet haben. Es ist nämlich nicht so, wie es aus Presseerklärungen – als Klammerbemerkung eben schon erwähnt – zu erfahren ist: dass es die des schwarzen Blocks gewesen sind; wenn Sie die Medienvertreterinnen und -vertreter, die zum Teil auch anwesend sind, dazu zählen, dann tun Sie mir leid. Es gibt eine Fülle an Berichterstattung, die diesen Tag vollkommen anders beurteilt, als es der Innenminister, der Landespolizeipräsident und auch der Einsatzleiter des damaligen Tages sehen.

Ich würde das gerne in dieser Struktur diskutieren und freue mich darauf, den Innenminister zur Frage der Planung, der Strategie des gesamten Wochenendes zu hören.

Vorsitzender: Jetzt haben sich Dr. Blechschmidt und Herr Bellino gemeldet. Dann sind alle Fraktionen zu Wort gekommen. Ich bitte um Einverständnis dafür, dass dann der Innenminister vorträgt, und sehr wahrscheinlich dann im Anschluss auch der Einsatzleiter des Wochenendes.

Abg. **Dr. Frank Blechschmidt:** Für mich ist es eine Selbstverständlichkeit, dass das heute im Innenausschuss zur Tagesordnung gehört. – Für die Zuhörer: Wir haben den ständigen Tagesordnungspunkt „Besondere Vorkommnisse im Bereich des Innern“, und darunter wird immer aktuell berichtet. Das Wochenende liegt erst wenige Tage zurück, und für mich als Liberalen ist es eine Selbstverständlichkeit, dass heute über dieses Thema geredet wird. Ich sage das auch mit Blick auf die Eingangsbemerkungen. Ich bitte, dass jetzt der Innenminister zu Wort kommen kann, damit wir diskutieren können.

In den letzten Tagen habe ich eine Inflation von Pressemitteilungen zur Kenntnis genommen. Als Liberale haben wir uns bewusst zurückgehalten, denn zunächst wollen wir heute hören und diskutieren, was dort geschehen ist.

Ich bitte, dann in die Tagesordnung einzutreten und nicht dauernd die Pressemitteilungen der letzten Tage zu wiederholen. Wir als Innenausschuss müssen das heute unter unserem ständigen Tagesordnungspunkt diskutieren.

(Abg. Jürgen Frömmrich: Wir brauchen von Ihnen keine Belehrung darüber, was wir hier sagen!)

Vorsitzender: In der Ruhe liegt die Kraft!

Abg. **Holger Bellino:** Herr Vorsitzender, ich teile die Vorschläge des Kollegen Frömmrich: dass wir hier die Gelegenheit nutzen, nicht nur – was notwendig ist – über diese Ereignisse vom vergangenen Samstag zu hören und darüber zu diskutieren –, sondern dass wir das mit der nötigen Besonnenheit und strukturiert tun. Dieser Einsatz und die nachgelagerte Diskussion haben in der Tat verschiedene Facetten. Die gilt es, zunächst einmal zu bewerten. Wir müssen hinterfragen, wie die Vorbereitung dieses Tages war, auf beiden Seiten. Dazu gibt es sicherlich Erkenntnisse. Wir müssen dann über den Einsatz sprechen, und dann sollten wir – und dafür wünsche ich mir die nötige Besonnenheit – uns darüber austauschen, wie wir es mit dem Grundgesetz und mit den dort verankerten Grundrechten halten.

(Abg. Hermann Schaus: Sehr gern!)

Es gibt nicht nur das von den LINKEN hier immer wieder hochgehaltene Demonstrationsrecht, sondern es gibt auch das Recht auf körperliche Unversehrtheit und anderes.

(Lachen bei den Zuhörern)

Der eine oder andere mag das vielleicht anders sehen, aber auch Polizeibeamte sind Menschen, die eine Würde haben. Wenn man die aber bespuckt und mit Farbbeuteln bewirft, dann hat auch das etwas mit Menschenwürde zu tun.

Ich will jetzt nicht die Pressemitteilungen wiederholen, aber in einer Zeitung, die Ihnen, Herr Schaus, sehr nahe steht, ist davon zu lesen, dass 13 Einsätze von der Feuerwehr gefahren wurden. Wo dann die Hunderte Verletzten sind, die – wie Sie das darstellen – schwerste Behandlungen über sich ergehen lassen mussten, das steht dann sehr infrage.

Lassen Sie uns das nachher alles in Ruhe diskutieren. Es sei mir aber gestattet, wenn diese Vorreden, von den LINKEN initiiert, von den einzelnen Fraktionen hier gehalten werden, zu sagen: Wir bedanken uns sehr herzlich bei der Polizei, die – dadurch, dass sie auch waffenähnliche Geräte sichergestellt und gewaltbereite Demonstranten isoliert hat – dazu beigetragen hat, dass sich die Vorkommnisse des vergangenen Jahres in Frankfurt nicht wiederholt haben.

Vorsitzender: Bevor jetzt der Minister das Wort erhält, habe ich die herzliche Bitte, dass wir uns an das halten, was hier üblich ist – vielleicht ist das nicht jedem bekannt –: Die Abgeordneten diskutieren untereinander. Die Abgeordneten stellen Fragen. Ich habe die Bitte, zu akzeptieren, dass nicht jedem hier jede Wortmeldung gefällt – aber das muss nicht durch Beifalls- oder Missfallenskundgebungen ständig gezeigt werden. Das muss nicht sein. Wir wollen uns gegenseitig zuhören und letztendlich in Summe Schlüsse daraus ziehen. Das ist die Aufgabe des Ausschusses und der Abgeordneten.

Minister **Boris Rhein**: Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal herzlichen Dank dafür, dass wir diesen Punkt hier so explizit zu Beginn der Tagesordnung behandeln. Die Frage, die sich mir stellt, ist natürlich, ob wir auch über die anderen Punkte aus dem Bereich der besonderen Vorkommnisse – die gibt es in diesem Land bzw. in angrenzenden Bundesländern auch noch: nämlich das Hochwasser und Verschiedenes anderes – hier ebenfalls berichten, oder ob wir zunächst einmal nur zu Blockupy berichten sollen.

Vorsitzender: Nur zu Blockupy.

Minister **Boris Rhein**: Zunächst nur zu Blockupy.

Herr Vorsitzender, dann will ich sehr gern die Gelegenheit nutzen, wie das gefordert worden ist – dazu hätte ich aber nicht aufgefordert werden müssen, sondern das hätte ich natürlich hier genau in dem Sinne getan, wie das auch Herr Blechschmidt vorgetragen hat –, sehr umfänglich über das Demonstrations- und Einsatzgeschehen der Polizei vom 01.06. berichten. Ich bzw. wir werden aber auch über die Tage vor dem 01.06. berichten. Denn es war doch nicht so, dass vor dem 01.06. in Frankfurt friedvolle Veranstaltungen stattgefunden hätten, sondern vor dem 01.06. wurden in Frankfurt schon erhebliche Sachschäden angerichtet, in Höhe von mehr als 100.000 €: eingeschlagene Scheiben; Banken, gegen die Farbbeutel geworfen wurden; Bekleidungsgeschäfte, gegen die Farbbeutel geworfen wurden usw., Schäden in Höhe von rund 100.000 €. Auch dazu werden wir natürlich berichten.

Eines will ich gleich vorwegnehmen. Diese Fabrizierung von Verschwörungstheorien – der Innenminister hätte aus seinem dunklen Amtszimmer heraus Anweisungen gegeben, wie Einsätze zu führen sind – entbehrt jeglicher Grundlage. Sie ist geradezu absurd. Ein Innenminister mischt sich niemals in das operative Geschäft seiner Polizei ein.

(Abg. Jürgen Frömmrich: Schauen wir einmal!)

– Herr Frömmrich, ich habe gelesen, dass die Grüne Jugend einen Untersuchungsausschuss einsetzen will.

(Abg. Jürgen Frömmrich: Die Grüne Jugend hat doch kein Antragsrecht!)

– Genau. Gut, das ist Ihre Jugend, damit müssen Sie schon selbst zurechtkommen.

(Abg. Jürgen Frömmrich: Bleiben Sie ganz entspannt!)

– Ich kann da wirklich ganz entspannt sein, denn weder habe ich persönlich – und weil Frau Faeser, glaube ich, in ihre Fragen auch Herrn StS Koch eingeschlossen hat,

(Abg. Nancy Faeser: Ja!)

schließe ich Herrn StS Koch natürlich mit ein – noch hat das Innenministerium in irgendeiner Art und Weise auf die Entscheidungen der Polizeiführung eingewirkt.

In Klammern will ich sagen: Selbstverständlich lasse ich mich in Lagevorträgen informieren, und zwar lange vor dem 01.06.; quasi ab dem ersten Tag, an dem bekannt wurde, dass es in Frankfurt wieder derartige Veranstaltungen gibt. Aber auch da ist es so, dass

in Lagevorträgen weder vom Innenministerium noch von mir persönlich irgendwelche strategischen Überlegungen mit der Polizei diskutiert wurden. Dafür ist das Polizeipräsidium Frankfurt und – an dem Tag – der Polizeiführer verantwortlich, nicht aber der Innenminister.

Ich möchte es nochmals sehr deutlich sagen: Ich habe nicht auf die Entscheidungen der Polizeiführung eingewirkt.

Das ist auch der Grund, warum ich Sie bitte, damit einverstanden zu sein, dass im Anschluss an meine Vorbemerkungen Herr Abteilungsdirektor Schneider – der in der Tat einer der besonderen und sehr kompetenten Polizeiführer ist – Ihnen den Sachverhalt hier erläutert. Denn Sie möchten einen Bericht haben, der wirklich auch jeden Umstand beleuchtet – wie und warum es zu dieser Entscheidung gekommen ist, warum die Hintergründe und die Umstände so sind. Deswegen möchte ich Sie sehr darum bitten, dass er erläutert, wie es dazu gekommen ist, dass ein gewaltbereiter Teil dieser Demonstration, der in massivem Maße gegen Gesetz und Auflagen verstoßen hat – –, dass er Sie hier über die Wege, die zu seiner Entscheidung geführt haben, informiert.

Die Fragen der SPD-Fraktion werden in diesen Vortrag dann selbstverständlich umfassend beantwortet. Natürlich wird auch das alles dargestellt, was Frau Faeser gewünscht hat. Das wird aus dem Vortrag hervorgehen.

Im Übrigen will ich nur so viel sagen: Diese Demonstration wurde zu keinem Zeitpunkt aufgelöst.

(Wortmeldung der Abg. Nancy Faeser)

Vorsitzender: Zur Geschäftsordnung?

Abg. **Nancy Faeser:** Der Innenminister hat einen Vorschlag gemacht, wie jetzt berichtet werden soll. Dazu möchte ich gerne etwas sagen.

Vorsitzender: Jetzt machen wir das aber so, dass der Innenminister zu Ende berichtet, und dann können Sie Verfahrensvorschläge unterbreiten.

Minister **Boris Rhein:** Das zeigt, dass bei Frau Faeser und bei Herrn Frömmrich schon eine gewisse Nervosität besteht.

(Lachen des Abg. Jürgen Frömmrich)

Nur so viel will ich noch einmal sehr deutlich sagen: Die Demonstration, die am 01.06. in Frankfurt am Main stattgefunden hat, ist zu keinem Zeitpunkt aufgelöst worden.

Ich habe eben gesagt: Weder ich persönlich noch das Innenministerium waren in diese Entscheidung eingebunden. Ich will aber ganz deutlich betonen: In der Rückschau und in der Gesamtschau halte ich die Entscheidung, einen Teil der Demonstrationsteilnehmer zu umschließen und dem anderen Teil den Fortgang entlang der übrigen Route, die vom Verwaltungsgerichtshof bestätigt worden ist, zu ermöglichen. Es hätte also jeder zu jedem Zeitpunkt diese Demonstrationsroute begehen können. Diese Entschei-

nung halte ich für nachvollziehbar. Ich halte diese Entscheidung im Übrigen nicht nur für nachvollziehbar, sondern ich halte sie für richtig und im Übrigen auch für vom Gesetz gedeckt.

Nehmen Sie einmal § 17a des Versammlungsgesetzes; er wird ergänzt durch § 27 des Versammlungsgesetzes. Dort heißt es:

Es ist verboten, bei öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel ... Schutz-
waffen und Gegenstände, die als Schutzwaffen geeignet und den Umständen
nach dazu bestimmt sind, Vollstreckungsmaßnahmen eines Trägers von Hoheits-
befugnissen abzuwehren, mit sich zu führen.

Das betrifft beispielsweise diese Styroporgegenstände, die mit einer Hartplastikfolie überzogen worden sind. „Folie“ ist eine Untertreibung, das ist eine Hartplastikfolie, mit Styropor versehen. Das ist nicht ein harmloser Gegenstand, der aus Styropor und Hartplastik besteht, sondern er ist in erheblichem Maße dazu geeignet, Vollstreckungsmaßnahmen abzuwehren. Aber er ist natürlich auch dazu geeignet, entsprechende Sperren, beispielsweise gesichert durch Stacheldraht, zu überwinden. Ein klarer Beweis dafür, dass das nicht einfach Platten sind, ist, dass durch diese Platten Schlaufen gezogen sind, sodass sie wie ein Polizeischild mit dem Unterarm geführt werden können.

Herr Frömmrich hat auf die verfassungsgerichtliche Rechtsprechung hingewiesen: Das ist in der Tat Teil der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung.

Ich glaube, Sie zitieren Herrn Gusy. Er beurteilt wieder einmal die Dinge aus der Ferne. Darauf können wir aber in der Diskussion eingehen.

In Abs. 2 § 17a heißt es:

Es ist auch verboten, an derartigen Veranstaltungen in einer Aufmachung, die
geeignet und den Umständen nach darauf gerichtet ist, die Feststellung der
Identität zu verhindern, teilzunehmen ...

Das ist das Vermummungsverbot. Dabei geht es nicht um Regenschirmchen – ganz abgesehen davon, dass es hier nicht darum ging, bunte Schirmchen in die Luft zu halten, sondern dass es darum ging, den Einblick von oben, beispielsweise durch den Hubschrauber, zu verhindern. Nein, es ging darum, dass Sturmhauben aufgesetzt worden sind. Es ging darum, dass eine echte Vermummung stattgefunden hat. Das kann ich deutlich an Bildern nachweisen.

Dann heißt es in Abs. 4:

[Die zuständige Behörde] kann insbesondere Personen, die diesen Verboten zu-
widerhandeln, von der Veranstaltung ausschließen.

Exakt das ist geschehen. Exakt das hat der Polizeiführer – im Übrigen in Abstimmung mit den zuständigen Behörden, vor allem mit der Stadt Frankfurt, der Versammlungsbehörde, die in der Befehlsstelle anwesend ist, getan.

Meine Damen und Herren, ich will das ganz deutlich sagen: Herr Schneider und die Frankfurter Polizei haben durch ihr Handeln dadurch Schaden von der Stadt abgewendet, dass er sich für eine Umschließung entschieden hat.

Denn die Tatsache, dass bei den Personen in großem Umfang – – 907 Personen waren in dieser Umschließung, und 911 Gegenstände, Waffengegenstände etc. sind sichergestellt worden: Sturmhauben; Böller sind sichergestellt worden; der sogenannte Polenbölller ist dazu geeignet, die Hand abzureißen. Dann gab es da noch industriell gefertigtes Feuerwerk, das ausschließlich von dazu ausgebildeten Personen abgeschossen werden darf. Wenn Sie so etwas in eine Polizeikette hineinwerfen, dann führt das nicht nur zum Abreißen einer Hand, sondern zu ganz anderen Schäden an Polizeibeamten. Auch das ist am Ende durch diese Kontrollen sichergestellt worden.

Über die Schutzschilde, die dort sichergestellt worden sind, habe ich schon geredet. Nach den Kontrollen wurden Schlag- und Hiebgegenstände sichergestellt. Im Übrigen waren die auch angespitzt.

(Zuhörer: Gebrochen!)

Vorsitzender: Sie haben hier nicht das Wort!

Minister **Boris Rhein:** Das führt zu erheblichen Verletzungen. – Ich habe Sie nicht verstanden. – Es sind auch in großem Umfang Farbbeutel und Flaschen, gefüllt mit Farbe, vorgefunden worden, mit übelsten Tinkturen in diesen Flaschen. Die werden natürlich gegen Gebäude geschleudert, aber die können auch gegen Personen geschleudert werden. Wir können Ihnen da Bilder von Polizisten zeigen, die von oben bis unten mit Farbe besudelt sind, die im Gesicht mit Farbe besudelt sind.

Wissen Sie: Unter diesen Uniformen stecken Menschen. Da stecken Menschen unter diesen Uniformen. Das sind keine Maschinen, sondern darunter stecken Menschen. Wenn man Farbe auf einen Menschen spritzt, dann ist das wie eine Entmenschlichung. Damit spricht man ihm ab, dass er ein Subjekt ist, der unter dieser Uniform steckt. Das hat mich am allermeisten – –

(Abg. Hermann Schaus: Was ist mit dem Pfefferspray?)

Vorsitzender: Herr Schaus, der Innenminister berichtet! Sie können sich danach melden. Jetzt hat der Innenminister das Wort, und sonst niemand.

(Abg. Hermann Schaus: Das ist ja kaum zu ertragen!)

– Dann müssen Sie einen Moment hinausgehen: wenn Sie das nicht ertragen können.

(Weitere Zurufe, auch von den Zuhörern)

– Und Sie in der Mitte haben schon gar nicht das Wort. Bitte nehmen Sie das zur Kenntnis! Wir haben hier ein ordentliches Verfahren: Jetzt wird der Innenminister weiter berichten, und dann haben sich schon die Abgeordneten gemeldet und kommen zu Wort.

Minister **Boris Rhein:** Die Tatsache, dass all das in diesem Kessel aufgefunden worden ist – teilweise wurde es während der Durchsuchungen niedergelegt, teilweise wurde es an den Personen gefunden – zeigt, dass kein friedlicher Verlauf geplant war. Denn, meine Damen und Herren, das muss ich nicht bei mir führen, wenn ich friedlich demonstrieren

will. Wenn ich vorhabe – das entspricht mir politisch nicht –, gegen die Politik der Troika zu demonstrieren, dann ist das legitim. Das kann man tun. Damit habe ich überhaupt kein Problem. In einem Rechtsstaat, in einer Demokratie, muss das möglich sein. Wie gesagt entspricht das nicht meiner politischen Überzeugung, aber ich respektiere das vollumfänglich.

Wenn ich das möchte, dann muss ich doch keine Stangen, keine angespitzten Stangen mit mir führen. Ich muss keine Schutzschilde neben mir führen. Ich muss keine Sturmhauben überziehen. Und ich muss auch keine Farbbeutel bei mir führen. Wer friedlich demonstrieren will, der hat nicht das bei sich, was in diesem Kessel aufgefunden worden ist.

Im Übrigen hat Frau Faeser – wie ich finde, zu Recht – die Frage nach der Verhältnismäßigkeit gestellt. Das werden am Ende natürlich Gerichte zu klären haben. Wahrscheinlich werden wir das hier nicht beantworten können.

Der Polizeiführer musste diese Frage aus seiner Sicht der Situation natürlich beantworten. Aber auch Abgeordnete oder wir können miteinander darüber diskutieren. Das ist keine Frage. Am Ende haben das Gerichte zu entscheiden.

Ich halte das Mittel, das gewählt worden ist, in der Tat für verhältnismäßig und für angemessen. Denn diejenigen, die hier betroffen gewesen sind, hatten ausreichend Gelegenheit, an dieser Demonstration teilzunehmen – aber natürlich nur dann, wenn sie die Waffen ablegen.

Später kann Herr Schneider das intensiv vortragen: Es ist um 12:50 Uhr festgestellt worden, dass sich Aufzugsteilnehmer in großer Anzahl verummten. Es wurde Pyrotechnik gezündet, und zwar sind nicht nur drei Böller geworfen worden, sondern es war schon ein bisschen mehr. Es wurde Pyrotechnik in großem Umfang beschlagnahmt. Es wurden Farbbeutel geworfen. Mehrere Teilnehmer haben Passivbewaffnung in Form von Schutzschilden mit sich geführt.

Wegen dieser Auflagenverstöße, aber natürlich auch wegen der Gesetzesverstöße – die entsprechenden einschlägigen Normen habe ich Ihnen vorgelesen – wurde dann der Aufzug durch die Polizeikräfte gestoppt. Die problematische Personengruppe wurde umschlossen.

In der Folge dessen haben sich dann auch Personen außerhalb dieser Umschließung verummmt. Es geht um ca. 200 Teilnehmer, die das außerhalb der Umschließung auch getan haben.

Dann wurde der Versammlungsleiter – das ist Herr Rätz – durch die Polizeiführung eindringlich aufgefordert, dass die Gesetze eingehalten werden, und insbesondere, dass die Teilnehmer ein auflagenkonformes Verhalten zeigen – wir reden auch über die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs; darin steht ganz deutlich, was erlaubt ist und was nicht. Dafür Sorge zu tragen ist die Aufgabe des Versammlungsleiters: dass dies geschieht.

Es wurde darauf hingewiesen, dass, wenn die Teilnehmer diese Waffen, die Schutzbekleidung, ablegen und zurücklassen, sie selbstverständlich Gelegenheit haben, durch die Durchlassstelle der Polizei, und zwar – das betone ich – ohne jegliche Identitätsfeststellung, also eine ziemlich langmutiges Angebot, wieder zum Aufzug zu gelangen.

Wenn das abgelehnt werden sollte, dann – das wurde dem Versammlungsleiter mitgeteilt – würde ein Teilausschluss stattfinden.

Weiterhin wurde darauf hingewiesen, dass die Personengruppe, die nicht umschlossen ist, natürlich weiterhin Gelegenheit hat, den Aufzug – und zwar an der angemeldeten und dann vom Verwaltungsgerichtshof bestätigten Aufzugsstrecke – bis zur Abschlusskundgebung fortzusetzen. Die Polizei hat sogar noch Hilfe bei der Zusammenführung dieser Teilnehmer angeboten.

Dem Versammlungsleiter ist dann eine Bedenkzeit von 30 Minuten eingeräumt worden. Nach dieser Zeit hat er mitgeteilt, dass sich die abgetrennten Personen mit diesen Bedingungen der Polizei nicht einverstanden erklären, und dass er – also Herr Rätz, der Versammlungsleiter, hat das entschieden – den Demonstrationzug ohne diese Gruppe nicht weiterführen wird. Deswegen ist dann später der Teilausschluss der abgetrennten Personengruppe, in Absprache mit der Stadt Frankfurt, mit der Versammlungsbehörde der Stadt Frankfurt, verfügt worden.

Ich will das noch einmal sehr deutlich betonen: Die übrigen Demonstrationsteilnehmer hätten den Aufzug jederzeit und ohne Weiteres fortsetzen können.

Und auch das will ich noch erwähnen: Sowohl vonseiten der Eingeschlossenen als auch durch Personen, die sich außerhalb der polizeilichen Absperrung befunden haben, kam es nach der Verkündung des Teilausschlusses zu massiven Angriffen gegen Polizeibeamte mittels spitzer Gegenstände – es gibt einen Beamten, der im Genitalbereich verletzt worden ist –: mit Holzlatten, mit Fahnenstangen, mit Glasflaschen, mit Pyrotechnik, mit Farbbeuteln, mit Tritten und natürlich auch mit Pfefferspray.

Das ist der Tatbestand. Ich sage das noch einmal: Der andere Teil, der friedliche Teil, hatte jederzeit die Möglichkeit, sein Demonstrationsgrundrecht wahrzunehmen. Die Polizei hat das ermöglicht.

Aber ich will noch eines klipp und klar hier sagen, und das ist das Letzte, das ich hier aus meiner Sicht dazu sagen kann und will: Dort, wo Vorwurfslagen sind – darüber müssen wir doch gar nicht lange diskutieren –, werden sie selbstverständlich nicht nur abgearbeitet, sondern sie werden auch entsprechende Folgen haben. Das betrifft den strafrechtlichen Teil. Das hat dann die Staatsanwaltschaft zu entscheiden. Im Falle solcher erwiesenen Verfehlungen – wenn es sie denn gibt – unterfällt das dem disziplinarischen Teil, der dann durch die hessische Polizei abzuarbeiten ist. Darüber braucht man keine Sekunde zu diskutieren: Das wird minutiös abgearbeitet. Bislang haben wir drei Strafanzeigen oder vier Strafanzeigen vorliegen. Selbstverständlich wird – das haben wir immer gesagt – sehr intensiv Wert darauf gelegt, dass diese Dinge vollzogen werden.

Soviel von mir. Ich schlage Ihnen vor – denn das kann aus seiner Sicht nur Herr Schneider tun –, dass Herr Schneider jetzt den Hergang, die Hintergründe und den Umfang der Maßnahmen erläutert.

(Wortmeldung der Abg. Nancy Faeser)

Vorsitzender: Einen kleinen Moment. Eigentlich hatten wir uns darauf geeinigt, dass jetzt Herr Schneider vorträgt.

(Widerspruch der Abg. Nancy Faeser)

– Das hatten wir nicht?

(Abg. Nancy Faeser: Nein, eben nicht! Dazu wollte ich doch gerne etwas sagen!)

– Dann sagen Sie etwas dazu. Ich war der Meinung, dass Herr Schneider jetzt vorträgt.

Abg. **Nancy Faeser**: Danke schön, Herr Vorsitzender. – Ich hatte mich vorhin gemeldet, als der Innenminister vorgeschlagen hat, wie jetzt vorgetragen wird.

Ich will eines ganz deutlich sagen: Hier geht es um eine politische Einschätzung. Es geht um eine politische Einschätzung dazu, wie das gelaufen ist, wer dafür die Verantwortung trägt. Ich sage es ganz deutlich: Ich finde es nicht in Ordnung, dass der Laufbahnbeamte das hier zu verantworten hat und hier vom Innenminister die Verantwortung aufgeladen bekommt. Ich sage das ganz deutlich. Es gibt einen Landespolizeipräsidenten, und es gibt einen Polizeipräsidenten in Frankfurt. Die tragen vor Ort politische Verantwortung. Deswegen bitte ich darum, dass zunächst diese beiden etwas dazu sagen – und dann der Laufbahnbeamte, Herr Schneider, der Einsatzleiter war und der sicherlich vieles dazu beitragen kann; das steht völlig außer Frage. Herr Innenminister, dessen Vortrag ist sicherlich hilfreich. Darum geht es mir gar nicht. Aber es geht darum, dass nicht er sofort die Verantwortung für alles erhält. Ich bestehe darauf, dass hier die politischen Verantwortlichen etwas dazu sagen, und das sind der Landespolizeipräsident und der Polizeipräsident Frankfurt. Herr Innenminister, ich bitte darum, dass wir so verfahren: dass zunächst diese beiden etwas zum Einsatz sagen und dann Herr Schneider.

Minister **Boris Rhein**: Ich hatte den Eindruck, Sie wollen gerne wissen, was dort passiert ist,

(Abg. Nancy Faeser und Abg. Jürgen Frömmrich: Ja!)

Sie wollen gerne wissen, wie es zu der Entscheidung gekommen ist. Das kann Ihnen nur der sagen, der die Entscheidung trifft. Ich habe die politische Bewertung abgegeben. Ich halte diese Entscheidung für nachvollziehbar. Ich halte sie für richtig. Ich stehe hinter der Entscheidung des Polizeiführers. Das habe ich sehr deutlich gesagt. Denn sie hat erheblichen Schaden von der Stadt abgewendet. Insoweit ist das die politische Aussage des politisch verantwortlichen Innenministers.

Ich schlage Ihnen vor, dass Herr Schneider vorträgt. Selbstverständlich – das ist doch überhaupt keine Frage – teilen auch Herr Dr. Thiel und auch der Landespolizeipräsident diese Einschätzung. Das ist überhaupt keine Frage. Das haben wir hier immer so gehandhabt. Da gab es noch nie irgendeinen anderen Weg.

Ich will das sagen, weil Herr Frömmrich dazwischengerufen hat. Ich finde das nicht okay. Ich habe das auch heute in der „Frankfurter Rundschau“ gelesen. Mit Herrn Dr. Thiel bestand in und vor der Pressekonferenz ein klares Einvernehmen darüber, dass natürlich Herr Schneider vorträgt, dass ich einführe, und dass Herr Thiel dann für Rückfragen zur Verfügung steht. Herr Dr. Thiel ist nur nicht gefragt worden.

Herr Dr. Thiel steht Ihnen aber hier heute selbstverständlich zur Verfügung. Zu behaupten, der würde nicht reden, der würde nichts sagen – Es ist doch ganz klar, welche Methode da versucht wird: nämlich irgendwelche Keile zu treiben.

Da gibt es keinen Keil. Herr Dr. Thiel steht Ihnen vollumfänglich auch bei diesem Thema für jede Frage zur Verfügung. Daran besteht überhaupt kein Zweifel.

Vorsitzender: Ich habe wirklich die herzliche Bitte, dass wir jetzt über die Reihenfolge – wer wann spricht – keine Riesendebatte machen. Alle drei können zu Wort kommen.

Ich habe auch kein Problem damit, wenn zuerst der Landespolizeipräsident das Wort ergreift. Aber Herr Schneider ist eigentlich derjenige, welcher. Es wird auch von allen gefordert, dass er dazu Stellung nimmt. Sollen wir jetzt darüber abstimmen, dass zuerst Herr Schneider spricht und dann Herr Thiel und dann der Landespolizeipräsident?

Ich bitte doch darum, einverstanden zu sein, dass Herr Schneider vorträgt und dass alle befragt werden können, wie es der Minister jetzt gesagt hat. – Ist das okay?

(Abg. Jürgen Frömmrich: Ja, ja, das entscheidet der Minister!)

– Können dann die Wortmeldungen, die ich jetzt habe, unterbleiben? Ich habe alle aufgeschrieben. Alle kommen zu Wort. Alle steht auf der Liste. – Okay? Alle sind einverstanden?

Dann habe ich die Bitte, dass jetzt Herr Schneider vorträgt.

AbtDir **Schneider:** Sehr geehrter Herr Vorsitzender, ich bedanke mich für die Worterteilung. Ich habe nur noch eine Frage: Ich möchte meinen Vortrag gerne mit ein paar Bildern unterlegen, damit man ein Stück weit nachvollziehen kann, wie sich die Situation im Bild dargestellt hat.

Vorsitzender: Da gibt es keine Bedenken.

AbtDir **Schneider:** Dann möchte ich mich eingangs nochmals vorstellen: Mein Name ist Harald Schneider. Ich bin Abteilungsleiter Einsatz beim Polizeipräsidium in Frankfurt. Während der Blockupy-Aktionstage 2013 war ich Gesamteinsatzleiter; aber ich war auch schon im Jahr 2012 bei den Blockupy-Tagen Gesamteinsatzleiter und auch damals für die Maßnahmen verantwortlich.

Eingangs wurde die Frage aufgeworfen: Was hat sich in diesen Tagen insgesamt abgespielt? Einleitend möchte ich den Blick auf den Freitag werfen. Am Freitag, dem 31.05., gab es mehrere angemeldete Mahnwachen, versammlungsrechtlich angemeldet. Es gab eine Vielzahl von Aktionen innerhalb der Stadt Frankfurt: Blockadeaktionen, zivilen Ungehorsam. Die waren angekündigt, und ich bin schon der Meinung, dass damit das Versammlungsrecht sehr stark strapaziert wurde. Das waren keine spontanen Aktionen, denn sie wurden schon wochenlang in den Medien thematisiert.

Wir haben das als Polizei begleitet. Wir waren präsent. Wir haben vieles toleriert. In einigen Fällen sind wir mit Festnahmen eingeschritten. Denen haben Sachbeschädigungen zugrunde gelegen.

(Der Redner zeigt die in der Anlage ersichtlichen Bilder.)

Die ersten Bilder, die Sie hier sehen, sind Sachbeschädigungen, die an diesem Tag begangen worden sind. Das sind Farbbeutelwürfe, die Sie hier im Wesentlichen sehen. – Das ist der Brunnen in Frankfurt – wer die Innenstadt kennt –, der wurde mit Farbe versetzt. – Es geht weiter: nochmals ein Geschäft. Dann sehen Sie auch, dass die Polizei nicht ganz unbeteiligt war: Das ist ein Polizeifahrzeug aus Nordrhein-Westfalen. – Das nächste Bild, das Sie sehen, ist ein hessischer Polizeibeamter.

Ich kann Ihnen sagen: Das war nicht der Einzige. Ich wüsste nicht einen einzigen Fall, in dem daraus eine Eskalation entstanden ist.

(Abg. Hermann Schaus: Das ist Samstag, das ist nicht der Freitag! Das weiß ich ganz genau! – Gegenruf des Abg. Dr. Frank Blechschmidt: Herr Schaus, Herr Schaus!)

Vorsitzender: Herr Schaus, Sie hören jetzt einfach nur einmal zu – auch, wenn es schwer fällt.

AbtDir **Schneider:** Das gab es sowohl am Freitag als auch am Samstag. Das ist nur ein Beispiel. Das gab es mehrfach. Das ist nur ein einzelnes Beispiel.

Nicht unerwähnt möchte ich lassen, dass wir am Nachmittag noch die Demonstration am Flughafen hatten. Es hat länger gedauert, bis dort eine solche Veranstaltung stattgefunden hat. Dazu gab es eine Anmeldung. Gemäß der Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs durften 200 Teilnehmer ins Terminal, und der restliche Teil sollte die durch die Versammlungsbehörde verfügte Strecke außerhalb nutzen. Das hat lange gedauert, weil an uns als Polizei wieder die Frage gerichtet wurde: Wer sind denn die 200, die ins Terminal dürfen? – Das haben nicht wir zu entscheiden. Das hatte die Versammlungsleiterin – in diesem Fall – zu entscheiden. Aber die Versammlungsleiterin hat zu uns wiederum gesagt: Sie müssen sagen, wer die 200 sind! Deshalb hat sich das so lange hingezogen. Letztendlich aber ist das für alle Beteiligten einigermaßen friedlich über die Bühne gegangen.

Es gab einen Kollegen, der im Laufe des Freitags etwas körperlich angegangen worden ist. Es wurde auch versucht, ihm die Waffe zu entwenden. Das ist nicht gelungen. Das Funkgerät kam weg. Das war ein Thüringer Kollege, und das hat sich in der Innenstadt abgespielt.

Insgesamt haben wir über die drei Tage Sachschäden, die gehen über die 100.000 €. Da uns noch nicht alle Sachschäden vorliegen, bin ich mir sicher: Das wird sich noch steigern.

Ich glaube schon, die Abläufe am Freitag und die Sachschäden bilden durchaus einen Beleg dafür, dass wir eine gewisse Störerklientel in der Stadt Frankfurt hatten.

Der Samstag.

Wie bei jeder größeren Demonstration, bei der der Polizeiführer nicht selbst den Kontakt direkt zum Versammlungsleiter halten kann, war auch an diesem Tag ein Verbindungsbeamter speziell für den Versammlungsleiter abgestellt. Darüber hinaus gibt es noch einen Abschnittsleiter, der für mich vor Ort ansprechbar ist. Das waren die beiden Herren, die für mich jeweils den Kontakt zum Versammlungsleiter hergestellt haben.

Gegen 11 Uhr habe ich den Verbindungsbeamten zum ersten Mal gebeten, mit dem Versammlungsleiter Kontakt aufzunehmen, ihn nochmals zu bitten, dass wir versuchen sollten, gemeinsam diese Versammlung von Anfang bis Ende für alle Beteiligten zufriedenstellend durchzuführen.

In der Folge haben wir dann sehr frühzeitig, in der Sammelphase am Baseler Platz, festgestellt, dass sich ca. 500 Personen aus der autonomen Szene an einem LauKW aufhielten, der offensichtlich im Aufzug – den gab es da ja noch gar nicht – weiter vorne platziert werden sollte. Die haben dann begonnen, zum Teil die hier schon erwähnten Schutzschilde aus diesem LauKW abzuladen.

Da sind sie. Das Grüne, das Sie da sehen, ist eine beschriftete Kunststoffplatte, im Frontbereich. Dann folgt ein Styroporteil. Dann kommt dieser Karton, und es kommen die Schlaufen, die mit der Hartschalenplatte verbunden sind, um sie zu halten, um den Arm hineinzustecken. Das ist das sogenannte Schutzschild, von dem die ganze Zeit gesprochen worden ist. Die gab es letztendlich in der Größenordnung von 60 bis 70. Diese Ausfertigung erfüllt ganz klar den Tatbestand der Schutzwaffe nach dem Versammlungsgesetz. – Es wurde schon ausgeführt, dass das Mitführen solcher Gegenstände eine Straftat nach dem Versammlungsgesetz ist. Das ist die Beschreibung, damit Sie einmal sehen, wovon wir überhaupt da reden.

Daraufhin habe ich gebeten, mit dem Versammlungsleiter Kontakt aufzunehmen und dafür Sorge zu tragen, dass diese Gegenstände nicht mitgeführt werden. Denn das ist nach dem Versammlungsrecht einfach nicht erlaubt.

Das hat man auch getan. Es kam dann ein bisschen Bewegung in die Sache, indem nämlich diese Schutzschilde etwas in die Mitte der Personengruppe gewandert sind. Zu dem Zeitpunkt war der Aufzug noch nicht in Bewegung, aber wir konnten – unmittelbar, nachdem diese Bewegung mit den Schutzschilden war – feststellen: Die ersten Vermummungsgegenstände wurden ausgepackt, und es kam auch zu Vermummungen. Und das waren, bitte, keine Sonnenbrillen, sondern in der Tat zum Teil Sturmhauben.

Daraufhin habe ich erneut den Versammlungsleiter ansprechen lassen und ihm gesagt: Das geht nicht – er soll dafür Sorge tragen.

Ich habe ihm dann auch relativ frühzeitig zu erkennen gegeben: Wenn er nicht in der Lage ist, auf seine Gruppe einzuwirken, dann müssen wir uns überlegen, ob wir den Aufzug überhaupt loslaufen lassen.

Dann konnten wir feststellen – das war wahrnehmbar –, dass von diesem LauKW Musik kam, aber auch herunter gesprochen wurde. Ja, unter anderem wurde da skandiert: „Heute lassen wir es krachen, wir haben euch die Stadt kaputt!“, anschließend in Englisch und in Italienisch übersetzt.

Wenn ich dann die Gesamtsituation zusammensehe, dann kann ich klar erkennen: In dieser Gruppe war ein gewisses Potenzial drin.

Dann habe ich nochmals über den Verbindungsbeamten an den Versammlungsleiter herantreten lassen, und danach hat sich auch vereinzelt das eine oder andere an Veränderung eingestellt. Das war auch mit ein Grund dafür, dass wir gesagt haben: Wir beobachten die Situation weiter.

Um genau 12:19 Uhr konnten wir feststellen, dass hinter diesem LauKW ca. 150 Personen waren, überwiegend vermummt.

Unmittelbar danach, um 12:20 Uhr, habe ich den Versammlungsleiter ansprechen lassen. Ich habe ihn gebeten, sofort zu intervenieren. Auch da habe ich nochmals darauf hingewiesen: Der Aufzug wird nicht loslaufen, wenn da nicht Abhilfe geschaffen wird.

Zu diesem Zeitpunkt gab es die Information, dass eine Personengruppe aus Stuttgart, die außerplanmäßig auf der Bahn festgehalten wurde, um 12:45 Uhr am Hauptbahnhof eintreffen soll und dass man gedenkt, auf diese Gruppe zu warten.

Für alle Überraschend, selbst für meinen Verbindungsmann Überraschend, lief der Zug aber doch um 12:25 Uhr los. Da hatte ich auf meine Ansprache noch keine Rückmeldung erhalten. Die gab es dann um 12:32 Uhr. Da habe ich die Information erhalten: Der Versammlungsleiter hat angeordnet, die Vermummung abzunehmen, weiß aber nicht, ob das so umgesetzt wird. Für mich war es offensichtlich: Da gibt es wenig bis keinen Einfluss auf diese Gruppe durch die Versammlungsleitung.

Dann habe ich ihm nochmals ausdrücklich ausrichten lassen, er soll sich umgehend darum bemühen, das abzustellen. Wenn es kein Abstellen gibt, Überlegen wir uns, den Aufzug dann zu stoppen. Der war zu diesem Zeitpunkt schon in Bewegung.

Was sich dann getan hat, war kein Rückgang der Vermummung, sondern eine Zunahme. Was sich dann noch getan hat, das möchte ich auch ein Stück weit mit Bildern unterlegen.

Sie sehen: Das ist die Gruppe hinter dem LauKW. Ich sehe Vermummte. Da vorne sehen Sie noch die Seile, die ebenfalls von der Auflagenverfügung erfasst waren.

Ich will die Bilder einfach weiter laufen lassen. – Da sehen Sie: Die Schutzschilde waren „natürlich“ wieder nach außen gewandert. Sie werden hinter den Transparenten mitgeführt, die dann teilweise verknotet, teilweise zusammengehalten werden. Auflagenverfügung ist: zwischen den einzelnen Transparenten 1,5 m Abstand. – So steht es nun einmal in der Auflagenverfügung.

Hier sehen Sie wieder den Block hinter dem LauKW. – Nächstes Bild: Das war unmittelbar nach Beginn. Da standen Kollegen, und das war ein pyrotechnischer Gegenstand. Das wird man hoffentlich noch erkennen.

Das ist wieder ein Bild aus dieser Gruppe hinter dem LauKW. – Hier sehen wir nochmals zwei, drei Bilder: wie die Transparente getragen werden, mit diesen Schutzschilden. Hier sehen Sie: hoch, runter, und da sehen Sie: relativ gerade. – Weiter, nächstes Bild.

(Das Bild zeigt Polizisten. – Zuhörer: Oh, Vermummte! – Lachen)

Weil immer behauptet wird, es seien weder Farbbeutel noch pyrotechnische Gegenstände gewesen, habe ich diese beiden Bilder noch mit aufnehmen lassen.

Nachdem sich der Aufzug weiter bewegt hatte und der Versammlungsleiter von mir angesprochen worden war, war das für mich ein klares Indiz: Entweder hat der Versammlungsleiter keinen Einfluss, oder er will keinen Einfluss auf diese Versammlung nehmen. Zu diesem Zeitpunkt hatte ich folgende rechtliche Situation: Wir haben Straftaten nach dem Versammlungsgesetz – Schutzbewaffnung, Vermummung sowie Gegen-

stände, die zur Schädigung von Sachen oder zur Verletzung von Personen geeignet sind. Wir hatten Auflagenverstöße, z. B. das Aneinanderknüpfen oder den mangelnden Abstand zwischen den Transparenten, das Mitführen von Seilen, aber auch das Mitführen von pyrotechnischen Gegenständen – das war offensichtlich, allein schon durch das Werfen. Außerdem hatten wir eine hohe Wahrscheinlichkeit dafür – weil wir auch Gegenstände in der Gruppe entdeckt haben, die mitgeführt wurden und bei denen wir nicht genau sagen konnten, was es ist, aber es war zu vermuten, dass das irgendwelche Schlagwerkzeuge waren, zumindest in Form von Stangen –, dass im Laufe der Demonstration gewalttätige Ausschreitungen begangen werden, dass es dazu kommen wird, dass damit unmittelbare Gefahr für Leib, Leben und erhebliche Sachwerte oder für die öffentliche Ordnung bestand. Außerdem – und das möchte ich ausdrücklich betonen – wäre dann das Grundrecht der Versammlungsfreiheit für alle Teilnehmer auf das Stärkste gefährdet gewesen: Denn wenn dort Ausschreitungen in gewalttätiger Form stattgefunden hätten, dann hätte dies zu größeren Auswirkungen geführt.

Ich hatte also eine rechtliche Gemengelage. Ich hatte Straftaten, bei denen ich verpflichtet gewesen wäre, aufgrund der Strafverfolgungspflicht einzuschreiten; und ich hatte eine Gefahrenlage. Wir mussten uns entscheiden: Lassen wir den Demonstrationzug so weiterlaufen, mit dem hohen Risiko eines gewalttätigen Verlaufs? Oder unterbrechen wir, um dem Strafverfolgungsinteresse gerecht zu werden? Oder unterbrechen wir, um einen geordneten weiteren Verlauf wiederherzustellen und sicherzustellen?

Wir haben dann eine Entscheidung getroffen, im Einvernehmen mit der Stadt Frankfurt; die Versammlungsbehörde war, wie schon gesagt, bei mir in der Befehlsstelle anwesend. Wir haben uns entschieden, diesen Teil der Versammlung, wie angekündigt, erst einmal anzuhalten.

Diese Entscheidung wurde letztendlich ganz allein von mir getroffen. Es war auch meine Entscheidung, nicht der Strafverfolgung, sondern der Gefahrenabwehr zunächst Vorrang einzuräumen.

Und obwohl ich eigentlich den Eindruck haben musste, dass entweder keine oder nur wenig Einflussmöglichkeiten durch den Versammlungsleiter auf diese Gruppe bestand, habe ich mich trotzdem dafür entschieden, nochmals in eine Verhandlungsphase einzutreten, um dem Versammlungsleiter die Möglichkeit zu geben, auf seine Teilnehmer einzuwirken.

Den Anhaltevorgang haben wir so gestaltet, dass wir vor dieser Gruppe wie auch hinter dieser Gruppe eine Polizeikette eingezogen haben. Damit war der Aufzug natürlich zunächst einmal gestoppt. Ich habe dann die Verhandlungen mit dem Versammlungsleiter aufnehmen und ihn im Laufe mehrere Gespräche Folgendes übermitteln lassen: Er hat die Möglichkeit, mit seinen außerhalb der Absperrkette stehenden Teilnehmern den Aufzug auf seiner angemeldeten Route über die Weißfrauenstraße fortzuführen. – Dieses Angebot habe ich ihm mehrmals unterbreitet. Ich habe sogar die Rückmeldung von dem EA-Leiter vor Ort, dass man sich bei ihm beschwert hat, weil wir erste Maßnahmen dahin gehend eingeleitet haben; wir wollten nämlich die Teilnehmer an der Mainuferanlage, im Bereich Ende der Hofstraße, ansprechen und wollten ihnen das offerieren: Sie können zum Mainkai und dort zu Herrn Rätz wieder aufschließen.

Vom Versammlungsleiter hat man mich ausdrücklich gebeten, das zu unterlassen. Das wollte er nicht. – Das war mehrmals.

Dann habe ich ihm gesagt: Die momentan zwischen den beiden Absperrketten stehenden Teilnehmer sind nach wie vor Teilnehmer seiner Versammlung. Ich hatte die Bitte, dass alle Gegenstände abgelegt werden und dass die Teilnehmer dann durch eine polizeiliche Durchlassstelle einen polizeilich kontrollierten Ausgang aus diesem Bereich nehmen. Und ich habe ihm in Aussicht gestellt, dass wir da gegebenenfalls auch auf eine Personalienfeststellung verzichten.

Dieses Thema – Personalienfeststellung – ist in der Folge nie mehr thematisiert worden. Es drehte sich letztendlich ausschließlich um das Thema: „polizeiliche Kontrollstelle – ja oder nein?“, also eine Durchlassstelle einzeln zu passieren – ja oder nein?

In der Folge hat man mir dann mitgeteilt, man sei bereit, die Gegenstände abzulegen. Wir könnten das mit Videokameras überwachen. Dann musste ich aber der Bevollmächtigten des Versammlungsleiters mitteilen: Das kann ich so nicht akzeptieren; denn viele dieser Gegenstände – die wir auch im Nachhinein dort aufgefunden haben – werden am Körper, in der Bekleidung getragen und werden weiterhin mitgeführt. – Das war eine Geschichte, die konnte ich aus Gründen der Gefahrenabwehr nicht akzeptieren.

Deshalb habe ich gesagt: Es bleibt mein Angebot, kontrolliert durch Durchlassstellen hindurchzugehen und weiter an dieser Versammlung teilzunehmen.

Zunächst hatte ich Herrn Rätz ansprechen lassen; das war um 12:52 Uhr. Er konnte mir dann bis kurz vor halb zwei keine Entscheidung rückkoppeln. Um 13:27 Uhr habe ich dann gesagt: Lieber Anmelder, eine halbe Stunde – dann möchte ich gerne eine Rückkoppelung! Denn es ist klar: Irgendwann müssen wir weiter verfahren, und es stehen dort auch Leute dazwischen.

Diese Zeit, bis ich endgültig eine Entscheidung getroffen habe, wie wir mit den Teilnehmern zwischen den Ketten umgehen, die 1:40 Stunden oder sogar mehr, die da vergangen sind, die hätte ich mir nicht nehmen müssen. Die habe ich mir genommen, weil ich ein großes Interesse hatte, die Veranstaltung weiterzuführen.

Dazu ist es leider nicht gekommen. Um 13:57 Uhr war diese halbe Stunde abgelaufen. Dann hat er nochmals um Aufschub gebeten. Und dann kam an mich die Anfrage, ob es nochmals möglich sei, innerhalb dieser Gruppe ein Plenum zu veranstalten, um dort nochmals ein Entscheidungsbild herbeizuführen. Auch da habe ich gesagt: Zehn Minuten geben wir noch zu.

Dann war es 14:37 Uhr, als ich die Mitteilung erhielt: Nein, keiner der Teilnehmer wird durch eine polizeiliche Durchlassstelle durchgehen.

Dann habe ich die Entscheidung getroffen, wie schon einmal ausgeführt. Das konnte ich nicht akzeptieren, weil ich davon ausgehen musste, es werden weiterhin Gegenstände am Körper und in der Kleidung mitgeführt. Das konnten wir so nicht akzeptieren.

Dann habe ich mich mit der Versammlungsbehörde beraten, und wir haben in Absprache entschieden: Dann wird dieser Teil, der jetzt zwischen beiden Absperrketten steht, von der Versammlung des Versammlungsleiters ausgeschlossen. Das war um 14:37 Uhr.

Wir haben das dann kommuniziert und den Teilnehmern bekannt gegeben. Erst dann sind wir in die Vorbereitung hineingegangen, die Identitätsfeststellung durchzuführen. Das war zwangsläufig damit verbunden.

Um 14:37 Uhr habe ich den Bereich der Gefahrenabwehr verlassen und bin in den Bereich der Strafverfolgung zurückgekehrt. Man hat gesagt: Jetzt werden von allen Personen, die dort drin sind, die Personalien festgestellt und ein Aufenthaltsverbot erteilt bis längstens am 02.06., morgens 7:00 Uhr.

Auch dem Versammlungsleiter wurde mitgeteilt, dass diese Teilnehmer, die jetzt von seiner Versammlung ausgeschlossen werden, an dieser Versammlung, die er weiterhin fortsetzen konnte, nicht mehr teilnehmen können. Aber auch da hat er nochmals das Angebot erhalten: Wir führen Ihnen die Teilnehmer über den Mainkai zu, und Sie können, nach wie vor, immer noch über die Weißfrauenstraße weiterlaufen. Die war immer noch frei. Die wurde erst belegt, als die Polizei mit vorbereitenden Maßnahmen für die Identitätsfeststellung begonnen hat. Dann war mit dem Versammlungsleiter abgestimmt: Wenn jetzt Herr Rätz seinen Aufzug fortsetzen will, kann er die alte Strecke, die 2012 belaufen wurde, über den Mainkai, weiter begehen. Aber erst dann, erst, als die Polizei mit den vorbereitenden Maßnahmen begonnen hat.

Es gab also vielfältige Erörterungen. Ich finde schon, dass wir insgesamt mit sehr viel Langmut und Geduld an diese Sache herangegangen sind.

Die Bilder, die Sie jetzt sehen, sind Bilder, die während dieser Zeit in dem abgesperrten Bereich entstanden sind. Wenn da also gesagt wird, es war dort gar nichts von Pyro zu sehen, dann kann ich das nicht bestätigen. Sicherlich, ich war in der Befehlsstelle, aber ich habe Vielfältiges auch über Monitore beobachten können. Ich will nicht sagen, dass man da alles sehen kann, aber was da war, war schon so, dass ich bestätigen kann, dass die Kollegen teilweise traktiert worden sind.

Um 14:41 Uhr, also fast zwei Stunden später, haben wir mit den eigentlichen Identifizierungsmaßnahmen begonnen – also dass Leute hinausgeführt worden sind, bis hoch zur Friedensstraße.

An diesen fast zwei Stunden Vorbereitung sehen Sie: Das war keine vorbereitete und auch keine ideale Stelle, um dort von so vielen Teilnehmern die Identität festzustellen. Die wurden dann bis zur Friedensstraße hochgeführt. Ideal war dieser Ort zu diesem Zweck weiß Gott nicht.

Letztendlich haben wir dann insgesamt über 900 Personen in dieser einschließenden Absperrung vorgefunden.

Was ich sagen kann: Es gibt eine größere Anzahl uns bekannter gewaltbereiter, gewalt-suchender linksmotivierter Gewalttäter, die in diesem Bereich drin waren, sowohl aus der Region wie aus anderen Bundesländern und auch aus dem benachbarten Ausland.

Gegen 23:10 Uhr haben wir die letzte Identitätsfeststellung abgeschlossen. Dann hatten wir insgesamt Einblick in die Hofstraße. – Das sind einfach ein paar Eindrücke, wie es in der Hofstraße ausgesehen hat. Das sind nur Momentaufnahmen. Es gab mehrere Flaschen, die dort gelegen haben, mit Inhalt gefüllt, die zerborsten waren. Da unten erkennen Sie ein zweites Häufchen aus Latten, mit solchen Spitzen, die natürlich teilweise durch Brüche entstanden sind, teilweise aber auch angespitzt.

Hier, die schwarzen Punkte, die da liegen, das sind alles Gegenstände, die zur Vermummung geeignet sind. Ich weiß nicht, ob wir davon noch ein Bild haben. – Nein.

Dann möchte ich dazu noch sagen: Wir haben etwa 60 dieser Schutzschilde sichergestellt. Wir haben Schienenbeinschoner sichergestellt. Wir haben eine Vielzahl der schon zitierten Regenschirme mitgenommen, von denen einige mit Spitzen versehen waren. Die kann man möglicherweise nicht nur dazu nutzen, Regen abzuwehren. Auf den Bildern zuvor haben Sie gesehen, dass sie auch dazu mitgeführt worden sind, um den Einblick in die Gruppe zu verwehren.

Es gibt einen ganz großen Müllsack mit Wechselkleidung: Handschuhe, Masken, Knöchelverstärker, transparenter Gesichtsschutz und Vermummungsgegenstände. Ganze gefüllte Flaschen waren noch 20 vor Ort, gefüllt mit Farbe und Sandgemisch.

Dann haben wir einige kleinere Teile. Es gab den Hinweis auf „You tube“, wie man solche „Markierungsmöglichkeiten“ herstellt, wie man Glühbirnen mit Farbe füllen kann, und auch, wie man Eier mit Farbe füllen kann. Auch das haben wir vor Ort aufgefunden. Das gab es also. Es wurde eine Vielzahl von Holz- und Kunststoffstangen aufgefunden. Es gab auch einige Steine, die da gelegen haben. Jetzt kann man sagen: Wahrscheinlich haben die vorher da gelegen. Ich kann leider nicht das Gegenteil belegen. Aber jedenfalls waren das Steine, die man auch leicht irgendwo in eine Tasche stecken konnte.

Außerdem haben wir doch eine ganze Menge Pyrotechnik aufgefunden. Aus diesem Grund wird es 38 Anzeigen geben, denn es waren 38 pyrotechnische Gegenstände, die ohne Zulassung in Deutschland sind: Bengalfackeln und – der Minister hat es angesprochen – es gibt auch Polenböller dabei. Die sind echt gefährlich. Die reißen Ihnen die Hand weg. Das können Sie sich erklären lassen. – Und das ist eine Gerätschaft, die schießt man bei kommerziellen Feuerwerken aus Rohren ab. Die wurden hier mitgeführt.

Ich glaube schon, das Auffinden dieser Gegenstände ist nochmals ein Indiz dafür, dass wir diese Gruppe – als es darum ging, wie wir mit ihr umgehen – richtig eingeschätzt haben.

Es kam auch wiederholt zu Schlagstock- und Pfeffersprayeinsätzen rund um diese Absperrung, in aller Regel dann, wenn Abstände zwischen den eingesetzten Polizeikräften und Demonstranten wieder neu hergestellt wurden. Es gab aber auch – und das habe ich selbst gesehen – Übergriffe aus der zweiten Reihe. Es gab auch außerhalb der Absperrung einen vermummten Teilbereich. Sicherlich war der überwiegende Teil dieser Demonstranten, die dort draußen gestanden haben, normales Demonstrationspublikum, aber wenn Sie es genau beobachten: Immer dort, wo es ein Problem gab, auch außerhalb, waren Gruppierungen da, die schwarz vermummt waren, und zwar in aller Regel in zweiter Reihe.

Wir, die Kollegen dort vor Ort, sind attackiert worden, und dann kam es zu mehrfachem Pfeffersprach- und Schlagstockeinsatz.

(Zuruf: Auf Grundschulkinder!)

– Das glaube ich nicht. Ich kann nur anbieten, dass man sich mit uns in Verbindung setzt. Wir werden das aufarbeiten.

Um 20:20 Uhr hat die Versammlungsbehörde ganz formal festgestellt, dass die Versammlung des Versammlungsleiters, Herrn Rätz, beendet ist. Das war um 20:20 Uhr.

Die Begründung war unter anderem auch, dass es bis zu diesem Zeitpunkt längere Zeit überhaupt keine Meinungsäußerung, in irgendwelcher Form, als Versammlung gegeben hat. Es gab auch keinerlei Intention, noch einen Aufzug durchzuführen. Deshalb wurde die Veranstaltung um 20:20 Uhr formal beendet.

Im Anschluss gab es noch die Anmeldung einer Spontankundgebung. Die ist bei uns erfolgt. Das wurde auch genehmigt. Die war dann auf der anderen Seite der Absperllinie, also nicht dort, wo der Versammlungsleiter stand, in der Neuen Mainzer, sondern auf der anderen Seite, durch die Hofstraße unten. Die ist genehmigt worden. Die wollte man so lange aufrechterhalten bis die Maßnahmen der Polizei vor Ort abgeschlossen sind. Das ist auch so passiert.

Anschließend sind Sie in einem geschlossenen Zug zum Hauptbahnhof, und letztendlich sind sie dort mit öffentlichen Verkehrsmitteln, Zug um Zug, abgefahren.

Ich bin mir absolut sicher, dass wir an diesem Tag größere Ausschreitungen in der Stadt Frankfurt verhindert haben. Ich bin mir sicher, dass wir größere Sachschäden verhindert haben und auch verletzte Kolleginnen und Kollegen. Wir haben 31 verletzte Kollegen, davon 21 am Samstag. Wir haben bisher vier verletzte Teilnehmer; ich höre von einer größeren Anzahl über die Medien, aber uns sind leider Gottes bisher nur vier mitgeteilt worden.

(Zuhörer: Nur vier?)

Die Entscheidung, den Aufzug mit dem Ziel, wieder eine geordnete Versammlung zu gewährleisten und die Ausübung des Grundrechts für alle, auch für die, die da drin waren, weiterhin zu gewährleisten, deshalb erst mal zu stoppen, zu verhandeln und ein geordnetes Herausgehen zu ermöglichen: Das würde ich nach heutiger Einschätzung wieder genauso machen. Das würde ich genauso wieder machen.

Ich hatte ein Interesse daran, dass die Leute ohne diese jetzt gezeigten Gegenstände weiterhin an ihrer Versammlung teilnehmen können. Denn das sind Straftaten. Das sind Auflagenverstöße. Die haben bei einer Versammlung nichts zu suchen.

(Zuhörer: Ich habe Interesse an einer ehrlichen Polizei!)

Vorsitzender: Herr Schaus, zur Geschäftsordnung. Bitte schön.

Abg. **Hermann Schaus:** Herr Vorsitzender, da keine Fotos von den Ausschreitungen der Polizei hinter dem Kessel vorgelegt worden sind, wollte ich nachfragen, ob das noch erfolgen wird. Wenn das durch die Polizei nicht mehr erfolgen wird,

dann würde ich beantragen und gleichzeitig selbst anbieten, dass wir hier sehr kurzfristig umfangreiches Material, auch Videomaterial, präsentieren können.

(Beifall von Zuhörern)

Abg. **Holger Bellino:** Ich spreche auch hier formal dagegen. Die Polizei hat umfangreich informiert. DIE LINKE hat, wie ich höre, eine Pressekonferenz durchgeführt und hat da wahrscheinlich die Gelegenheit genutzt, die interessierte Öffentlichkeit mit ihrer Sicht

der Dinge zu versorgen. Ich halte es nicht für notwendig, dass wir diese Show, die Sie heute Morgen abgezogen haben, im Innenausschuss wiederholen.

Abg. **Dr. Frank Blechschmidt:** Herr Schaus, wir haben uns in den letzten Tagen kundig gemacht und die Fotos eingesehen. Es gibt viele Einzelfälle von Überschreitungen, die rechtsstaatlich verfolgt werden müssen, auch von Polizeibeamten. Da stimme ich Ihnen zu. Da haben wir uns kundig gemacht. Das muss rechtsstaatlich verfolgt werden. Das wurde eben aber auch vom Einsatzleiter erwähnt. Mir – ich sage das ganz persönlich – ging es heute um das Versammlungsrecht, ob das gewährleistet ist. Dass sich aufgrund der Vorkommnisse vom Wochenende der eine oder andere – einige mehr Polizeibeamte, als ich es mir wünsche – rechtsstaatlich zu verantworten hat, ist ganz eindeutig. Die Fotos habe ich zur Kenntnis genommen.

Wir haben uns die Tage auch mit allen drei Polizeigewerkschaften getroffen. Auch die Polizeigewerkschaften wissen, dass es in einer Vielzahl von Einzelfällen zu Übergriffen kam, die rechtsstaatlich verfolgt werden müssen.

Ich sage das erläuternd: Mir und uns als FDP geht es heute darum, die Versammlungsfreiheit in den Mittelpunkt zu stellen. Das andere muss abgearbeitet werden. Da brauche ich keine Fotodokumentation. Das ist aus dem Internet ersichtlich. Das sind Fotos, die nicht lügen.

Abg. **Janine Wissler:** Der Einsatzleiter hat eben dargelegt, dass es auch zum Einsatz von Schlagstöcken und von Pfefferspray gekommen ist. Dazu hat die Einsatzleitung hier leider keine Fotos vorgelegt. Das wäre möglich gewesen. Deswegen halte ich es für richtig, hier auch Fotos zu zeigen. Ich verstehe auch überhaupt nicht, warum Herr Bellino Angst davor hat, weil Herr Bellino der Meinung ist, dass der Polizeieinsatz ordentlich und richtig gelaufen ist und in allen Facetten so vertretbar ist. Deswegen frage ich mich: Vor was haben Sie Angst? Wenn alles in Ordnung war, dürften Sie doch überhaupt keine Probleme damit haben, wenn auch wir Bilder vorlegen. Dann müssten Sie sicher sein, dass auf den Bildern nichts Belastbares drauf ist. Von daher bin ich der Meinung, dass man diese Bilder hier auch zeigen sollte. Ich finde, wir sollten darüber abstimmen. Wie gesagt: Wenn die Koalitionsfraktionen mit der Einsatzleitung der Polizei einverstanden sind, wie der Einsatz abgelaufen ist, dann sollten Sie keine Angst davor haben, wenn hier Bilder vorgelegt werden.

Abg. **Nancy Faeser:** Ich sehe das auch so. Man sollte es auch ganz unaufgeregt machen. Herr Blechschmidt hat es gesagt: Da gibt es vieles aufzuarbeiten. Ich habe auch nichts dagegen, dass jetzt Fotos vorgelegt werden, wenn die hier sind. Warum nicht? Dann können wir nämlich endlich zu den Fragen kommen.

Vorsitzender: Die Fotos sind vorhin schon gezeigt worden.

Abg. **Jürgen Frömmrich:** Herr Vorsitzender, natürlich haben wir selbst einzelne Fotos gesehen. Wir haben auch Videoaufzeichnungen gesehen. Wer das will, kann das auch tun. Wenn man auf der einen Seite diese Fotos zeigt – es gibt nichts zu verbergen –, dann kann man auch die anderen Fotos zeigen. Ich habe nichts dagegen. Ich glaube,

man vertut sich im Sinne der Debatte nichts. Ich würde das zur Vorbereitung der Debatte sogar für hilfreich halten. Von daher kann man dem zustimmen.

Vorsitzender: Mir liegt jetzt der Geschäftsordnungsantrag vor, weitere Fotos und Videos zu zeigen. – Noch einmal zur Geschäftsordnung, Herr Dr. Blechschmidt.

Abg. **Dr. Frank Blechschmidt:** Ich möchte das noch einmal ganz klarstellen und hoffe, dass mein Beitrag auch so angekommen ist: Das, was rechtsstaatlich aufzuarbeiten ist, muss aufgearbeitet werden. Das, was ich da gesehen habe, stelle ich zum Teil unstrittig. Ich war entsetzt, zu sehen, was in einigen Einzelfällen, vielen Einzelfällen da passiert ist. Im Innenausschuss geht es mir heute um die Gewährleistung der Versammlungsfreiheit.

Ich glaube – deswegen werde ich dagegen stimmen –, dass die Fotos, Herr Schaus, die auch ich kenne und die Sie wahrscheinlich noch mehr zur Kenntnis genommen haben als ich, zu diesem Punkt, der heute den Innenausschuss betrifft, nicht zur Aufklärung beitragen werden. Aber es muss aufgeklärt und es muss rechtsstaatlich aufgearbeitet werden. Das stelle ich für die FDP-Fraktion ausdrücklich klar. Deshalb werde ich mich für die Arbeit des Innenausschusses, Versammlungsrecht, gegen den Antrag stellen. Ich stelle aber ganz klar, dass die Fotos aufgearbeitet und die Vorgänge auch rechtsstaatlich verfolgt werden müssen.

Vorsitzender: Das ist alles völlig unstrittig. – Ich habe den Geschäftsordnungsantrag, dass hier weitere Fotos und Videoaufnahmen gezeigt werden sollen. Über den lasse ich abstimmen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Dann ist der Antrag mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Fraktion DIE LINKE abgelehnt.

Jetzt habe ich eine Reihe von Wortmeldungen auf der Rednerliste und frage noch einmal geschäftsleitend, ob die beiden Herren, die vorhin genannt worden sind, noch vortragen sollen oder ob man erst in eine Fragerunde geht.

Abg. **Jürgen Frömmrich:** Ich finde schon. Frau Faeser hat es vorhin relativ deutlich gesagt. Der Einsatzleiter hat vorgetragen. Aber wir haben hier politische Beamte, einen Polizeipräsidenten und einen Landespolizeipräsidenten. Ich möchte bitten, dass hier von dieser Seite vorgetragen wird.

LPP **Münch:** Ich kann mich in meinem Kurzvortrag auf das beschränken, was meine Rolle im normalen Einsatzgeschäft und konkret in diesem Einsatz ist. Bei der Masse von Einsatzlagen in Hessen – das dürften 90 % sein – wird das Einsatzgeschäft ausschließlich und allein in den Flächenpräsidien vorbereitet, geplant und durchgeführt. Bei einigen ausgewählten Großlagen, wie z. B. am vergangenen Wochenende, wird das von langer Hand vorbereitet, und zwar aus folgendem Grund – das ist überwiegend meine Rolle –: Diese Einsatzlagen haben eine finanzielle und personelle Dimension, die in aller Regel die Landesgrenzen weit übersteigt. Das heißt, die Frage von Personalunterstützung aus anderen Ländern ist überwiegend mein und das Geschäft von Herrn Diehl, mit den Bundesländern im Konzert die Bedarfslage von Frankfurt darzustellen.

Herr Schneider hat selbstverständlich die Gesamtkonzeption vorgestellt. Wir sagen dazu BAO, also besondere Aufbauorganisation. Er schildert, wie er den Einsatz gliedern möchte, wie er die Kräfte gliedern möchte. Das, was als Programm dargestellt wird, ist in aller Regel Standard. Was konkret am Einsatztag im Einzelfall gemacht wird, ist – das hat Herr Schneider schon dargestellt – seine Entscheidung vor Ort, weil für die Differenzierung der einzelnen Maßnahmen der Blick ins Gelände, wie wir sagen, unverzichtbar ist. Deswegen würde sich ein Eingreifen von anderer Stelle, ohne die Lage konkret zu kennen, verbieten.

Deswegen war ich nicht in Frankfurt. Ich bin ganz normal, wie das bei jedem Einsatz ist, über eine SMS-Kette per Telefon verbunden gewesen, damit ich weiß, was passiert. Aber ich habe an dem Tag weder mit Herrn Schneider telefoniert noch mit ihm über seine konkrete Situation vor Ort gesprochen. Ich würde mir als Herr Schneider verbieten, dass andere ihn beraten und die Entscheidung zu seiner eigenen machen, wenn er die Verantwortung hat.

Das ist meine Aufgabe. So ist es auch da gelaufen. Wie der Minister gesagt hat: Wir hätten dann auch ganz normal Lagevorträge bei ihm gemacht, dass er weiß, welche Größenordnung und von was wir reden. In aller Regel muss man, wenn es gewisse Dimensionen gibt, über die Einsatzreferentenebene oder meine Ebene – das ist die sogenannte AK-2-Ebene – mit Kollegen telefonieren mit der Bitte um Unterstützung. So ist das auch in diesem Fall gelaufen, wie im Grunde genommen bei jedem Großeinsatz.

(Abg. Jürgen Frömmrich: Wer war im Lagezentrum?)

– Im Lagezentrum war der Leiter des Lagezentrums.

(Minister Boris Rhein: Sie meinen die Befehlsstelle?)

Meinen Sie das Lagezentrum oder die Befehlsstelle? Meinen Sie das Lagezentrum im Ministerium?

(Abg. Jürgen Frömmrich und Nancy Faeser: Lagezentrum!)

– Im Lagezentrum war der Leiter des Lagezentrums. Das ist deswegen etwas Besonderes, weil der am Samstag normalerweise nicht da ist. Da haben wir normalerweise die Schichtführung. Die Schicht war etwas verstärkt. Der Kollege H. als Leiter des Lagezentrums war vor Ort anwesend. Davon gehe ich aus, weil von ihm immer die SMS kamen, die dann an einen bestimmten Verteiler weitergesteuert worden sind. Das ist ganz normales Einsatzgeschäft.

Abg. **Jürgen Frömmrich:** Die Gespräche, die aus dem Lagezentrum heraus- und hineingegangen sind, die sind über ELIAS dokumentiert?

LPP **Münch:** Nein, ELIAS ist die Einsatzdokumentation der einsatzführenden Behörde, die wir mitlesen. Da kann im Grunde genommen das Lagezentrum mitlesen und hat keine Schreibberechtigung.

Minister **Boris Rhein:** Herr Frömmrich, Sie wollen darauf hinaus: Sie können sicher sein, dass das dokumentiert und auch durchgestochen worden wäre, wenn ich in der Befehlsstelle angerufen hätte. Das können wir gleich vor die Klammer ziehen.

(Unruhe bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

PP **Dr. Thiel:** Ich nehme das Rederecht sehr gerne wahr. Meine Damen und Herren Abgeordneten, viel an Einzelheiten kann ich zu dem Ablauf der Demonstration nicht beibringen, weil Herr Schneider schon umfassend vorgetragen hat. Vielleicht noch zwei, drei ergänzende Anmerkungen.

Ich nehme Bezug auf den Einsatzbefehl für diesen Tag bzw. für diese Woche, in dem klipp und klar und unmissverständlich steht, dass höchstes Gut für die Polizei, die die Verantwortung für die Sicherheit der Stadt hat, das Versammlungsrecht war. Bei meinen Rücksprachen auch mit Herrn Oberbürgermeister wurde unmissverständlich deutlich gemacht: Wir möchten gern den Umzug ordnungsgemäß durchführen und sicherstellen, dass es nicht zu Situationen kommt, wo gegebenenfalls wir bzw. der Einsatzleiter die Überlegung haben müssten, jetzt muss ich den ganzen Aufzug stoppen. Für uns war Prämisse, dass wir den Aufzug umfassend durchführen möchten. Deswegen hatten wir auch in verschiedenen Teilen der Stadt weitere Kräfte aufgebaut, um Örtlichkeiten zu schützen. Allein das ist für mich ein nachvollziehbares Indiz dafür, dass wir davon ausgehen, dass der Aufzug insgesamt durchgeht und mit der Schlusskundgebung endet.

Zweite Anmerkung. Daran kann ich mich persönlich sehr gut erinnern. Im Zusammenhang mit dem Angebot an den Versammlungsleiter, dass er seinen Aufzug auf der vorgesehenen Strecke weiterführen kann, nachdem die Personen im Bereich Hofstraße umstellt worden waren, habe ich darauf hingewiesen: Ist die Strecke Untermainkai am Jüdischen Museum frei, damit der hintere Teil des Aufzugs sich wieder an den vorderen Teil anschließen kann? – Ich kann mich nur erinnern: Da standen einige Polizeifahrzeuge, die es gegebenenfalls erschwert hätten. Diese Polizeifahrzeuge wurden extra deswegen weggefahren, um den Aufzug an sich ohne den Teil der gewaltbereiten Personen, die umstellt worden waren, weiterzuleiten. – Mehr habe ich im Augenblick nicht beizutragen. Ich stehe natürlich für Fragen zur Verfügung.

Abg. **Dr. Ulrich Wilken:** Herr Thiel, Sie haben erwähnt, dass Sie eine Rücksprache mit dem Oberbürgermeister gehabt haben. Können Sie sich erinnern, wann das war?

PP **Dr. Thiel:** Falsch, es war insoweit keine Rücksprache, sondern vor dem Tag, es muss am Mittwoch gewesen sein,

(Abg. Nancy Faeser: Aha!)

wurde dem Oberbürgermeister vorgetragen, wozu er ein absolutes Recht hat, was in der Stadt abzugehen hat, wie die polizeiliche Einsatzplanung aussieht. Das ist eine Selbstverständlichkeit, die bei jeder Demonstrationslage für den verantwortlichen Bürgermeister oder Landrat vorgenommen wird.

Abg. **Nancy Faeser:** Auch ich habe noch eine Frage an Herrn Dr. Thiel. Herr Dr. Thiel, Sie haben am Anfang gesagt, Sie hätten nicht so viel Einfluss gehabt. Ich habe die konkre-

te Frage an Sie: Waren Sie die ganze Zeit über im Lagezentrum Frankfurt anwesend, und mit wem wurde dort Rücksprache gehalten, und zwar über die Frage, wie man das Demonstrationsrecht gewährleisten kann? Denn es handelt sich um mehrere Stunden. Deswegen die ganz konkrete Frage: Mit wem haben Sie aus dem Lagezentrum des LPP aus dem Innenministerium gesprochen, und wer von der Stadt Frankfurt war dort an dem Tag Ihr Ansprechpartner?

PP **Dr. Thiel:** Frau Abgeordnete, wie es von mir erwartet werden kann, war ich nicht nur am Samstag, sondern auch an den Tagen vorher in der Befehlsstelle.

(Abg. Nancy Faeser: Wer war da von der Stadt Frankfurt?)

Es wurde mit keinem Rücksprache genommen, sondern Herr Schneider hat sich natürlich mit seinen Mitarbeitern beraten und auch Rücksprache mit der Versammlungsbehörde der Stadt Frankfurt am Main genommen, die dort vertreten war, und hat dann seine freie Entscheidung getroffen.

(Abg. Nancy Faeser und Jürgen Frömmrich: Wer denn?)

– Es waren zwei Vertreter der Versammlungsbehörde anwesend. Ich bitte um Verständnis, dass ich im Rahmen der Öffentlichkeit keine Namen von Mitarbeitern der Stadt Frankfurt nennen möchte. Aber Ihnen, Frau Faeser, kann man es gegebenenfalls zuleiten.

(Abg. Jürgen Frömmrich: Es wird aber der Eindruck erweckt, als sei das die Spitze!)

Vorsitzender: Das kann man doch klären. Wenn hier ausgeführt wird, dass das aus bestimmten Gründen nicht geht, kann Herr Dr. Thiel das unter Umständen dem Abgeordneten vertraulich sagen. Wir sind im Moment in öffentlicher Sitzung. Da muss man Rücksicht nehmen.

Ich bin eben darauf hingewiesen worden, dass die Fraktion DIE LINKE einen Abgeordneten hat und hier nicht in Bataillonsstärke mit Fragen auftreten darf. Ich sage das nur, mehr nicht.

Ich habe jetzt eine umfangreiche Liste an Wortmeldungen. So arbeite ich das jetzt auch ab. Sonst wird mir der Vorwurf gemacht, ich hätte Wortmeldungen unterschlagen.

Abg. **Nancy Faeser:** Ich möchte gern mit Fragen zum Vorfeld beginnen. Ich würde schon gerne wissen, welche Vorbereitungen es auf das Wochenende gab, welche Erlasse es im Vorfeld des Wochenendes seitens des Landespolizeipräsidiums oder auch des Innenministeriums gab. Ich würde noch gerne wissen, wer im Lagezentrum im hessischen Innenministerium noch anwesend war? Das gilt auch für Frankfurt. Herr Thiel, wer war da noch mit anwesend, möglicherweise auch aus der Polizeiführerspitze des Polizeipräsidiums Frankfurt, der in die Entscheidung involviert war? Mich interessiert nach wie vor die Antwort auf die Frage, warum und mit wem in den Lagezentren und im Einsatzzentrum in Frankfurt diskutiert wurde, als die Stunden vergingen; denn – der Innenminister hat es schon gesagt – die Frage nach der Verhältnismäßigkeit stellt sich nach wie vor. Der Demonstrationzug ist definitiv nicht durchgeführt worden. Das wird sicher-

lich auch die Gerichte beschäftigen. Deswegen die Frage: Wer hat da mit wem darüber entschieden, dass der Demonstrationzug nicht vorbeiführt?

Mich würde auch interessieren, welche Szenarien im Vorfeld überlegt wurden, wann und an welchen Örtlichkeiten man den Zug stoppt, falls es Anlass dazu gibt. Welche Stellen wurden schon im Vorfeld konkret diskutiert, wo man einen solchen Zug stoppen kann? Welche Zugriffszonen wurden da definiert? Die Frage stellt sich schon, wenn man zu Beginn des Zuges feststellt, da gibt es Abwehrschilde und Dinge, die zu einem Eingreifen berechtigen: Lässt man den Zug überhaupt loslaufen? Die Frage ist dann berechtigt und sorgt sehr schnell dafür, dass der Rest vorbeigehen kann.

Deswegen die Frage: Wer hat da mit wem in beiden Lagezentren entschieden, dass über Stunden festgehalten wurde? Mich würde auch die Entscheidung interessieren. Sie haben gesagt, das wurde von beiden Seiten dicht gemacht. Wer hat den Befehl gegeben, dass da zusätzliche Polizeikräfte hineingekommen sind? Ich frage das, weil das vorhin nicht deutlich genug war. Dort kam es dann offensichtlich auch noch einmal zum Einsatz von Tränengas. Ich frage nach, ob das auch diejenigen betroffen hat, die hinter der Einkesselung gestanden haben. Das interessiert mich, weil, wie ich es verstanden habe, es schon Abstand dazwischen gab. Aber vielleicht habe ich das missverstanden, und es war so, dass da noch kein Abstand herrschte. Dann ist es möglicherweise nicht zu vermeiden. Aber ich frage nach, ob es da schon Abstand gab und wie dazwischengegangen wurde.

Ich frage abschließend den Innenminister: Haben auch Sie das, was Herr Landespolizeipräsident an SMS bekam, über den Tag bekommen? Haben Sie nicht zu irgendeinem Zeitpunkt die Entscheidung getroffen: „Jetzt sind so viele Stunden vergangen, jetzt muss ich möglicherweise doch Einfluss nehmen und sagen, hier geht es auch um die Frage, wie lange halte ich einen Demonstrationzug auf“? Herr Minister, denn Sie tragen die politische Verantwortung. Ich kann mir schon vorstellen, dass man dann auch über die politische Frage nachdenkt: Wer trägt am Ende die Verantwortung dafür? – Ich sage es noch einmal: Es ist nicht der Laufbahnbeamte, nicht derjenige, der den Einsatz leitet. Das will ich hier ganz deutlich festhalten. Ich finde es schäbig, wie hier auf Herrn Schneider abgeschoben wird.

(Abg. Alexander Bauer: Also bitte! Das fällt auf Sie zurück!)

– Herr Bauer, das können Sie mir auch nicht verbieten. Ich finde, insofern kann man es durchaus hinterfragen, ob da nicht irgendwann darüber nachgedacht wurde, einzugreifen.

Vorsitzender: Ich will nur geschäftsleitend noch etwas zur Kenntnis geben. Das, was mir zugetragen worden ist, ist nicht die Realität. Logischerweise können sich die Abgeordneten der LINKEN hier alle zu Wort melden. Wenn abgestimmt wird, dann kann nur einer abstimmen. Auch das ist klar. Dann haben wir das geklärt. – Der Innenminister hat um das Wort gebeten. Bitte schön.

Minister **Boris Rhein:** Frau Abg. Faeser, ich will zwei Dinge klären. Herr Münch kann die Antworten auf die Fragen, die Sie an ihn gestellt haben, noch ein bisschen ausführlicher machen.

Sie bringen hier immer zwei Dinge durcheinander. Es gibt nicht zwei Lagezentren in Hessen. Es gibt ein Lagezentrum der Hessischen Landesregierung. Das ist in meinem Haus, im Innenministerium. Das informiert, das leitet und führt aber keine Einsätze. Es gibt im Polizeipräsidium Frankfurt eine Befehlsstelle. In dieser Befehlsstelle ist der Polizeiführer mit seinem Stab. Mit dem Stab leitet er und führt den Einsatz. Um das gleich mitzubeantworten, denn ich glaube nicht, dass Sie wissen wollen, ob Herr Müller oder Frau Meyer von der Versammlungsbehörde in der Befehlsstelle saßen: Das ist ganz stabsmäßig nach Funktionen der Polizei, des Rechtsamts und der Versammlungsbehörde aufgegliedert. Dort sitzt der vom Ordnungsamt, dem Amt 32 der Stadt Frankfurt am Main offiziell entsandte Vertreter. Die Versammlungsbehörde ist ein Teil des Ordnungsamtes. Das Ordnungsamt ist das Amt 32 in der Stadt Frankfurt am Main. Dort sitzt der offiziell entsandte Vertreter der Versammlungsbehörde.

Was mich anbetrifft: Ich werde – damit kommen wir wieder zum Lagezentrum – über diese Einsätze immer up to date gehalten. Ich bekomme die Informationen, was passiert. Ich bekomme die Informationen, welche Entscheidungen getroffen worden sind. Aber die Entscheidung, wie lange halte ich einen Zug auf, die treffen die fachlich Zuständigen, die, wie Sie so schön sagen, Laufbahnbeamten.

Wie hätten Sie es gern? Wenn ich es entschieden hätte, hätten Sie gesagt: Das ist ein Skandal, der Rhein entscheidet da mit. Was kann der denn? Der kann das gar nicht machen. Der darf das nicht.

(Abg. Nancy Faeser: Ich will wissen, ob Sie es getan haben!)

Oder Sie sagen: Der Rhein entscheidet nicht mit. Das ist schäbig. Der drückt sich weg und versteckt sich hinter dem Rücken von Herrn Schneider. – Das kann man nun wirklich nicht sagen. Ich habe mich vor und hinter Herrn Schneider gestellt. Ich habe deutlich gesagt: Aus meiner Sicht der Dinge ist die Entscheidung nicht nur nachvollziehbar, sondern auch richtig. – Erstens.

Zweitens. Ihnen gegenüber sitzt Herr Polizeidirektor Balder. Er ist Polizeiführer, nicht in solchen Lagen wie Herr Schneider, aber in anderen Lagen. Er kann Ihnen genau erläutern, wie das mit Polizeiführern ist. Den können Sie fragen, wie die Verantwortlichkeiten geregelt sind, wie das mit Laufbahnbeamten und mit politischen Beamten ist. Ich kann nur jedem politischen Beamten und insbesondere dem Innenminister raten, sich aus dem operativen Einsatz der Polizei herauszuhalten. Es ist ganz klar geklärt, wie so etwas abzulaufen hat. Denn wir wollen keine politischen Entscheidungen haben, sondern wir wollen rechtsstaatliche, verwaltungsrechtlich abgesicherte Entscheidungen haben. Das kann man nicht nach Gutdünken tun, wie man gerade lustig und politisch ausgerichtet ist, sondern da muss es rechtsstaatliche Verlässlichkeit geben. Deswegen gibt es eine politische Spitze, das ist die Hausspitze des Innenministeriums, und es gibt diejenigen, die ihren Job zu tun haben. Das ist die Polizei vor Ort. Wenn es eine klare Lage gibt, eine BAO oder eine andere Lage, dann hat der Polizeiführer zu entscheiden, wie die Dinge gehen.

Ich verstecke mich nicht hinter Herrn Schneider. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Sich hinter einem Herrn Schneider zu verstecken, sieht anders aus als das, was ich hier mache. Ich sage das noch einmal: In der Rückschau, in der Gesamtschau halte ich die Entscheidung für nachvollziehbar und für richtig. Das ist meine politische Aussage zu dem Thema.

Abg. **Dr. Ulrich Wilken:** Herr Minister, ich bin schon ein wenig erschrocken – das meint nicht, dass ich überrascht bin, aber erschrocken –, wie schlecht informiert Sie sich in Ihrer ersten Einschätzung gegeben haben. Zum Glück hat bereits Herr Schneider einige der Fehlinformationen, die Sie uns zu Anfang gegeben haben, richtiggestellt, obwohl ich auch bei Herrn Schneider gleich zwei Sachen korrigieren möchte.

Vorher möchte ich Ihnen aber in Erinnerung rufen, dass ich als einer der Demonstrationsleiter vorne an der Stelle war, als die Demonstration gewaltsam gestoppt wurde. Ich war einer derjenigen – Herr Schneider weiß das –, der die Verhandlungen geführt hat, nicht nur der Veranstaltungsanmelder. Von daher können Sie von mir durchaus auch Detailinformationen und einen Zeugenbericht erwarten. Das werde ich an dieser Stelle aber nicht ausführlich machen.

Ich will aber Herrn Bellino, der zu Beginn auf die körperliche Unversehrtheit abgestellt hat, sagen, dass meine körperliche Unversehrtheit bei diesem Polizeieinsatz selbstverständlich auch nicht gewährleistet war, ich als Veranstaltungsleiter also auch von Pfefferspray getroffen worden bin. Ich möchte dem Herrn Bellino auch sagen, wenn er darauf hinweist, dass es nur 13 Einsätze von Rettungswagen gegeben hat: Dass es mehrere Hundert Verletzte gab, bestreitet in Deutschland niemand mehr. Dann sollten Sie sich überlegen, wieso die Einsatzkräfte den Einsatz von Rettungswagen bei unseren Verletzten unterbunden haben.

Herr Rhein, mich interessiert sehr wohl Folgendes, auch wenn Sie jetzt sagen, dass die Einsatzentscheidung nicht vor Ort, sondern von Herrn Schneider getroffen worden ist. Ich sage noch einmal in Klammern: Die Einsatzbeamten vor Ort – ich nenne jetzt auch keine Namen – und die Veranstaltungsleitung, wir, waren uns über den gesamten Tag bis in die späte Nacht einig, dass, wenn wir vor Ort die Entscheidungen gefällt hätten, wir die Versammlung, die Demonstration ohne Probleme bis zum Ende geführt hätten. Ich sage: Dabei sind ein paar Farbeier eingepreist. Das wusste die Polizeileitung.

Herr Rhein, Sie haben behauptet und leider hat Herr Schneider es bestätigt, dass es vor dem gewaltsamen Stoppen der Demonstration zu Straftaten gekommen sei. Das ist einfach falsch. Es hat Auflagenverstöße gegeben. Das bestreitet niemand. Aber das sind Ordnungswidrigkeiten. Ich muss die Frage nach der Verhältnismäßigkeit stellen, wenn eine mehr als 10.000 Personen starke Demonstration wegen Ordnungswidrigkeiten aufgehalten wird.

Herr Rhein, ich muss Sie nicht nach der Entscheidung fragen, an dem Ort die Demonstration zu stoppen, sondern: Wer war Ihres Wissens nach, waren Sie aufgrund von Lagevorträgen, wie Sie eben gesagt haben, in die Planung involviert, dass genau an dieser Stelle die Demonstration anlassunabhängig gewalttätig gestoppt wurde?

Herr Minister, ich muss Sie fragen: In den Lageeinschätzungen der Polizei im Vorfeld des Samstags wird offen die Breite des Bündnisses, das Blockupy veranstaltet hat, problematisiert und darauf hingewirkt, dass sich das Bündnis gefälligst spalten solle. Genau das ist uns als Veranstalter seitens der Einsatzleitung sofort nach Beginn des Kessels vorgeschlagen worden und hier heute auch mehrfach gesagt worden, nämlich, dass wir die anderen Teile der Demonstration fortführen sollten und den eingekesselten Teil zurückhalten sollen. Herr Minister, wie beurteilen Sie es, dass die Polizei auf die politische Zusammensetzung eines politischen Bündnisses Einfluss nimmt und versucht, eine politische Bewegung zu spalten?

Eine letzte Bemerkung. Herr Minister, auch da waren Sie falsch informiert, dass die Versammlung nie aufgelöst worden sei. Herr Schneider hat das korrigiert. Es sind Teile der Versammlung herausgelöst worden, und am frühen Abend wurde seitens des Ordnungsamtes die Versammlung aufgelöst. Das in Ihr Stammbuch.

Abg. **Janine Wissler:** Herr Minister, wie Sie es drehen und wenden: Selbstverständlich tragen Sie die politische Verantwortung. Sie sind der Innenminister. Sie müssen das Recht auf Demonstrationsfreiheit gewährleisten. Die Demonstration war genehmigt.

(Abg. Alexander Bauer: Unter Auflagen!)

Das war auch gerichtlich bestätigt, nachdem die Stadt Frankfurt verhindern wollte, dass man vor der EZB demonstrieren durfte. Deswegen sind Sie da nicht aus dem Schneider, im wahrsten Sinne des Wortes, sondern es ist Ihre Aufgabe, das Demonstrationsrecht zu gewährleisten. Sie sind für alles politisch verantwortlich, was an diesem Tag passiert ist. Herr Minister, deswegen hätte ich schon gedacht, dass das Mindeste, was Sie heute hier hätten tun können, gewesen wäre, sich bei den verletzten Journalisten, bei den verletzten Demonstranten und bei den verletzten Sanitätern zu entschuldigen.

(Beifall bei Zuhörern)

Herr Innenminister, es hätte Ihnen gut angestanden, sich bei denen zu entschuldigen. Wir alle haben die Bilder in den vergangenen Tagen gesehen, heute leider nicht.

Im Gegensatz zu Ihnen war ich die ganze Zeit vor Ort. Deswegen will ich auch noch einmal deutlich sagen: Das, was Sie Umschließung nennen, bedeutet, dass Menschen dort bis zu zehn Stunden eingekesselt waren, dass sie nicht heraus konnten. Herr Innenminister, dazu würde ich gern etwas von Ihnen hören. Eine hochschwangere Frau, die auf dem Wagen mitgefahren ist und in diesen Kessel geraten ist, hat versucht, sofort nach Beginn des Kessels den Kessel zu verlassen, sichtbar hochschwanger. Sie wurde von der Polizei nicht aus dem Kessel gelassen, obwohl sie sogar einen Mutterpass dabei hatte, den sie hätte vorzeigen können. Herr Innenminister, dazu würde ich schon gern etwas von Ihnen hören. Es waren ältere Menschen da, die nach Stunden kaum noch stehen konnten. Ich weiß das, weil ich als Abgeordnete vermittelt habe, weil ich erreichen konnte, dass eine Frau Anfang 60 irgendwann herausgelassen wurde, weil sie einfach nicht mehr konnte. Von daher ist es nicht so, dass die Menschen einfach gehen konnten.

Zu der Frage der Schutzbewaffnung, wie Sie das nennen. Ich sage: Nach der Demonstrationserfahrung, die die Menschen dort gemacht haben, würde es mich nicht wundern, wenn bei zukünftigen Demonstrationen noch sehr viel mehr Styroporplatten dabei sind.

(Beifall bei Zuhörern)

Denn nach dieser Erfahrung, dass Menschen, die völlig unbeteiligt sind, ohne jede Vorwarnung Pfefferspray ins Gesicht gesprüht wird, dass man es mit der Angst zu tun hat, auf eine Demonstration zu gehen, fände ich das wirklich nicht verwunderlich.

Herr Schneider, Fahnenstangen sind vollkommen normal auf einer Demonstration. Was Sie gezeigt haben, waren keine angespitzten, sondern abgebrochene Fahnenstangen. Das ist ein Unterschied. Aber dass Fahnenstangen auf einer Demonstration dabei sind,

ist doch völlig klar. Herr Schneider, ich frage Sie auch: Wie kann es sein, dass Sie davon sprechen, es gab vier Verletzte, wenn schon allein fünf ins Krankenhaus gekommen sind? Ich will nicht von den vielen Hunderten reden, die andere Verletzungen hatten. Aber dass fünf Menschen ins Krankenhaus kamen, ist unstrittig.

Herr Innenminister und vielleicht auch Herr Schneider, unserer Beobachtung nach gab es mehr Gewalt außerhalb des Kessels als innerhalb. Es gab mehr Gewalt gegen den angeblich friedlichen Teil der Demonstration. Herr Schneider hat vorhin kurz eingeräumt, dass die Polizei sich durch den Einsatz von Pfefferspray hätte Platz verschaffen müssen. Das ist hinter diesem Kessel ganz massiv passiert. Man kann sich die Bilder anschauen. Man sieht darauf, dass versucht wurde, die Menschen abzudrängen, um sich Platz zu verschaffen. Man kann Menschen aber nicht abdrängen, wenn dahinter in einer der engsten Straßen auf dieser Demonstrationsroute Tausende stehen. Ohne Vorwarnung gab es hier einen ganz massiven Einsatz von Pfefferspray und auch den Einsatz von Schlagstöcken. Hinter dem Kessel war niemand verumumt. Das zeigen die Bilder ganz deutlich.

Herr Innenminister, Sie haben leider auch nichts dazu gesagt, dass mittlerweile auch aus der Polizei selbst Kritik laut geworden ist. Ich will gar nicht davon sprechen, dass die Medien von „TAZ“ bis „FAZ“ sich alle einig sind, dass dieser Polizeieinsatz zumindest nicht verhältnismäßig war. Aber es gibt auch innerhalb der Polizei Kritik.

Herr Innenminister, Sie haben gesagt, die Blockupy-Tage haben nicht am Samstag begonnen. Das ist richtig. Schon am Donnerstag wurden in Butzbach Busse aus Berlin zum Teil fünf Stunden lang festgehalten. Auch da würde mich interessieren, wie Sie da zu dieser Gefahreinschätzung gekommen sind. Sie wurden komplett durchsucht. Da sind Menschen nicht auf die Toilette gelassen worden, und sie mussten mit Eimern im Bus vorlieb nehmen. Mich würde interessieren, warum Sie diese Busse aufgehalten haben.

Zum Freitag. Für die Demonstration am Flughafen gab es heftige Auflagen, obwohl wir alle wissen: Im Terminal 1 demonstrieren jede Woche Tausende Menschen. Mir ist nicht klar, warum da überhaupt nur 200 Menschen hinein dürfen.

Herr Innenminister, zum Schluss. Ich finde es sehr schwer vorstellbar, dass tausend Menschen über zehn Stunden hinweg eingekesselt sind, dass es da Verletzte gibt, dass es da einen massiven Einsatz von Pfefferspray gibt, dass Abgeordnete, Landtags- und Bundestagsabgeordnete, abgeführt werden und der Innenminister erklärt, er hat damit den ganzen Tag nichts zu tun gehabt, er war nicht damit befasst, er war nicht einbezogen, und der Herr Polizeipräsident erklärt das Gleiche. Herr Innenminister, Ihr Parteifreund, der zuständige Dezernent Frank, hat in Frankfurt im Rechtsausschuss des Römer abgestritten, dass die Stadt Frankfurt einbezogen war, dass die Versammlungsbehörde einbezogen war. Das hat er explizit abgestritten. Er hat gesagt, die Stadt Frankfurt hat damit nichts zu tun gehabt. Das lief alles über das Land. – Da frage ich: Wer sagt die Wahrheit? Der Dezernent Frank aus Frankfurt oder der Innenminister Rhein, auch aus Frankfurt, wer sagt da die Wahrheit? Das würde ich schon gerne hören. Es kann doch nicht sein, dass überhaupt niemand beteiligt war. Die Situation war doch nicht in zwei Stunden erledigt, sondern hat den gesamten Tag angedauert.

Mich würde ferner interessieren, warum die Demonstrationsroute nicht abgeriegelt war. Es gab eine genehmigte Demonstrationsroute. Die war für den Verkehr nicht gesperrt. Wenn Tausende von Menschen nach Frankfurt kommen, um dort zu demonstrieren, erwartet man doch, dass die Demonstrationsroute abgeriegelt ist, es sei denn, man

glaubt schon vorher, dass die Demonstration dort nicht ankommt. Das würde mich sehr interessieren.

(Beifall bei Zuhörern)

Letzter Punkt. Ich war vorne am Fronttransparent dabei. Als wir um die Ecke Hofstraße/ Neue Mainzer Straße kamen, war da bereits alles komplett dicht. Es war der massive Polizeieinsatz. Die gesamte Untermainbrücke war dicht. Warum an dieser Stelle? An der EZB war überhaupt niemand. Dort sollte die Demonstration eigentlich ankommen. Da war zu dem Zeitpunkt alles dicht. Selbst wenn man gewollt hätte, hätte es überhaupt keine Ausweichroute gegeben. Die Straße ist eng. Sie war irgendwann von beiden Seiten abgeriegelt. Alle Seitenstraßen waren blockiert, und die Leute hatten überhaupt nicht die Möglichkeit, herauszukommen. Ich schließe mich meinem Kollegen Schaus an: Dass an diesem Tag nichts Schlimmeres passiert ist, ist nicht der Polizei zu verdanken. Das ist allein der Besonnenheit der Demonstranten zu verdanken. Sie können wirklich froh sein, dass da nicht noch mehr passiert ist.

(Beifall bei Zuhörern)

Abg. **Jürgen Frömmrich:** Wir haben das, was geschehen ist, noch einmal in Bildern vor Augen geführt bekommen. Uns ist auch aufgezählt worden, wie viele Schutz Waffen, wie viele Sturmhauben, wie viele verummte Demonstranten und wie viel Pyrotechnik gefunden worden ist. Das ist in der Tat – das sage ich auch – nicht akzeptabel. Aber die Frage, die sich daraus stellt, ist: Ist es verhältnismäßig, wegen dieser Dinge, die dort gefunden worden sind – Herr Schneider, Sie haben gesagt, in diesem Block waren 150 Vermummte –, dafür Sorge zu tragen, dass der gesamte Zug seinen Weg nicht verfolgen kann? Die Sicherung des Grundrechts aus Art. 8 Grundgesetz auf Demonstrationsfreiheit steht im Vordergrund. Diesem Grundrecht haben Sie nicht zur Durchsetzung verholfen. Das muss man nach diesem Tag ganz deutlich sagen. Deswegen stellen sich meiner Meinung nach auch viele Fragen.

Es gibt verschiedene politische Äußerungen dazu. Ich habe auch einige Presseerklärungen dazu gelesen. In Klammern: Das haben wir eben schon gehört. Herr Kollege Bellino, die Intention einer solchen Demonstration muss einem nicht gefallen. Aber das Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit ist ein hohes Gut in unserem Land.

(Abg. Holger Bellino: Die Belehrung brauche ich wirklich nicht! Unerhört, was Sie da von sich geben!)

Das muss sichergestellt werden. In diesem Zusammenhang muss ich wirklich sagen: Ich bin entsetzt, wenn ich sehe, was am Wochenende passiert ist.

(Abg. Holger Bellino: Unfug! Ich kann Ihnen Mails zitieren!)

Herr Innenminister, die Frau Kollegin hat schon die Frage gestellt. Die Frage ist von der Polizeiführung nicht beantwortet worden: Hat es definierte – –

(Zuhörer: Sie quatschen so dazwischen, dass ich ihn nicht mehr verstehe! – Gegenruf des Abg. Holger Bellino: Dann machen Sie die Ohren auf!)

Vorsitzender: Ich habe die Bitte, dass der Redner zu Wort kommt, und sonst niemand.

Abg. **Jürgen Frömmrich:** Herr Kollege Bellino ist für seine Freundlichkeit im Landtag bekannt. Wir kennen das.

(Abg. Holger Bellino: Unverschämtheit!)

Die folgende Frage ist noch nicht beantwortet worden: Gab es definierte Zugriffszonen?

Ich möchte noch einmal auf die Planung, Vorbereitung und die Strategie für dieses Wochenende eingehen. Ich glaube, da sollte die Aufarbeitung eines solchen Vorgangs anfangen. Wer hat die Planung und die Strategie für dieses Wochenende zu verantworten gehabt? Mit wem ist die Strategie der Demonstration in Frankfurt im Polizeipräsidium vorbereitet worden? Wer war in die Vorbereitung dieser Demonstration und dieses Wochenendes im Landespolizeipräsidium involviert? Wer hat von der Spitze des Hauses des Innenministeriums in diesem Zusammenhang im Vorfeld – ich sage ganz deutlich: im Vorfeld – der Demonstration Einfluss auf die Strategie und Planung dieses Wochenendes genommen? Welche Gefahrenanalyse hat vorgelegen, bevor man in die Planung eingestiegen ist und bevor die Demonstration und die Veranstaltungen an dem Wochenende stattgefunden haben? Das sind für mich wichtige Fragen, die noch nicht beantwortet worden sind.

Hier sind sehr viele Details genannt worden. Aber ich glaube, das ist die Grundlage für das, was man hier diskutieren muss. Wenn der Innenminister sagt, er sei nicht im Lagezentrum gewesen, okay. Wenn er sagt, er sei nicht im Einsatzzentrum gewesen, okay. Aber dann ist doch die Frage: Wie hat die politische Führung im Vorfeld Einfluss auf diese Veranstaltung und auf die Planung einer solchen Veranstaltung genommen? Das hätte ich schon gerne beantwortet.

Ich sage auch noch einmal ganz deutlich in Richtung der Polizeiführung: Sie haben Bilder gezeigt und gesagt, wie die Situation am Donnerstag und am Freitag gewesen ist. Ich sage ganz deutlich, die Bilder, die ich hier gesehen habe, sind keine Bilder, die mir gefallen. Solche Bilder sind inakzeptabel. Aber der Freitag hat mit der Demonstration am Samstag versamlungs- und verfassungsrechtlich überhaupt nichts zu tun. Es gibt eine ständige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu der Frage, was verhältnismäßig ist und wann eingegriffen werden kann. Zu der Frage der Einkesselung führt, wenn ich es richtig in Erinnerung habe, die Brokdorf-Entscheidung aus. Danach muss ich die Veranstaltung vorher auflösen, um richtig einkesseln zu können und mir die Damen und Herren, die ich haben will, herauszuholen. Voraussetzung ist die Auflösung der Veranstaltung. Warum haben Sie die Veranstaltung nicht aufgelöst, wenn sie so gefährlich gewesen ist und wenn so viel Gefahr von ihr ausgegangen ist? Das wäre versamlungsrechtlich einer der Wege gewesen, die Sie hätten gehen können.

Ansonsten lassen Sie Menschen – wirklich ohne zu flachsen; die Kollegin Wissler hat eine schwangere Frau genannt – zehn Stunden lang in einem Kessel, ohne dass sie herauskommen. Es gibt massenweise Berichte – ich könnte das hier zitieren – von älteren Leuten, von jüngeren Leuten, von Leuten, die verletzt sind, von Leuten, die Tränengas bekommen haben, von Leuten, die Sanitätsdienste in Anspruch genommen haben. Es gibt Kameraleute, denen gesagt wird: „Verpisst euch“. Es gibt Leute, denen ins Gesicht geschlagen wurde. Das ist vollkommen inakzeptabel.

In diesem Zusammenhang frage ich wirklich noch einmal nach der Verhältnismäßigkeit der Mittel, die hier gewählt worden sind. Ich bin der festen Überzeugung, dass die Frage nach der Verhältnismäßigkeit noch zu beantworten sein wird. Ich gehe davon aus: Wenn diejenigen, die diese Veranstaltung vorbereitet, angemeldet und organisiert ha-

ben, gut beraten sind, dann ziehen sie mit dem, was hier geschehen ist, vor das Bundesverfassungsgericht und lassen die Maßnahmen, die hier ergriffen worden sind, überprüfen. Das ist mit der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, wie ich sie kenne, nicht in Einklang zu bringen. Ich halte es für vollkommen unangemessen, wie hier reagiert worden ist.

(Beifall bei Zuhörern)

Vorsitzender: Wir waren uns einmal einig, dass wir Ruhe halten! Aber im Laufe der Zeit lässt das nach.

Abg. **Holger Bellino:** Zu Beginn der Diskussionsrunde hatte ich dem Kollegen Frömmrich recht gegeben, als er einen Verfahrensvorschlag machte, der eine gute Struktur vorschlug und Ähnliches. Aber gerade der letzte Wortbeitrag, Herr Kollege, ist an Verdrehungen und Verleumdungen, gegen die ich mich entschieden wehre, nicht zu überbieten. Denn ich habe in keinem Fall das Demonstrationsrecht infrage gestellt. Ganz im Gegenteil, wir haben gesagt: Das soll stattfinden, egal, ob einem das Thema der Demonstration passt oder nicht. Wir haben ausdrücklich gesagt: Die haben ein Recht dazu, das zu machen. Aber wir haben auch gesagt, dass es daneben auch das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit und anderes gibt. Das haben wir auch schriftlich gemacht. Dazu stehen wir. Das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit gilt übrigens für beide Seiten. Es gilt für Demonstranten, für Polizisten, für Abgeordnete, für nicht Abgeordnete gleichermaßen.

(Zuruf eines Zuhörers)

Vorsitzender: Jetzt ist es gut!

Abg. **Holger Bellino:** Da gibt es überhaupt keine Diskussion. Das haben wir in der Pressemitteilung auch sehr deutlich gesagt.

Aber wenn ich höre, dass 911 waffenähnliche Geräte gesichert wurden, dass Böller dabei waren, Feuerwerkskörper, die noch nicht einmal zugelassen sind, dann teile ich die Auffassung, dass ich froh bin, dass es nicht zu mehr gekommen ist. Aber anders als die LINKEN, die hier ständig dazwischenrufen, ist das nicht das Verdienst derer, die diese Dinge mit sich herumgetragen haben, sondern es ist das Verdienst der Polizei, die dafür gesorgt hat, dass diese Dinge nicht eingesetzt wurden.

Sie sollten sich einmal überlegen, mit wem Sie sich gemein machen. Ich kann Ihnen die Mails zeigen, die mir zugegangen sind, in denen auch mir gedroht wird, dass ich sehr auf mich aufpassen soll. Herr Schaus, das sind die Leute, die Sie rufen und die dann das machen, was Sie anscheinend wollen, indem Sie ständig in einer Art und Weise polemisieren, die unerträglich ist. Ich lasse Ihnen das zukommen. Dann können Sie in der Tat mit dem Kopf schütteln, aber nicht über das, was ich hier sage, sondern über das, was die Leute, für die Sie sich hier einsetzen, sich anmaßen, wie die mit Leuten umgehen. Da ist Gewalt angedroht worden. Das ist nicht das, was ich gut finde.

Die Demonstrationen können stattfinden. Das ist überhaupt keine Frage. Aber da hier von einem gewaltsamen Stoppen der Demonstration gesprochen wurde, frage ich die

zuständigen Polizisten und den Einsatzleiter: Wer hat entschieden, dass der Zug nicht weitergeht, wer hat entschieden, dass Teile des Zugs oder der ganze Zug nicht weitergehen, nachdem man entsprechende Kontrollen durchgeführt hat, aber nur bei einem Teil der Demonstranten? War das die Polizei, oder waren das der Versammlungsleiter oder die Demonstranten selbst?

Mich würde zweitens interessieren, wie die Rolle der Kommunikatoren einzuschätzen ist. Hierzu gab es in der Berichterstattung auch kritische Anmerkungen, generell zu der Kommunikation zwischen der Polizei und den Demonstranten. Mich würde interessieren, ob und wenn ja, wie sich der Frankfurter Oberbürgermeister als Stadtoberrhaupt dieser Stadt eingebracht hat, wie er sich im Vorfeld interessiert hat, aber auch an dem besagten Tag.

Abschließend. Da hier ganz unterschiedliche Bilder bezüglich der Übergriffe

(Abg. Nancy Faeser: Das ist eine derartige Frechheit, so abzulenken!)

– ich nenne das jetzt mal so – durch die Polizei gestellt werden: Mich interessiert, wie viele Anzeigen gegen Polizeibeamte es bereits gibt.

(Zuhörer: Wenn Sie sie nicht kennzeichnen, kann man sie nicht anzeigen!)

Vorsitzender: Ruhe!

Abg. **Holger Bellino:** Das würde mich interessieren. Man kann die individuell aussprechen. Man kann sie anonym anzeigen. Das weiß jeder, der sich ein bisschen damit auskennt. Mich würde interessieren, wie die aktuelle Lage ist. Wie viele Anzeigen liegen vor, und wie wird mit diesen Anzeigen umgegangen?

Denn das ist auch ganz klar: Wenn es Übergriffe oder unangemessenes Verhalten gegeben hat, dann wird dem nachgegangen. Aber das ist nicht nur bei dieser Demonstration so, sondern das ist bei jeder Demonstration so, bei jedem Polizeieinsatz. Das ist auch gut so. Denn wir leben in einem Rechtsstaat. Den gilt es zu verteidigen.

(Zuhörer: Daran glauben Sie noch?)

Vorsitzender: Jetzt hat Herr Dr. Blechschmidt das Wort, und sonst niemand. Bitte schön.

Abg. **Dr. Frank Blechschmidt:** Mir hat keines der Bilder gefallen, die ich heute gesehen habe. Mir hat auch keines der Bilder gefallen, die ich in den letzten Tagen gesehen habe, weil das alles mit dem, was wir als Demokraten hochhalten, gar nichts, überhaupt nichts zu tun hat. Ja, ich glaube an den Rechtsstaat, und ich glaube, dass der Rechtsstaat funktioniert. Aber wir müssen alle aufpassen, dass wir ihn nicht durch gewisse Diskussionen zur Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, zum Demonstrationsrecht, ad absurdum führen. Das muss von allen gewahrt werden.

Ich habe vorhin schon deutlich gemacht: Die Fotos, die ich in den letzten Tagen gesehen habe – ich habe selbst einige Briefe bekommen und habe gesagt, das muss angezeigt werden –, müssen rechtsstaatlich verfolgt werden. Ich sage das im Hinblick auf

diejenigen, die heute mit Interesse in den Innenausschuss gekommen sind, weil sie am Wochenende teilgenommen und ihre subjektive Sicht der Dinge erlebt haben. Das muss verfolgt werden, ganz eindeutig. Genauso sage ich aber auch im Hinblick auf die Kollegen – das sage ich als Jurist –, dass wir politisch diskutieren müssen. Herr Frömmrich, der Freitag gehört für mich politisch dazu. Als Jurist sage ich, dass das Versammlungsgesetz einzuhalten ist. Das haben auch Sie gesagt.

(Abg. Jürgen Frömmrich und Nancy Faeser: Ja! – Nancy Faeser: Unstreitig!)

Das ist für mich heute sehr transparent von der Polizei beschrieben worden. Das kann hinterfragt werden, das kann politisch hinterfragt werden, das kann letztendlich rechtsstaatlich, wenn es zum Bundesverfassungsgericht geht, ein Gericht feststellen. Wir führen die politische Diskussion.

Ich glaube, dass wir gut tun, abzurüsten, wenn wir als Demokraten weiter das Demonstrationsrecht und die Ausübung des Versammlungsrechts gewährleisten wollen. Wir müssen auch feststellen – da widerspreche ich dem Kollegen Dr. Wilken ganz entschieden –, dass es hier nicht um Ordnungswidrigkeiten geht, sondern § 17a und § 27 Versammlungsgesetz – das ist jetzt der Jurist – zeigen der Polizei ganz deutlich auf, dass es allein vom Tatbestand her Straftaten sind, die auch individuell verfolgt werden müssen.

Mir ist heute deutlich gemacht worden, dass bei den Verhandlungen mehr Zeit investiert wurde, als ich anfangs gedacht habe, dass wirklich versucht wurde, mit der Funktion des Versammlungsleiters, der im Versammlungsgesetz in der Bundesrepublik Deutschland eine ganz wesentliche Rolle hat, zu einer Lösung zu kommen. Das hat nicht funktioniert.

Ich als Liberaler würde Abstand davon nehmen, Schuldzuweisungen zu machen. Ich stelle fest, dass das am Samstag nicht funktioniert hat, dass der Innenausschuss sich damit beschäftigt, dass es weitere Fragen gibt, die beantwortet werden müssen, dass der Rechtsstaat funktionieren muss. Aber ich kann der Occupy-Bewegung, von der ich kein politischer Befürworter bin, nur anraten, abzurüsten. Was mich ein bisschen enttäuscht hat, das muss ich Ihnen sagen, die Sie heute teilgenommen haben, ist, dass Sie alle die Hände gehoben haben, als es hieß, dass mehr Schilde mitgebracht werden sollen. Das verstehe und akzeptiere ich auch nicht. Denn wer heute zu einer Demonstration geht, hat kein Schild, keinen Feuerwerkskörper oder all das, was ich gesehen habe, mitzunehmen,

(Zuhörer: Aber er hat sich zusammenschlagen zu lassen!)

wenn das Demonstrationsrecht zu gewährleisten ist. Zur Meinungsfreiheit gehört, dass ich das artikuliere und auch Ihre Meinung zur Kenntnis nehme.

(Zuhörer: Gekennzeichnete Polizisten!)

Vorsitzender: Ich bitte Sie ernsthaft, ruhig zu bleiben.

Abg. **Dr. Frank Blechschmidt:** Ich als Liberaler würde alles – ich sage das deutlich – tun, das Recht zu verteidigen, dass Sie Ihre Meinung sagen können. Aber ich erwarte, dass die Spielregeln des Rechtsstaates im Rahmen des Versammlungsgesetzes eingehalten

werden. Zu den Spielregeln gehört, dass man Schilde und abgebrochene Stangen, die irgendwann abgebrochen wurden oder nicht abgebrochen sind oder wie auch immer, zu einer Versammlung nicht mitnimmt, wenn ein gewisses Potenzial da ist. Denn damit gefährdet man das, was man eigentlich hochhalten will, nämlich die freie Meinungsäußerung. Das tut jeder von Ihnen, der für sich selbst ein Schild mitnimmt: die freie Meinungsäußerung gefährden. – Das bedrückt mich als Liberaler. Deshalb sage ich klipp und klar: Jedes der Bilder, nicht nur die heute gezeigten, finde ich ganz erschreckend, weil deutlich wird, dass in Zukunft in Frankfurt, wenn Occupy kommt, wenn es bei denjenigen, die demonstrieren, nicht eine gewissen Sensibilität gibt, weiteres Gefahrenpotenzial entstehen wird.

Ich sage das bewusst an Sie: Sie sind heute mit einer Erwartungshaltung gekommen. Ich finde es gut, dass Sie gekommen sind. Ich finde es gut, dass Sie Interesse haben. Aber es muss auch in die Occupy-Bewegung hineingetragen werden, dass Demonstrationen mit Schilden und den Gegenständen, die ich gesehen habe, nicht gehen.

Abg. **Alexander Bauer:** Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Viele Kollegen haben schon erwähnt, dass Art. 8 Grundgesetz hier im Zentrum steht, nämlich das Recht auf Demonstrationsfreiheit. Allerdings wird der Artikel häufig nur sehr rudimentär wiedergegeben. Denn er besteht bekanntlich aus mehreren Sätzen und zwei Absätzen. Ich erlaube mir, die kurz in Erinnerung zu rufen. Denn da heißt es:

- (1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
- (2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes beschränkt werden.

Darum geht es. Wenn man schon im Vorfeld weiß, dass man eine solche friedliche Zusammenkunft unter Auflagen gestattet, damit ein friedlicher Verlauf gewährleistet ist, muss man an einem Punkt überprüfen, ob die Auflagen eingehalten werden. Ohne ins Detail zu gehen – die Kollegen haben es schon genannt –, wenn dann hier das Bild von der Besonnenheit der Demonstranten gezeichnet wird, die sich friedlich unter freiem Himmel ohne Waffen versammelt haben, dann muss man schon die Frage stellen und die ist auch noch nicht beantwortet worden: Ist es normal, dass, wenn 907 Personen kontrolliert werden, 911 Gegenstände waffenähnlicher Art gefunden werden? Ist es normal, und wozu braucht man das, wenn man sein Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit nach Art. 8 Grundgesetz ausüben will? Wozu braucht man Böller, Farbbeutel, Sturmhauben, Schutzschirme, Schutzschilde, Schlag- oder Hiebgegenstände? Wozu braucht man Flaschen mit Farbe, die mit Sand oder anderen Tinkturen gefüllt sind? Wozu braucht man die? Diese Frage steht noch im Raum und ist von niemandem hier beantwortet worden.

Wenn eine Auflage nicht erfüllt wird – ich habe das in dem ausführlichen Bericht so verstanden –, wenn man gegen Auflagen verstößt, die die Schutzbewaffnung betreffen, die die Vermummung betreffen, die entdeckte Gegenstände betreffen, die vielleicht als Schlagwerkzeuge verwendet werden können, dann ist es ganz verständlich, dass dann eine Gefahr ausgemacht wird, die nicht von der Hand zu weisen ist. Denn ein friedlicher Verlauf unter freiem Himmel ohne das Mitführen von Waffen kann bei den Bildern, die zumindest einen kleinen Abschnitt der Realität treffend wiedergeben, nicht ernsthaft behauptet werden. Wenn die Polizei diese Auflagen überprüft, kann man feststellen, dass es durchaus realistisch ist, dass es eine Gefährdung von Leib und Leben

gegeben hat oder geben kann und dass die öffentliche Ordnung gefährdet werden kann, wenn man nicht einschreitet. Es kam im Vorfeld und im Verlauf der Demonstration auch zu Sachbeschädigungen.

Wenn man Verboten zuwiderhandelt – ich hoffe, dass man darüber Übereinkunft erzielen kann –, dann ist es nach dem Gesetz erlaubt, dass man diejenigen, die diesen Verboten zuwiderhandeln, von der Versammlung ausschließen kann. Dann muss man durch entsprechende Maßnahmen den weiteren Verlauf dieser Versammlung, den man gewährleisten will, dahin gehend schützen, dass man diese Personen, die sich nicht rechtskonform verhalten, mit den entsprechenden Maßnahmen ausschließt.

Ich sage ganz deutlich: Ich kann es nicht akzeptieren, dass man, nachdem man sich Bilder von der Polizei hat präsentieren lassen – Herr Kollege Dr. Wilken kennt auch andere Bilder, keine Frage –, dann so euphemistisch, schönfärbend sagt: „Es gab sicherlich ein paar Farbeier, die mitgebracht worden sind.“ Das kann ja wohl nicht angehen. Es sind nicht nur Farbeier. Nach den Berichten der Polizei sind das teilweise körperverletzende Dinge: Polenböllern, angespitzte Gegenstände. Das sind keine normalen Regenschirme, das sind keine normalen Transparentstöcke. Es sind sicherlich auch welche dabei, die man für eine normale Demonstration braucht. Aber es gab auch bewusst veränderte, manipulierte Gegenstände, die zur Begehung einer Körperverletzung dienen können. Ob sie eingesetzt sind, mag dahingestellt sein. Aber allein die Tatsache, dass ich etwas anspitze, ist einer friedlichen Demonstration sicherlich nicht sachdienlich.

Deshalb kann ich immer noch die Frage in den Raum stellen – aber die wird mir sicherlich niemand beantworten können –: Wozu brauche ich, wenn ich mein Demonstrationsrecht ausüben möchte, diese von mir geschilderten Gegenstände, die, wenn ich eine politische Botschaft senden möchte, das vermeintlich gute Anliegen konterkarieren?

Abg. **Hermann Schaus:** Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Ich glaube, dass wir hier heute nicht in der Lage sind, den Sachverhalt aufzuklären. Ich glaube, dass das an anderer Stelle passieren muss. Denn ich bin schon der Meinung, dass hier im Detail geklärt werden muss, was wann passierte. Wir haben es vorhin gemerkt: Die Reihenfolge der Bilder, die uns präsentiert wurde, war falsch, an einer Stelle ganz klar nachweisbar.

Wenn ich die Pressemeldung der Frankfurter Polizei lese, wenn ich die Stellungnahmen von Ihnen, Herr Minister Rhein, nehme, wie reagiert wird, dann stelle ich immer fest, dass es eine komplette Vermischung ohne zeitliche Abfolge, die aber entscheidend ist, gegeben hat und nach wie vor gibt. – Erster Punkt.

Ich zitiere aus der Pressemeldung der Polizei Nr. 484, erster Absatz, vom 02.06., also nach der Demonstration, 15:11 Uhr:

Der Teilausschluss wurde notwendig, weil nicht nur gegen mehrere Auflagen der Versammlungsbehörde verstoßen wurde, sondern auch gegen Rechtsvorschriften des Versammlungsgesetzes (Vermummungsverbot, Schutzwaffen). Zudem wurden die Einsatzkräfte mit Farbbeuteln und Pyrotechnik beworfen.

Nun war ich persönlich genau in diesem Teil, der eingeschlossen wurde, und habe gesehen, wie sich das entwickelt hat, und zwar im hinteren Teil. Ich will dazu nur zwei Punkte sagen. Klar war, als der Demonstrationzug etwa die Höhe des InterConti passiert

hatte, zogen links und rechts in dem erwähnten späteren Frankfurter Kessel Polizeibeamte auf, die mitliefen und die den Demonstrationszug begleiteten. Ich habe es selbst erlebt, dass der Kessel gleichzeitig vorne und zwei Meter hinter mir dicht gemacht wurde. Das war eine vorbereitete Aktion. Dafür gibt es viele Indizien. Ich kann mir nicht vorstellen, dass dies innerhalb von 15 bis 20 Minuten hätte vorbereitet werden können, wie es hier dargestellt wurde, sondern ich bin nach meinen Eindrücken sehr wohl der Meinung, dass dies ganz bewusst und ganz gezielt vorgenommen wurde, um diesen Kessel tatsächlich zustande zu bringen.

Dazu gibt es eine Reihe von Aussagen. Ich will einen Leserbrief von Herrn Dieter Hooge, dem ehemaligen DGB-Landesbezirksvorsitzenden in Hessen, auszugsweise verlesen:

Bevor die Blockupy-Demonstration am 01.06.2013 die Rückseite der Städtischen Bühnen erreichte, hielt ich mich dort um 12:30 Uhr mit dem Fahrrad auf. Unter anderem in den letzten Seitenstraßen und an der Kreuzung der Wilhelm-Leuschner-Straße, in den Parkanlagen vom Untermainkai bis zum Willy-Brandt-Platz, in der Taunusanlage und am Zürich-Hochhaus hatte sich ein Polizeiaufgebot aufgebaut, wie ich es in so einem Ausmaß auf einem so relativ kleinen Raum seit 1966, so lange lebe ich in Frankfurt, noch nicht bei Demonstrationen in der Stadt gesehen habe. Meine Schätzung: 1.500 bis 2.000, teilweise mit Gesichtsmasken, den traditionellen Helmen und Pfefferspray ausgerüstete Beamte in Wartestellung, vor dem Jüdischen Museum mainseits ein Räumpanzer, Panzerspähwagen und Wasserwerfer.

Mir wurde bewusst, wenn die Demonstration diesen Punkt erreicht, würde diese Polizeipräsenz für viele eine maßlose Provokation darstellen. Das war leider keine Fehleinschätzung.

Es gibt weitere Belege und Beweise. Nach wie vor steht die Frage im Raum, wieso die Absperrung nicht auf der gesamten Demonstrationsroute vorgenommen wurde, wieso da keine Polizeipräsenz da war. Ich behaupte: Die Polizei war deshalb nicht da, weil man wusste, dass der Demonstrationszug dort nie ankommen würde, dass es vorbereitet war, dass dies kein Zufall ist und keine einsame Entscheidung eines einzigen Polizeiverantwortlichen.

Insofern gibt es sehr viele Fragen. Aber ich glaube, der entscheidende Punkt, den wir heute hier diskutieren können, den hat Herr Schneider mit zwei Aussagen selbst getroffen. Die erste Aussage war auf den Freitag bezogen. Sie haben sinngemäß gesagt: „Alles zusammengenommen war bereits ein gewisses Störerpotenzial in der Stadt.“ Wenn man die Polizeimeldungen und die Aussagen aneinanderlegt und – Herr Bellino, ich habe das einmal gemacht; ich komme nachher noch einmal darauf – die Pressemeldungen der CDU noch dazunimmt, die in diesen Tagen erfolgten, dann gibt das ein interessantes Bild.

Das erste Bild ist: Es wird völlig undifferenziert von „den Demonstranten“ gesprochen. Am Samstag waren zweifelsohne viel mehr Leute in Frankfurt als am Freitag. Ich glaube, das ist unbestreitbar. Wir haben auch erlebt, z. B. von Ihnen, Herr Minister, dass in der Debatte nach den Vorfällen um die Nazidemonstration am 1. Mai ungeprüft Straftaten, die an anderer Stelle begangen wurden, sei es in der Nacht oder sei es Tage vorher, in einem offiziellen Polizeibericht, in einer Presseerklärung und von Ihnen in den Zusammenhang gestellt wurden, um dann als Alibi dafür zu dienen, dass hier Gewaltpotenzial da ist. Mit anderen Worten: Dieses Gewaltpotenzial, das sehen Sie in Ihrer einseitigen Betrachtungsweise so. Dieses Gewaltpotenzial wird herbeigeredet. Jetzt, nach dem

Schlamassel, der passiert ist, muss es erst recht herbeigeredet werden. Deswegen werden die zeitlichen Reihenfolgen verändert. Die Farbbeutel sind am Samstag erst geflogen, nachdem die Polizei in die Kette rein ist, und keine Minute früher, Herr Bauer.

(Abg. Alexander Bauer: Macht das die Sache besser? Wozu brauche ich die Farbbeutel? Weder freitags noch samstags brauche ich die Farbbeutel!)

– Ich will das gar nicht verteidigen. Für mich gehören die auch nicht in eine Demonstration. Aber die Reihenfolge bleibt trotzdem entscheidend.

Damit komme ich zu der zweiten Aussage von Herrn Schneider. Sie haben sinngemäß gesagt: Wenn wir nicht eingeschritten wären, dann wäre es zu Ausschreitungen gekommen, dann hätte es zu Gefährdungen geführt. Herr Schneider, ich frage Sie an dieser Stelle: Sind Sie Gott, der in prognostischer Art und Weise versucht, Leute zu retten? Es kann doch nicht Aufgabe der Polizei sein, präventiv – das ist der Punkt – einzukesseln, Leute festzuhalten, das Demonstrationsrecht zu unterbinden, ein Verfassungsgrundrecht außer Kraft zu setzen, nur auf die Vermutung hin, dass es hier zu Ausschreitungen kommen könnte.

Herr Bauer, Sie wissen nicht und ich weiß nicht, wann wer wo was geflogen ist. Ich weiß nur das, was ich gesehen habe. Es gab drei Leuchtkugeln, eine Leuchtkugel nach oben, und es gab zwei, die in den Bäumen hängen geblieben sind. In dieser Zeit gab es keine auf die Polizei. Ich weiß nicht einmal, ob die zwei, die in den Bäumen hängen geblieben sind, aus dem Kessel gekommen sind. Aber diese drei Pyros waren Anlass für das Einschreiten.

Ich frage Sie – das ist eine Frage an die Polizeiführung und den Herrn Minister –: Ist es in Zukunft so, dass, wenn im Waldstadion im Fanblock der Eintracht drei Pyros gezündet werden, die Polizei einschreitet, das Spiel abgebrochen wird und alle zur Personalienkontrolle gebracht werden, die im Fanblock sitzen? – Das ist der Vergleich, der hier zurate zu ziehen ist. Dann wird auch die Absurdität dieses Handelns klar.

(Abg. Alexander Bauer: Straftat bleibt Straftat, egal wo sie stattfindet! – Unruhe)

Jetzt komme ich zur politischen Seite. Ich will einmal aus der Presseerklärung des Herrn Bellino zitieren, weil Herr Bellino dafür bekannt ist, dass er sich ab und zu einmal verplappert. Herr Bellino, am 31. Mai haben Sie fälschlicherweise, wie sich später herausgestellt hat, eine Aussage in einem offensichtlich gefälschten Twitter von Herrn Oberbürgermeister Feldmann aufs Korn genommen. Einen Tag vor der Demonstration steht folgender Satz in einer Pressemeldung der CDU:

Die brutalen Angriffe auf Leib und Leben durch linke Krawallmacher in Frankfurt im letzten Jahr dürfen sich nicht wiederholen.

(Abg. Holger Bellino: Haben Sie etwas dagegen?)

– Hören Sie gut zu. Die Blockupy-Demonstration im Jahr 2012, die Sie damit nur meinen können, war mit 20.000 Leuten friedlich. Es gibt keinen Einzigen, der etwas anderes behauptet.

(Abg. Holger Bellino: Die Erde ist eine Scheibe! Sie hetzen, mein Lieber!)

In der Presseerklärung des Herrn Bellino vom 02.06., also nach der Demo, steht:

Das Sicherheitskonzept der verantwortlichen Behörden zur Gefahrenabwehr bei den sogenannten Blockupy-Demonstrationen ist voll aufgegangen.

Wunderbar, 300 Verletzte.

Die Polizei hat sich weder von als Clowns verkleideten Provokateuren noch von Vertretern der Linkspartei, die die Ordnungskräfte angebrüllt haben, aus der Ruhe bringen lassen und stets für die Sicherheit der Bürger in Frankfurt gesorgt.

(Abg. Holger Bellino: Was ist daran falsch?)

– Herr Bellino, es ist erschreckend, dass Sie das nicht erkennen.

(Abg. Holger Bellino: Es ist erschreckend, dass Sie im Parlament sind!)

Ich zitiere weiter:

Es ist umso erschreckender, wenn sich ein großer Teil der Demonstrationsteilnehmer lieber mit Krawallmachern solidarisiert, anstatt die Polizei bei ihrer Arbeit zu unterstützen.

Bisher haben alle behauptet, das war der friedliche Teil der Demonstration.

(Zuruf des Abg. Holger Bellino)

Dort haben die Übergriffe der Polizei stattgefunden. Im Kessel, in dem ich mich sechs Stunden lang ohne Unterbrechung aufgehalten habe, ging von keinem der Eingekesselten irgendeine Aggression aus. Die Pyros wurden zwei, drei Stunden später gezündet, als die Leute getanzt haben, als sie Musik gemacht haben, usw. Das ist alles eine Verdrehung der Tatsachen, die hier stattfindet.

Ich will jetzt mit Zitaten aufhören, weil dies alles Textbausteine sind. Damit wird Wahlkampf betrieben. In der letzten Presseerklärung vom 4. Juni, also von gestern, heißt es:

Stehen SPD und GRÜNE im schwarzen Block der Demokratiefeinde oder mit uns auf der Seite des Rechtsstaats?

(Holger Bellino: Sind Sie jetzt sauer, dass ich Sie vergessen habe?)

Die Bürger in Hessen erwarten von Schäfer-Gümbel und Al-Wazir darauf eine klare Antwort.

Herr Bellino, was Sie machen und was bisher nur Sie gemacht haben, ist Wahlkampf aus dieser Situation, und zwar vom Zeitpunkt vor der Demonstration bis jetzt. Deswegen frage ich Sie, Herr Minister, als den Verantwortlichen auch innerhalb der CDU:

(Zuruf des Abg. Holger Bellino)

Haben Sie im Vorfeld dieser Demonstration auf die Polizeibehörden dermaßen eingewirkt, dass es Ihnen im Wahlkampf nützen soll, wenn es hier zu einer Eskalation kommt? – Das ist die Frage, die im Raum steht und die geklärt werden muss.

(Beifall bei Zuhörern)

Vorsitzender: Das war natürlich nicht gerade der sachlichste Beitrag – außerhalb des Wahlkampfes, Herr Kollege Schaus. Aber okay, so ist es halt in Vorwahlkampfzeiten. Das muss man in Summe ertragen können.

(Zuruf des Abg. Holger Bellino)

– Die Kollegen Schaus und Bellino lieben sich sowieso heiß und innig. Das ist bekannt.

(Abg. Nancy Faeser: Das ist die gute Nachbarschaft!)

– Ja, das ist die Nachbarschaft im Hochtaunus. Es gibt aber hier noch mehr Leute aus dem Hochtaunus, aber die lasse ich jetzt alle weg.

Frau Faeser, Sie haben das Wort, und dann bitte ich darum, dass wir zu dem kommen, was die Fragesteller alle schon längst wissen wollen.

Dann habe ich die Bitte. Der Kollege Schaus hat ein wahres Wort gesagt, am Anfang: Wir werden das heute nicht abschließend aufklären können. – Das bitte ich bei den folgenden Wortmeldungen im Hinterkopf zu halten. Aus meiner Sicht werden wir uns mit diesem Thema noch weiter beschäftigen.

Abg. **Nancy Faeser:** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich finde die Art der Diskussion gerade nicht sehr hilfreich. Ich will einmal an Herrn Blechschmidt anknüpfen. Herr Blechschmidt hat sehr klar gesagt: Am Samstag hat etwas nicht funktioniert. Es geht hier um die Aufarbeitung: Warum nicht?

Um es nochmals zu sagen – Herr Bauer hat auch versucht, es sachlich zu machen –: Das hat auch etwas damit zu tun – Herr Blechschmidt, das machen Sie deutlich anders, und das unterscheidet Sie auch, und das unterscheidet auch Herrn Bauer von Herrn Bellino –, wie man mit der Aufarbeitung umgeht.

Wenn man sehr schnell sehr klar sagt: „Es war alles verhältnismäßig und alles in Ordnung“, wenn man keinerlei Demut zeigt oder einmal „Entschuldigung“ sagt, weil da etwas schiefgelaufen ist, dann kommt es leider auch zu dieser Situation. Das genau ist das Problem.

Deswegen ist es in der Tat erforderlich, dass wir – wie Herr Klee gerade gesagt hat – über den heutigen Tag hinaus weiter aufklären, wie es zu den einzelnen Situationen gekommen ist und was im Einzelnen schiefgelaufen ist.

Ich möchte daran erinnern, dass meine Fragen noch nicht beantwortet wurden: nach der Vorfeldplanung, wer daran beteiligt war, und insbesondere, welche Stellen auch im Vorfeld dazu auserkoren wurden, um einen Zugriff zu starten und warum ausgerechnet an dieser Stelle, wo es so eng ist.

Zum Zweiten würde mich noch interessieren, warum der Innenminister schon jetzt zu der Einschätzung kommt, dass das alles verhältnismäßig war.

Herr Innenminister, was Sie auch noch nicht beantwortet haben – Sie haben schon zweimal auf mich reagiert –, ist die Frage, warum es dazu kommen konnte, dass einzel-

ne Polizeibeamtinnen und -beamte länger als 20 Stunden im Einsatz waren, obwohl dieser Einsatz schon Wochen vorher in der Planung war. Wie kann es dazu kommen? Dazu interessiert mich insbesondere die Antwort von Herrn Thiel. Wie viele Beamte waren konkret am Samstag im Einsatz? Auch das interessiert mich. Denn hinterher, wenn wir alles wissen, wird es in der Tat zu beurteilen sein, wie die Vorfeldplanung war, wie die Einsatzplanung war, wer welche Entscheidung getroffen hat – vor allem, wer entschieden hat, dass der Kessel so lange aufrechterhalten bleibt. Danach kann man zu der Einschätzung kommen, ob das verhältnismäßig war oder nicht. Diese Frage ist hier zu stellen.

Die Gerichte werden das prüfen. Wenn beim Umgang damit etwas mehr Demut im Spiel wäre, dann könnte man auch zu einer sachlichen Aufklärung kommen statt zu einem weiteren Aufheizen. Ich finde es nicht sehr schön, dass es jetzt am Wochenende in Frankfurt zu Demonstrationen gegen die Polizei kommt. Aber das ist auch ein Ergebnis des Umgangs mit der Problematik des letzten Samstags. Wenn man das hier ordentlich aufgearbeitet hätte, statt sofort zu sagen „Es war alles gut. Es ist überhaupt nichts passiert. Es ist überhaupt nichts schiefgelaufen.“, dann wäre es auch nicht zu der aufgeheizten Situation gekommen, sodass jetzt am Wochenende nochmals gegen die Polizei demonstriert wird. Das finde ich außerordentlich schlecht, auch für das gesamte Ansehen der hessischen Polizei.

Vorsitzender: Der Minister hat nicht böswilligerweise nicht geantwortet, aber es gab jetzt zehn Wortmeldungen. Darum konnte er das Wort überhaupt nicht ergreifen.

Herr Minister, jetzt haben Sie das Wort. Dann bitte ich noch die Kollegen von der Polizei, ergänzend zu antworten.

Minister **Boris Rhein:** Vielen Dank, Herr Vorsitzender.

In der Tat hat Frau Faeser beklagt, sie bekäme keine Antworten. Sie hat jetzt zweimal das Wort ergriffen. Ich hätte gerne schon früher geantwortet, aber auf ihren letzten Beitrag muss ich doch nochmals intensiv eingehen.

Wissen Sie, das ist das Spielchen, das wir beide jetzt fast drei Jahre lang miteinander spielen.

(Abg. Nancy Faeser: Ich spiele keine „Spielchen“!)

Sie stehen mit der Linkspartei auf einer Seite und beschädigen und denunzieren die Polizei.

(Abg. Nancy Faeser: Das ist eine Unverschämtheit! – Abg. Jürgen Frömmrich: Wie dumm ist denn das?)

Sie sagen dann aber immer: Nein, wir meinen nicht die Polizisten, wir meinen diesen Innenminister.

(Abg. Nancy Faeser: Das weise ich von mir! Sie sollten aufhören, Spielchen zu spielen!)

– Herr Vorsitzender, gibt es hier neue Sprachregeln?

Das ist das Spielchen, das wir lange kennen. Frau Faeser, getroffene Hunde bellen besonders laut.

(Abg. Jürgen Frömmrich: Sie sind hier vor dem Innenausschuss: Sie benehmen sich, ja?)

Zweitens will ich, was das Thema Benehmen anbelangt, mir verbitten, Herr Schaus, dass Sie nochmals einen Polizeibeamten wie Herrn Schneider in dieser Art und Weise hier angehen. Ich verbitte mir das, dass Sie einen Polizeibeamten des Landes Hessen so angehen! Machen Sie das auf Ihren Demonstrationen, aber nicht hier.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler)

Aber jeder muss ja wissen, wer Ihre politischen Partner werden wollen oder sind oder was auch immer. – So, das war eine kleine Vorbemerkung.

Herr Wilken, ich bin über Pressemitteilungen von Ihnen, aber auch über die Einlassungen hier heute wirklich entsetzt gewesen. Beispielsweise steht da in einer Pressemitteilung: „Es gab kleine, vollkommen unbedeutende Auflagenverstöße.“ Also, ich frage mich, ob die Polizeibeamten, die da vor Ort waren – die Farbe abbekommen haben, die Tritte bekommen haben, die Schläge bekommen haben, die mit abgebrochenen Stangen angegriffen worden sind –, das als „kleine Auflagenverstöße“ empfinden, wie Sie das hier so schreiben. Nein, Herr Schaus, das waren keine „unbedeutenden Auflagenverstöße“, das waren Straftaten.

Im Übrigen ist das genau der Unterschied zu dem – – Es ist immer der Versuch, zu sagen: Ach, wenn das so wäre, dann müsste man im Grunde genommen das gesamte Stadion verbieten, mit den Bengalos. – Wissen Sie, es ist ein Unterschied, ob man im Stadion diese Bengalos abbrennt, oder ob man auf einer Demonstration gegen das Versammlungsgesetz verstößt und damit Straftaten begeht. Das ist ein riesiger Unterschied. Insofern zieht das schon einmal gar nicht.

Aber wissen Sie, das passt in die Reihe, die Sie hier auch mit Ihren Leuten, die Sie mitgebracht haben, machen:

(Zuruf eines Zuhörers: Das ist eine böswillige Unterstellung!)

Als hier die Flaschen gezeigt worden sind, schauen Sie einmal, hier, mit diesen Flüssigkeiten, ich will Ihnen das einmal zeigen, die Flaschen mit den Flüssigkeiten, die auf Polizeibeamte geschleudert werden, die woanders hin geschleudert werden, gegen Gebäude usw.: Dass da hier gegluckert wird, dass da gelächelt wird, dass man sich verharmlosend darüber lustig macht, weil das gegen Polizeibeamte geworfen wird; als dann die Latten gezeigt worden sind, dass man von „Müll“ geredet hat, der „irgendwo abgelegt“ wird – – Das ist nicht irgendein Müll, der irgendwo abgelegt worden ist, das sind Latten, mit denen gegen Polizeibeamte Schläge ausgeführt worden sind. Dass man dann hier so lächelt und lustig und belustigt und verharmlosend die Dinge darstellt, das finde ich nahezu ekelhaft. Das finde ich ekelhaft.

Als dann die Polizeikette gezeigt worden ist und man hereingerufen hat: „Das ist der schwarze Block!“ – –

(Abg. Janine Wissler: Können Sie einmal die Fragen beantworten? – Zuhörer: Sie sind ekelhaft! Lenken Sie nicht vom Thema ab!)

– Ich glaube, Sie haben hier kein Rederecht.

Vorsitzender: Ich habe schon drei-, viermal gesagt: „Es ist jetzt Ruhe bei Ihnen!“

(Zuhörer: Ich bin Bürger! – Weitere Zurufe)

– Hier sind Sie jetzt still, sonst muss ich Sie hinausschicken!

(Abg. Holger Bellino: Das ist die letzte Ermahnung! Sonst klären wir das anders!)

Weiter gehts. Es geht weiter.

(Zurufe)

Ich bin hier der Sitzungsleiter. Ich mache das, wie ich es für richtig halte. Ich brauche keine Belehrung. – Jetzt hat der Innenminister das Wort.

(Abg. Holger Bellino: Der hat ihn vorhin als „Erdogan“ bezeichnet!)

Minister **Boris Rhein:** Als hier die Polizeikette gezeigt wurde und Sie reingerufen haben „Da ist der schwarze Block!“, wie Sie da alle gelacht haben, wie Sie sich darüber gefreut haben! Diese Polizeibeamtinnen und -beamten tragen diese Ausrüstung nicht aus Lust und Laune, sondern sie tragen sie, weil sie angegriffen werden, weil wir sie an Leib und Leben schützen müssen. Dann aber so lustig hereinzurufen: „Da ist der schwarze Block!“ – Ich frage Sie: Was ist denn daran lustig? Was ist an solchen Verharmlosungen lustig? Dann hat auch noch Herr Wilken gesagt: „Als wir das geplant haben, wissen Sie, da waren so Farbbeutel eingepreist.“ – Was war da eingepreist? Farbbeutel? Gegen wen werden die denn geworfen? Gegen den Polizisten, der hier ganz in Rot stand, der mit diesen Farbbeuteln vollkommen eingesudelt worden ist!

(Das Bild wird erneut gezeigt.)

Das nennen Sie „eingepreist“? Ich finde nicht, dass das „Einpreisen“ ist! Ich finde, das ist eine ganz schwere Verletzung der Menschenwürde, die hier gegen einen Polizeibeamten begangen worden ist. Deswegen ärgere ich mich maßlos, wenn man sich mit diesen Leuten aus der Linkspartei gemein macht, die solche Dinge hier verteilen und vertreten – und dann davon reden, es seien „Farbbeutel eingepreist“. Wie entwürdigend muss man denn mit diesen Polizeibeamten noch umgehen, wenn man so etwas sagt?

(Zuhörer: Was rechtfertigt Hunderte Verletzte? Das sind ein paar Farbspritzer! Mann, was ist das für eine Welt?)

Vorsitzender: Sie sind jetzt still! Wenn Sie hier noch einmal das Wort nehmen, sind Sie draußen! Damit Sie ein für alle Mal Bescheid wissen! Wir wollen das anständig zu Ende führen, wie wir das begonnen haben. Deshalb bitte ich jeden, sich zu mäßigen, an jeder Stelle.

Wir haben eine Sitzung vor uns, die noch einige Stunden dauert. Ich bitte darum, dass man sich jetzt ein wenig zusammenreißt – auch, wenn es schwerfällt.

Minister **Boris Rhein**: So, dann werden – auch das finde ich für Sie so bezeichnend – die einen Straftaten so weggeredet: Das sind die „guten“ Straftaten! – Und die anderen Straftaten, das sind dann die „schlechten“ Straftaten, oder was? – Aus meiner Sicht gibt es weder gute noch schlechte Straftaten, sondern es gibt Straftaten.

Lieber Herr Wilken – ich glaube, Sie sind gar nicht mehr da?

(Abg. Janine Wissler: Doch! Hier ist er doch!)

– Ach, da sind Sie! Doch, Sie sind da. Wissen Sie: Wenn dann in einem solchen Aufzug ein Profiböller aufgefunden wird,

(Ein Bild wird gezeigt.)

ein Profiböller, mit dem Sie einen Polizeibeamten nicht nur an Leib, sondern wenn er geworfen wird, vielleicht am Leben verletzen können: Das alles sind keine „guten“ und keine „schlechten“ Straftaten, das sind einfach Straftaten. Das sind Handlungen gegen Polizeibeamte, die hier geplant gewesen sind. Deshalb bin ich wirklich ärgerlich, wenn man dann so verharmlosend, so belustigt und so verniedlichend diese Dinge darstellt.

Gerne will ich versuchen, die einzelnen Fragen, die Sie mir gestellt haben, zu beantworten. Es gibt Fragen, die kann Ihnen nur die Polizei beantworten. Ich will aber einmal die Teile aufgreifen, die Sie an mich gerichtet haben. Ich hoffe, dass ich das vollständig mache.

Frau Wissler hat mich zum Thema „200 Leute und Flughafen“ befragt. Frau Wissler, das habe nicht ich entschieden. Das hat nicht die Polizei entschieden. Das hat ein Gericht entschieden: dass es nur 200 Leute gibt, die dort vor Ort sein können. Insoweit müssen Sie diese Frage an jemand anderes richten.

Dann haben Sie behauptet, dass die Demoroute nicht abgeriegelt gewesen sei und dass dort überall Autos gefahren wären. – Das stimmt doch gar nicht, dass das so gewesen ist, ganz im Gegenteil. Ich habe Berichte gelesen, wonach sich Menschen beklagt haben, es sei alles abgesperrt gewesen, obwohl gar keine Demonstranten da gewesen wären. Das ist der eindeutige Beweis dafür, dass es von vornherein immer geplant gewesen ist, diese Demonstration weiterlaufen zu lassen. Das ist ein eindeutiger Beweis dafür. Zeigen Sie mir die Routen, wo Autos gefahren sind! Vollkommener Unsinn.

Das heißt im Übrigen auch, dass das Demonstrationsgrundrecht – damit komme ich zu einer weiteren Frage, die hat Herr Frömmrich an mich gestellt, die hat Frau Wissler aufgerufen, die hat Herr Wilken aufgerufen – – Das Demonstrationsgrundrecht war zu jedem Zeitpunkt wahrnehmbar, und von der Polizei ist immer deutlich gemacht worden: Sie können ihre Demonstration auf der vom VGH vorgegebenen Route weiterführen.

Herr Wilken hat das einmal anders gesehen. Auch da ist wieder eine Pressemitteilung sehr aufschlussreich, vom 2. Juni. Da steht nämlich drin: Von Anfang an sei es der Wille der Polizeiführung gewesen – ich zitiere ihn –, dass die nicht eingekesselten Teile der Demonstration weiterlaufen sollten.

Ja, ganz genau das war das Ziel: den nicht eingekesselten Teilen das Demonstrationsgrundrecht zu ermöglichen und diejenigen, die ihre Waffen abgelegt haben und die dann gesetzeskonform an einer Demonstration teilnehmen, das auch zu ermöglichen – aber erst dann, wenn sie die Waffen abgelegt haben.

Die Frage, ob es definierte Zugriffszonen gibt, ist die Frage danach, ob das eine lancierte Aktion gewesen ist. Diese Frage muss die Polizeiführung beantworten. Ich bitte darum, dass das gleich gemacht wird.

Dann gab es eine Frage von – – Das war es eigentlich, was Sie an mich gerichtet haben, wenn ich das richtig sehe.

(Abg. Janine Wissler: Doch, nach der Stadt Frankfurt, nach dem Dezernenten!)

– Bitte, Frau Wissler?

Abg. **Janine Wissler:** Die Frage nach der Stadt Frankfurt und dem Dezernenten Frank: Ob der einbezogen war?

Minister **Boris Rhein:** Das müssen Sie doch den Dezernenten Frank fragen, ob das Amt 32 einbezogen war.

(Abg. Janine Wissler: Das haben wir doch getan!)

Das kann ich Ihnen nicht sagen. Das sind deren Kommunikationsstränge. Ich sage es nochmals deutlich: In der Befehlsstelle saß mindestens – manchmal sind es sogar zwei, das weiß ich – ein Beamter der Versammlungsbehörde, also der Stadt Frankfurt am Main. Und wie Herr Frömmrich vorhin hereingerufen hat, ist es doch nicht der Pförtner, der dort sitzt, sondern das ist der offizielle und zuständige Mitarbeiter der Stadt Frankfurt am Main. Das war zu meiner Zeit als Ordnungsdezernent so, und das ist auch heute so.

(Abg. Günter Rudolph: Das ist schon einmal ein Wort!)

Der Oberbürgermeister ist natürlich – das hat Herr Dr. Thiel beantwortet –, nach meiner Kenntnislage in dieser Situation auf einem Grillfest gewesen.

(Abg. Günter Rudolph: Was soll diese Bemerkung?)

– Sie haben mich doch danach gefragt! Ich will umfassend antworten.

(Zuhörer: Und wo waren Sie? – Gegenruf eines Zuhörers: Federball spielen!)

– Ich war die ganze Zeit dort, wo ich lebe, und habe mich ad hoc und durchgehend durch – das habe ich Ihnen bereits dargestellt; ich glaube, auch das war eine Frage – das Lagezentrum informieren lassen. Frau Faeser, ich bin bewusst nicht in der Befehlsstelle gewesen, damit nicht am Ende einer sagen kann: Alleine dadurch, dass der da gesessen hat, hat er Einfluss auf Entscheidungen eines Polizeiführers; oder dass mir am Ende vorgehalten wird: Vielleicht hat er doch dem Schneider zugeraunt: „Mach jetzt etwas!“ oder: „Greif zu!“ – Also, wirklich völliger Unsinn.

(Abg. Günter Rudolph: Das kann man auch, wenn man nicht vor Ort ist!)

Ich glaube, es ist ganz wichtig, dass auch das nochmals klargezogen wird.

Dann die Frage nach den eingesetzten Polizeibeamten bzw. der Dauer der Einsatzzeiten. Das kann ich Ihnen folgendermaßen beantworten: Im Rahmen der Einsatzmaß-

nahmen bei Blockupy gab es eine klare Vereinbarung, wonach die Einsatzkräfte gemäß den Planungen maximal 12 Stunden eingesetzt werden. Es kann – auch dazu kann Ihnen möglicherweise die Polizei noch etwas sagen – aufgrund der Lageentwicklung natürlich erforderlich werden, dass Teilkkräfte bis zu 16 Stunden eingesetzt werden. Im Einzelnen muss Ihnen aber die Polizeiführung beantworten, wie das gewesen ist.

Die Frage der Einbeziehung in die Vorplanung ist auch gestellt worden. Meines Erachtens habe ich auch das bereits erläutert. Ich habe mich – das ist die Aufgabe eines Innenministers – immer, im Rahmen der Lagevorträge, von Anfang an informieren lassen. Der Innenminister erarbeitet nicht die Strategie einer Polizeilage, genauso wenig, wie der Justizminister selbst Gerichtsverhandlungen führt.

Herr Vorsitzender, ich bitte, den Rest von den Herren Münch, Diehl, Schneider oder Dr. Thiel beantworten zu lassen.

Vorsitzender: Dann gebe ich das Wort einmal an Herrn Münch, und der gibt es dann weiter an seine Kollegen.

LPP **Münch:** Vorhin war die Frage – ich bitte um Entschuldigung, ich weiß nicht genau, von wem –, wie die Planungsvorbereitung bei Großeinsätzen abläuft.

Bei Großeinsätzen dieser Art ist es ganz normal, dass die einsatzführende Behörde – das ist in diesem Fall Frankfurt – einen Planungsstab einrichtet und der Planungsstab den Einsatz vorbereitet. Im Ministerium hat es zu diesem Einsatz drei Einsatzbesprechungen gegeben. Dort wurden die Planungsstände vorgestellt. Ich kann das einmal zitieren. Es ist das, was wir gemeinsam besprechen. Das mündet in die sogenannten „Leitlinien des Gesamteinsatzes“. Ich darf daraus eine Stelle zitieren.

Die Polizei orientiert sich bei der Gewährleistung der Versammlungsfreiheit an dem hohen Stellenwert des Grundrechts. Ihr Handeln ist von Unparteilichkeit bestimmt, von Kooperation sowie bei friedlichem Verlauf von deutlicher Zurückhaltung geprägt (hohe Einschreitschwelle).

Diese Ebenen werden mit dem Ministerium abgestimmt. Die Masse der Diskussionen bewegt sich um Versorgung, Personal, finanzielle Dinge und andere Möglichkeiten, die bei Großeinsätzen dieser Art noch auf uns zukommen.

Ich darf vielleicht noch einmal versuchen, eine Frage fachlich abzuräumen: das Thema Verkehr. Frau Wissler, das haben Sie angesprochen.

Im Einsatz ist das etwas völlig Normales: dass der Verkehr dann herausgenommen wird – das machen wir immer so –, wenn sich der Aufzug quasi dem Verkehrsknoten nähert. Wir machen das in Frankfurt – oder in einer anderen Stadt – nie so, dass wir eine Aufzugsstrecke komplett sperren, vom Anfang bis zum Schluss, um den Aufzug durchmarschieren zu lassen. Das wird überschlagen im Einsatz gemacht. Deswegen kann es sein, dass im Grunde genommen 300, 400 m vor der Aufzugsstrecke noch Querverkehr herrscht, denn der Verkehr wird einfach später herausgenommen. Ich darf es an dieser Stelle einmal sagen: Es gibt nämlich nicht nur ein Versammlungsrecht, es gibt auch ein Recht auf freie Bewegung in der Stadt und andere Dinge mehr. Wir reden hier von einer Großstadt, die da möglicherweise belastet wird. Deswegen versuchen wir, diese Beeinträchtigungen so klein zu halten, wie es geht.

Zur Frage der Konkretisierung. Im Ministerium – Frau Faeser, das hat nichts mit politischem Verstecken zu tun – werden keinerlei Details besprochen, denn die Details von Einsatzmaßnahmen werden lageabhängig gemacht und dann erst im konkreten Einsatz umgesetzt. Die Frage von Einschließen und Absperren, von Vorkontrollen, von Aufklärungsmaßnahmen sind Handlungsstandards, die wir bei jedem Einsatz haben, und zwar in Abhängigkeit von der konkreten Einsatzsituation.

Ich denke, zunächst einmal sind das die Fragen. Für die Details würde ich noch an Herrn Diehl oder Herrn Schneider weitergeben – falls noch etwas offengeblieben ist.

(Abg. Jürgen Frömmrich: Wer hat an den Sitzungen teilgenommen?)

– An den Sitzungen im Ministerium nehmen teil: ein Vertreter von LPP 1 – das ist Herr Diehl in Person – plus die Mitarbeiter seines unmittelbaren Umfeldes; bei dieser Diskussion, dieser Sitzung, bin ich zugegen und, im Grunde genommen, gegebenenfalls fachlich bedeutsame Personen. Ich sage das einmal an einem Beispiel: In dem konkreten Fall hatten wir in Frankfurt ein Funkproblem. Deswegen ist dann LPP 6, also Technik, bei diesen Besprechungen dabei. Dann wird das immer erweitert. Das ist die Ebene, die diese drei Einsatzbesprechungen durchgeführt hat.

Vorsitzender: Wer hat das Wort? – Herr Schneider, bitte schön.

AbtDir **Schneider:** Dann nehme ich es nochmals. Ich möchte nochmals betonen: Ich habe versucht, in meinem Vortrag darzustellen, wie sich für mich die Lage an diesem Tag ergeben hat, wie sie sich entwickelt hat und wie ich letztendlich zu den Entscheidungen gekommen bin. Völlig klar ist, dass man dann natürlich bei Dingen, die sich im Einzelfall vor Ort ereignet haben, schauen muss, was da nicht in Ordnung war, oder was da in Ordnung war. Das ist völlig klar. Ich habe versucht, darzustellen: Wie bin ich als verantwortlicher Gesamteinsatzleiter zu dem Ergebnis gekommen, bis hin letztlich zu der Identitätsfeststellung der dort in den beiden Absperknetten befindlichen Personen? Das war meine Intention.

Vorhin gab es die Frage, ich hätte von vier Verletzten gesprochen. Ich habe gemeint: vier Anzeigen. Das waren vier Anzeigen. Ich habe nicht von vier Verletzten gesprochen. Wenn ich das so gesagt habe – – Ich meinte: vier Anzeigen. Bei uns liegen momentan vier Anzeigen vor, nicht mehr.

Was die Abstimmung innerhalb der Befehlsstelle betrifft: Bei mir gab es während des gesamten Tages nur eine Erörterung, Abstimmung mit meinem Beraterstab in der Befehlsstelle und mit der Versammlungsbehörde – ausschließlich, mit sonst niemandem.

Frau Faeser, ich glaube, von Ihnen kam die Frage der Zugriffsvorbereitung. Das passiert wie bei jeder Großlage. Wenn Sie eine solche größere Veranstaltungslage haben, gehen Sie als Verantwortlicher – – Und das tue ich auch. Ich gehe dann die Strecken ab, und man überlegt sich, wo welche Szenarien stattfinden könnten. Das hat auch in diesem Fall stattgefunden. Dabei überlegt man sich auch: Was ist, wenn das beispielsweise schon am Baseler Platz auseinandergeht? Auch diese Überlegung stellen Sie an. Und das gab es natürlich auch für diese – – Das geht vom Baseler Platz bis letztendlich zum Willy-Brandt-Platz. Sie wissen, beim letzten Mal war die Abschlusskundgebung in der Neckarstraße. Jetzt war sie direkt am Willy-Brandt-Platz. Natürlich macht man sich als Polizei Gedanken über den Ablauf und über das Szenario. Nur das gab es, nicht mehr.

PP **Dr. Thiel:** Vielleicht noch kurz zur Ergänzung und auch, um ein Verständnis zu bekommen: Herr Schneider hat eben den Willy-Brandt-Platz erwähnt. Am Willy-Brandt-Platz – ich erlaube mir, noch einmal kurz auf den Freitag zurückzukommen – hatten wir sehr früh am Morgen schon sogenannte Blockadeaktionen. Dabei haben wir festgestellt, dass an dieser Stelle versucht worden ist, Sperrgitter zur Seite zu ziehen bzw. Sperrgitter wurden sogar teilweise kaputtgemacht, also umgebogen.

Das was für uns die Entscheidung. Weil wir davon ausgehen – ich wiederhole es gerne –, dass der Aufzug weiterläuft, haben wir in der Nacht von Freitag auf Samstag diese Schutzmaßnahmen für die EZB massiv erhöht und auch S-Draht gespannt. Das hätten wir nicht getan, wenn wir, wie unterstellt wird, von vornherein den Aufzug hätten aufhalten wollen. Vielmehr haben wir – unter vielen Überstunden für die Kolleginnen und Kollegen – dort nochmals massiv aufgerüstet, um eben an dieser möglicherweise kritischen Stelle den Aufzug vorbeiführen zu können.

Vorsitzender: Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe jetzt sechs Wortmeldungen – der Herr Schaus, sieben Wortmeldungen. Da war noch eine Hand, wer war das? – Nicht mehr.

Dann habe folgende Bitte: Mehr nicht! Wir lassen die jetzt noch zu Wort kommen, dann können noch Antworten erfolgen – und dass wir dann zu einem Ende kommen, wohl wissend, dass uns dieser Gesamtvorgang noch begleiten wird. Es hat aber auch keinen Wert, dass sämtliche Dinge, die wir jetzt schon dreimal von unterschiedlichen Leuten gehört haben, vom Vierten, der sich zu diesem Thema noch nicht geäußert hat, erneut vorgetragen wird. Ich bitte darum, dass wir jetzt versuchen, uns zu beschränken.

Wenn jetzt noch ein neuer Tatbestand auftaucht: Ich breche hier nichts ab. Aber ich bitte um Verständnis dafür, dass wir gemeinsam so verfahren können.

Ich lese jetzt vor: Herr Frömmrich, Frau Faeser, Herr Dr. Wilken, Frau Wissler, Herr Rudolph, Frau Ypsilanti und Herr Schaus.

(Abg. Nancy Faeser: Ich ziehe zurück!)

– Frau Faeser zieht zurück. Zieht noch jemand zurück? Ich bin gerade dran. – Nein, nicht. Okay, in Ordnung. Immerhin ein kleines Erfolgserlebnis.

Abg. **Jürgen Frömmrich:** Herr Vorsitzender, ich bin mit Ihnen einer Meinung, dass wir dieses Thema in dieser Zusammensetzung mit Sicherheit nicht zum letzten Mal diskutiert haben. Ich sage es hier ganz deutlich, dass ich zum Teil mit dem, was mir hier als Antworten gegeben worden ist, auch vom Innenminister, nicht einverstanden, nicht zufrieden bin. Insbesondere sage ich das in Richtung des Innenministers: Herr Innenminister, ich finde es vollkommen unangemessen, wie Sie hier Abgeordnete dieses Hauses angehen. Sie sind hier Gast im Hessischen Landtag, im Innenausschuss, und Sie haben sich hier gefälligst an die Spielregeln zu halten, auch wenn Sie Minister dieses Landes sind, und auch, wenn Sie meinen, Sie müssten hier den Harten geben. Tun Sie das bitte woanders. Tun Sie das vielleicht in der CDU-Fraktion. Aber hier, im Hessischen Landtag, im Innenausschuss sind Sie Gast, und da benehmen Sie sich! – Um das einmal deutlich zu sagen.

(Widerspruch bei der CDU)

Einen zweiten Punkt möchte ich ansprechen. Mit Sicherheit wird uns noch weiterhin das Thema der Planung und der Vorbereitung beschäftigen. Ich hatte darum gebeten, dass etwas zur Gefahrenanalyse gesagt wird. Auf der Grundlage dieser Gefahrenanalyse werden dann auch Lagebilder erstellt, und dann beschäftigt man sich damit, wie man bei einem solchen Einsatz vorgeht. Danach habe ich gefragt. Diese Antwort hätte ich gerne noch – wenn sie denn gegeben werden kann.

Wir werden uns auch noch mit den Leitlinien beschäftigen müssen, die erstellt wurden – insbesondere mit der Frage, ob man da auch schauen kann, was dort im Einzelnen drinsteht.

Ich hatte auch gefragt, wer daran teilgenommen hat. Dabei geht es mir hier nicht darum, Namen zu erfahren, sondern es geht mir im Detail darum – im Ministerium wurde dreimal zu diesem Thema zusammengesessen –, welche Ebenen und welche Leitungsebenen an den verschiedenen Gesprächen beteiligt gewesen sind; vielleicht auch in Richtung M 1.

– Wenn Ihnen das nicht passt, dann müssen Sie rausgehen. Das mache ich dann schon mit dem Minister aus.

Da würde ich dann schon gerne wissen, welche Ebenen dort vertreten gewesen sind. Aber das werden wir noch in Schriftform nachreichen, und da werden Sie mit Sicherheit antworten müssen.

Herr Rhein hat hier eine Sache vorgetragen, die mich erstaunt hat, denn das ist von Herrn Schneider nicht vorgetragen worden. Da muss ich jetzt konkreter nachfragen.

Im Übrigen, nochmals, vor der Klammer, wir alle haben es hier betont: Das, was dort mitgenommen worden ist, was da gefunden worden ist, auch das, was an passiver Bewaffnung gefunden worden ist, das ist inakzeptabel. Würfe auf Polizeibeamte, egal mit welchen Gegenständen, mit Farbbeuteln oder ich weiß nicht was, sind vollkommen inakzeptabel. Darüber brauchen wir hier nicht zu reden. – Nur, damit das vor der Klammer nochmals klar ist.

Herr Schneider hat gesagt, es sind Stöcke festgestellt worden, es sind Latten festgestellt worden, und es sind auch zerbrochene Latten festgestellt worden, also abgebrochene Latten.

Der Minister hat hier etwas anderes gesagt. Der Minister hat gesagt, Beamte seien mit abgebrochenen Latten angegriffen worden. – Das ist etwas deutlich anderes. Es ist auch in der Tonlage etwas deutlich anderes. Es ist auch etwas deutlich anderes, was die Aufheizung von Stimmung angeht. Da hätte ich jetzt schon gerne einmal eine konkrete Auskunft von Ihnen als Einsatzleiter: Sind Polizeibeamtinnen und -beamte in diesem Zusammenhang mit angespitzten oder abgebrochenen Latten angegriffen worden – wie das der Innenminister sagt? Oder haben Sie diese Latten „nur“ sichergestellt? An dieser Frage kann man deutlich machen, in welcher Art und Weise hier versucht wird, „den harten Hund zu geben“. – Herr Innenminister, so funktioniert das hier nämlich nicht.

Abg. **Dr. Ulrich Wilken:** Herr Vorsitzender, ich würde gerne Gelegenheit zu einer direkten Antwort geben und erst dann reden.

Stellv. **Vorsitzender:** Wer kann das übernehmen?

Minister **Boris Rhein:** Zunächst einmal ist es natürlich so, dass der Minister die Antworten gibt. Aber ich kann das Wort gerne, sehr gerne an Herrn Schneider weitergeben, weil ihn das natürlich – –

(Abg. Janine Wissler: Sie haben es behauptet!)

– Bitte?

(Abg. Janine Wissler: Sie haben es doch vorhin gesagt! – Abg. Hermann Schaus: Sie haben es doch gesagt!)

– So ist es, ich habe das behauptet. Es gab natürlich einen Angriff gegen Beamte. Beispielsweise gab es einen Beamten, der im Genitalbereich verletzt worden ist.

(Zuhörer: Das stimmt nicht! – Abg. Janine Wissler: Das ist überhaupt nicht wahr! – Zuhörer: Das ist eine Lüge! – Weitere Zurufe)

– Es ist interessant, dass Sie das so empfinden!

Stellv. **Vorsitzender:** Ich bitte die Gäste, sich auch als Gäste zu benehmen!

Abg. **Jürgen Frömmrich:** Meine Frage: Waren das Stangen – und nicht ein Angriff mit dem Schraubenzieher? Waren es die Stangen? Der Minister hat gesagt – ich habe es mir mitgeschrieben –: mit Stangen angegriffen. Darauf möchte ich eine Antwort haben: wann und von wem? Da muss es doch auch ein Ermittlungsverfahren geben.

AbtDir **Schneider:** Da melde ich mich wieder. Man muss unterscheiden. Ich habe davon gesprochen, wir haben diese Gegenstände aufgefunden: nach der Identitätsfeststellung. Aber ich habe auch von Kollegen Berichte, dass sie mit Stangen und Latten attackiert worden sind.

(Abg. Jürgen Frömmrich: Wann? – Zuhörer: Was heißt das? – Minister Boris Rhein: Das heißt das, was Herr Schneider gesagt hat! – Abg. Jürgen Frömmrich: Nee, nee, nee, nee! – Weitere Zurufe)

Das heißt: mit Latten auf Polizeibeamte zugegangen. Das heißt das.

(Abg. Hermann Schaus: „Zugegangen“, nicht „angegriffen“! – Gegenruf des Abg. Alexander Bauer: Zur Begrüßung, oder was? Herr Schaus, was glauben Sie denn? Sind das Begrüßungsrituale? – Weitere Zurufe)

Stellv. **Vorsitzender:** Es gab hier eine präzise oder unpräzise Auskunft. Herr Frömmrich, möchten Sie nachfragen, oder möchten Sie das klarstellen?

Abg. **Jürgen Frömmrich**: Ja, das will ich! Ich bitte hier um Präzision. Ich werde auch im Protokoll sehr genau darauf achten, was dazu vorher gesagt worden ist.

Nur, damit wir uns hier nochmals klar sind, denn das ist das Problem, wenn man hier Laufbahnbeamte vorschickt: Ich habe gefragt, ob die Behauptung des Innenministers hier eben gerade zutrifft, dass Beamte mit angespitzten Latten angegriffen worden sind – ob diese Behauptung richtig ist, oder ob das richtig ist, was Sie gesagt haben, vollkommen zu Recht, Herr Schneider: dass mitgeführt und aufgefunden worden ist. – Diese Stichattacke mit dem Schraubenzieher ist eine ganz andere Geschichte. Aber die Frage hier: Sind Beamtinnen und Beamte mit diesen abgebrochenen Latten angegriffen worden? Wenn ja: Von wem? Und: Sind gegen diese Personen strafrechtliche Verfahren eingeleitet worden?

Stellv. **Vorsitzender** (an Minister Boris Rhein gewandt): Sie oder Herr Schneider.

Minister **Boris Rhein**: Herr Schneider.

AbtDir **Schneider**: Ich habe wieder das Wort. Wir sind, genau wie bei anderen Vorfällen auch, da momentan in der Aufarbeitung. Ja, ja.

(Abg. Janine Wissler: Behauptet der Innenminister einfach einmal so!)

– Nein, nein, nein. Es gibt Berichte, dass Kollegen mit Stangen und Latten attackiert worden sind. Herr Frömmrich, wenn Sie jetzt sagen „angegriffen“: Wenn jemand auf mich zugeht, mit einer Latte, dann fühle ich mich angegriffen. Ich habe es durch „attackiert“ ausgedrückt, aber ich fühle mich dann angegriffen, wenn jemand mit einer Latte auf mich zugeht.

Stellv. **Vorsitzender**: Also haben wir jetzt die Frage, ob ein Angriff erfolgt ist oder ein gefühlter Angriff erfolgt ist, geklärt – oder auch nicht geklärt.

Abg. **Dr. Ulrich Wilken**: Herr Innenminister, wenn ich Sie mit meinen Äußerungen entsetzt habe, dann habe ich offensichtlich etwas richtig gemacht.

Wenn Ihre Äußerungen hier im Raum es nicht nur uns als Abgeordneten, sondern auch den Gästen des Ausschusses hier sehr schwer machen, sich zu mäßigen, dann machen Sie aus Ihrer Sicht offensichtlich auch noch alles richtig – aber wir werden an dieser Stelle sicherlich nicht zu einer gemeinsamen Politik kommen.

(Abg. Alexander Bauer: Gott sei Dank! – Weitere Zurufe)

Ich will nochmals festhalten, welche Auskünfte Sie hier verweigert haben bzw. was Sie gesagt haben und woran wir Sie auch bei zukünftigen Aufklärungen messen werden.

Sie haben es verweigert, auf meine Fragen zu antworten, welche Eingriffsmöglichkeiten in die Demonstration Sie aus den Lageeinschätzungen im Vorfeld wahrgenommen haben, die de facto das Demonstrationsrecht am 1. Juni in Frankfurt am Main ausgehebelt haben. Sie haben mehrfach gesagt, Sie seien in keinsten Weise am Tag selbst nicht

nur nicht in die Befehlskette – das finde auch ich selbstverständlich –, aber auch nicht informativ in den Entscheidungsprozess eingebunden gewesen. Wir werden das in Erinnerung behalten und prüfen, ob diese Aussage von Ihnen Bestand haben wird.

Ich will nochmals ganz klar festhalten: Offensichtlich hat es zwei Funktionen dieses vollkommen unverhältnismäßigen Polizeieinsatzes am 1. Juni gegeben: erstens offensichtlich zukünftige Demonstrationsteilnehmer abzuschrecken, in Frankfurt am Main zu demonstrieren; und zweitens – und das war die erste und unmittelbare Ansage, die uns als Demonstrationsleitung am Samstag gesagt worden ist –: Teilt die Demonstration, geht mit dem Rest weiter und lasst den Kessel hier. – Das ist eine vollkommen unzulässige Einflussnahme auf unsere politische Entscheidung, wie wir ein Bündnis führen, wie wir eine Demonstration führen. Diese Spaltung ist Ihnen gründlich misslungen. Darüber bin ich noch heute sehr froh.

Ich möchte auf eine Bemerkung von Herrn Schneider von vor einigen Stunden noch kurz eingehen. Herr Schneider, es ist leider nicht richtig, wie Sie es gesagt haben: dass uns angeboten wurde, die Demonstration auf der genehmigten Route weiterzuführen, sondern uns ist nur angeboten worden, die Demonstration auf der von der Stadt gewünschten Route weiterzuführen. – Das stand aber sowieso nicht zur Debatte, weil wir die Demonstration nicht spalten wollten.

Ich will auch nochmals deutlich machen und Verständnis dafür wecken, dass nach dem Klärungsprozess eine Leibesvisitation und Gepäckdurchsuchung von 1.000 Menschen im eingekesselten Teil – das ist das, was Sie vorgeschlagen haben – durchzuführen, de facto drei bis vier Stunden dauert – so war die Einschätzung des Abschnittsleiters vor Ort –, was de facto ein Aushebeln des Demonstrationsrechts bedeutet. Die Demonstration wäre nie in der vorgesehenen Zeit durchführbar gewesen. Deswegen ist es umso frappierender, dass das Ordnungsamt Frankfurt dann, nachdem die Zeit abgelaufen war, die Demonstration auch als aufgelöst erklärt hat. Das wäre uns doch dann auch passiert.

De facto haben Sie also das Demonstrationsrecht ausgehebelt. Wir werden zu klären haben, wer dafür die politische Verantwortung trägt.

Abg. **Janine Wissler:** Herr Innenminister, weil Sie das gesagt haben: Man muss doch nicht physisch vor Ort sein, um auf etwas Einfluss zu nehmen. Daher finde ich die Aussage „Ich war nicht dort“ als keinen Beleg dafür, dass man auch keinen Einfluss darauf hatte, was dort passiert. Nach wie vor halte ich es für schwer vorstellbar, dass sich in Frankfurt eine solche Sache ereignet, und alle Verantwortlichen sagen: Wir waren überhaupt nicht einbezogen.

Ich will es nochmals sagen: Wir haben den Dezernenten Frank natürlich gefragt. Wir haben ihn im Rechtsausschuss des Römers gefragt. Seine Antwort war eben, dass die Stadt Frankfurt, dass seine Behörde dort nicht einbezogen war und dass er dort keine Entscheidung getroffen hat.

Jetzt haben Sie leider besser gewusst, wo der OB Feldmann am Samstag war, als dass Sie wussten, wo der Dezernent war. Er hat das faktisch gesagt. Das heißt, es muss hier doch irgendwo einen Widerspruch geben – wenn die Stadt sagt: Nein, das ist alles mit dem Land gelaufen, das Land war involviert, nicht die Stadt; und Sie sagen das Gegenteil. Da kann nur einer die Wahrheit sagen. Das stelle ich einmal fest. Und ich stelle auch fest, dass wir das hier offensichtlich nicht aufklären konnten.

Dann habe ich gehört, es gebe 38 Anzeigen aufgrund von Gegenständen, die mitgeführt wurden – wenn ich das richtig verstanden habe, Herr Schneider. Es sind aber insgesamt 907 Gegenstände eingesammelt worden, die von Ihnen offensichtlich als bedenklich eingestuft wurden. Ich frage: Ist es möglich, dass die Abgeordneten des Landtags eine Liste von diesen 907 Gegenständen erhalten können?

Denn ich finde, es ist schon ein Unterschied, ob man hier von „angespitzten Stöcken“ redet – – Das hätte ich auch gerne verifiziert: ob es sich um abgebrochene oder um angespitzte Stöcke handelt. Das kann man zweifelsfrei auseinanderhalten. Ich habe die Gegenstände auf Fotos, die Sie auf der Pressekonferenz präsentiert haben, gesehen. Da waren Karnevalsmasken dabei. Da waren Handschuhe dabei. Da waren Knieschützer dabei. Da waren Transparente dabei, plus Transparentstöcke. Da war ein Quarkeimer dabei. – Ich hätte also gerne eine Liste dieser 907 Gegenstände. Das dürfte doch kein Problem sein. Sie haben diese Liste doch aufgestellt, und es dürfte kein Problem sein, sie dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen. Dann können wir alle sehen, was Sie da konfisziert haben. Das würde mich sehr interessieren.

Herr Minister, leider haben Sie nichts dazu gesagt, wie Sie die Kritik einschätzen, die aus der Polizei selbst geäußert wurde. Ich könnte mir vorstellen, das sollte Sie als Dienstherrn nachdenklich machen.

Und ich würde schon darum bitten, dass Sie noch ein paar Sätze zu den Übergriffen verlieren, die es zweifelsohne auf Journalisten gegeben hat. Es ist doch völlig unbestritten, dass ein Journalist ins Krankenhaus musste, weil er mit Pfefferspray attackiert wurde – ein Journalist, der eine graue Presse-Weste angehabt hat und also klar als „Presse“ identifizierbar war; und dass einem Kameramann das Bein gestellt und zu ihm gesagt wurde: „Verpiss dich!“ Herr Innenminister, ich finde es schon sinnvoll, wenn Sie dazu ein paar Sätze sagen würden. Ich glaube, Sie wurden bereits in der Pressekonferenz am Montag dezent darauf hingewiesen, dass da einiges passiert ist. Daher ist Ihnen das bekannt. Am Montag haben Sie auf der Pressekonferenz offensichtlich gesagt, Sie werden der Sache „selbstverständlich nachgehen“. Jetzt sind wir drei Tage später. Es gibt eine ganze Menge Fotos. Ich würde gerne wissen, ob Sie in diesen drei Tagen den Angriffen auf die Journalisten nachgegangen sind und zu welchen Ergebnissen Sie gekommen sind.

Dann möchte ich noch darauf hinweisen, dass mir Fotos und auch Videomaterial bekannt ist, wo die Polizei den Lautsprecherwagen in diesem Kessel gestürmt hat und – und auch das ist auf diesem Video erkennbar – Fahnenstangen zerbricht. Die Polizei selbst hat also Fahnenstangen zerbrochen!

Herr Schneider, deswegen würde es mich schon sehr interessieren, ob es vor diesem Vorfall, auf dem – durch Bildmaterial belegt – abgebrochene Fahnenstangen entstanden sind, ob vor dieser Erstürmung des Lautsprecherwagens irgendwo abgebrochene Fahnenstangen sichergestellt wurden, ob Polizisten vorher damit angegriffen oder gefühlt angegriffen worden sind – das würde mich sehr interessieren –, oder ob diese abgebrochenen Fahnenstangen nicht komplett durch die Polizei selbst entstanden sind.

Herr Münch, ich verrate kein Geheimnis, wenn ich sage: Das war nicht meine erste Demonstration. Ich finde es schon bemerkenswert, dass Sie bei einer genehmigten Demonstration Absperrgitter hinstellen und sie mit Natodraht sichern. Das ist in Frankfurt wirklich nicht alltäglich. Dennoch soll es überhaupt kein Problem sein, dass 300 m vor dieser „gewalttätigen“ Demonstration der Verkehr einfach fließt? Das wundert mich. Ich sage: Das finde ich verwunderlich. Denn man sollte doch meinen, wenn Sie der Auf-

fassung sind, das sei ein solch großes Gefahrenpotenzial, und man muss deswegen die EZB mit Natodraht schützen, dann finde ich es verwunderlich, dass Sie die Demoroute nicht weiter abgeriegelt haben. Das musste nicht bis zum Ende sein, aber Sie haben selbst eingeräumt, bis zu 300 m vorher sei da noch Verkehr gewesen.

Das Letzte ist ein äußerst grundsätzlicher Punkt. Herr Schneider, ich finde es schon bedenklich, dass Sie hier von einem „Potenzial für Straftaten“ sprechen und dass Sie auch auf der Pressekonferenz am Montag gesagt haben: Sie sind sich sicher, da wäre etwas passiert.

Wo kommen wir da hin, wenn die Polizei so handelt und sagt: „Da könnte etwas passieren, ich bin mir sicher, ich habe da irgendwie ein diffuses Gefühl, da würde etwas passieren“ und deswegen eine Demonstration mit über 10.000 Menschen aufgehalten wird, ein Grundrecht beschnitten wird – weil Sie „das Gefühl haben“, dass da etwas passieren könnte? Da wurden über 1.000 Menschen eingekesselt. Das ist eine Freiheitsberaubung. Die werden über Stunden hinweg eingekesselt. Ich habe es gesagt: schwangere Frauen, ältere, gebrechliche Menschen haben Sie da eingekesselt, weil Sie „das Gefühl haben“, da könnte etwas passieren. Wo kommen wir da hin?

Mein Eindruck ist: Es gibt kaum ein Interesse daran, hier klipp und klar zu sagen, wo wie was passiert ist. Der Herr Innenminister hat selbst darauf hingewiesen: Es gibt noch andere Dinge. Es gibt kein Interesse, diese Dinge aufzuklären und dem nachzugehen. Deswegen muss man auch überlegen, wie man zu einer anderen Situation kommen kann als hier im Innenausschuss. Mein Eindruck ist, dass die Fragen, die wir gestellt haben, hier nicht zufriedenstellend beantwortet werden, sondern hier werden Bewertungen vorgenommen, einseitige Bewertungen.

Herr Schneider, ich muss auch sagen: Wenn man hier Fotos zeigt, die einseitig Bengalos und ich weiß nicht was zeigen – die aber nicht die Tränengaseinsätze zeigen – – Anderswo würde man dies doch die Unterschlagung von Beweismitteln nennen. Herr Schneider, das sage ich ganz deutlich. Es geht nicht, dass Sie den Ausschuss hier derart einseitig informieren – und dann auch noch die Ausschussmehrheit keinerlei Interesse an einer Aufklärung hat und die anderen Bilder nicht einmal sehen möchte. Herr Schneider, deswegen möchte ich Sie doch sehr bitten, auch den Straftaten nachzugehen, die Polizisten zweifelsfrei begangen haben, und zu sagen, was Sie und auch der Innenminister in den letzten drei Tagen unternommen haben, um gegen die Polizisten zu ermitteln, die zweifelsfrei Journalisten attackiert haben.

Abg. **Günter Rudolph:** Herr Innenminister, Sie haben gesagt, die Sozialdemokraten würden „Spielchen“ betreiben, und das seit drei Jahren. Das können wir einmal als Rhetorik der übelsten Art abhaken. Wir entscheiden schon selbstständig, ob wir Initiativen zustimmen oder nicht. Ich habe eher den Eindruck, Sie brauchen die Linkspartei für Ihre politische Agitation – um das einmal sehr deutlich zu sagen: für Ihren martialischen Auftritt.

Wenn es denn ernst gemeint ist, dass Sie sagen, Gewalt ist nicht akzeptabel, dann teile ich das ausdrücklich. Da gibt es auch nichts zu lachen oder zu beschönigen. Das wäre aber ein bisschen glaubhafter und ehrlicher, wenn Sie auch etwas zu den anderen Dingen gesagt hätten.

Ich war nicht in Frankfurt. Wenn ich dann aber höre und lese: „schwangere Frau – sagen Sie doch einmal etwas zu diesen Vorfällen, wie Sie das bewerten“ – wie Sie damit

umgehen! Wie gehen Sie mit dem Vorwurf um, dass hier möglicherweise der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit verletzt wurde, dass Polizeibeamte aus anderen Bundesländern offensichtlich – wie wird es in der Presse zitiert? – die Nerven verloren haben und augenscheinlich ganz anders vorgegangen sind als hessische Polizeibeamte, dass dort unbescholtene Bürger mit Pfefferspray – Ihre Argumentation würde glaubwürdiger wirken, wenn Sie auch dazu etwas sagen: Wie gehen Sie damit um? Haben Sie interne Ermittlungen angestellt? Haben Sie eine Arbeitsgruppe eingerichtet?

Denn wenn ich mir die Presselandschaft ansehe, dann gibt es – das habe ich selten erlebt – unisono harte Vorwürfe. Übrigens, damit das klar ist: Gewalt ist nie eine Lösung. Da muss man auch nichts bagatellisieren. Auch das will ich sehr deutlich sagen. Da müssen wir auch keine Wortspiele mit Stangen und Ähnlichem betreiben. Gewalt ist kein Thema.

Aber augenscheinlich – ich formuliere es vorsichtig – gibt es auch Fehlverhalten, Übergriffe von Polizeibeamten. Da hat Kollege Dr. Blechschmidt recht: Dafür ist nicht Herr Schneider zuständig und Ansprechpartner. Dafür gibt es die Staatsanwaltschaft. Da haben wir Vertrauen. Ich werde auch keine Fragen an Herrn Schneider richten, denn ich sage über den Einsatzleiter: Die politische Verantwortung tragen andere.

Herr Innenminister, es hat Ihnen auch niemand unterstellt, dass Sie beim Aufstellen von Verkehrsschildern oder Sonstigem dabei gewesen sind. Das hat Ihnen keiner unterstellt. Wenn Sie aber als Innenminister – wenn man damit rechnen muss, dass das nicht unproblematisch wird, ebenso wie der 1. Mai oder ähnliche Tage – in solche Abläufe, wie man damit umgeht, auch nicht eingebunden wären, hätten Sie Ihren Job übrigens auch verfehlt. Sie müssen sich also einmal entscheiden, welche Strategie Sie fahren: völlig unbeteiligt – sind es nachher Polizeibeamte vor Ort, die das alles ausbaden müssen? – Das geht in Richtung politischer Führung, nicht auf diejenigen, die das vor Ort durchführen müssen. Herr Schneider ist kein politischer Beamter. Deswegen sind Sie hier der Adressat.

Zweitens. Ordnungsbehörde.

Ich war selbst einmal Versammlungsbehörde. 1993 hatte ich etwas mit dem Neonazi-Aufmarsch in Kassel zu tun. Wir haben ihn in Kassel verboten. Da weiß ich, welche intensiven Gespräche und Abstimmungen zwischen Versammlungsbehörde und Polizei stattfinden. Der Herr Frank in Frankfurt scheint Ihre Taktik zu haben: Da saßen Mitarbeiter der Ordnungsbehörde vor Ort – sind die eingebunden worden, dass jetzt eine Einkesselung stattfindet, dass die Versammlung nicht mehr durchgeführt werden kann? Denn das Grundrecht auf Durchführung einer Versammlung ist ein Grundrecht. Wie ist die Ordnungsbehörde von der Polizei in diese Abläufe mit eingebunden worden? Herr Frank hat augenscheinlich als verantwortlicher Dezernent – Ein ganz netter Versuch, zu sagen, der Herr Feldmann ist eigentlich an allem schuld. Wissen Sie, langsam finde ich das ein bisschen abenteuerlich. Sie reklamieren, dass Sie der Dienstherr aller Polizeibeamten sind – dann haben Sie auch die Verantwortung für alle Polizeibeamtinnen und -beamten!

Es wird rechtliche Auseinandersetzungen darum geben, ob diese Aktionen der Polizei rechtmäßig waren. Eine Grundrechtsverletzung ist nun einmal kein Verstoß wie Falschparken. Auch das Recht auf körperliche Unversehrtheit ist ein hohes Grundrecht.

Herr Innenminister, sagen Sie deswegen doch einmal etwas zu den starken öffentlichen Vorwürfen: wie Sie das bewerten, wie Sie damit umgehen! – Das sind keine Vorwürfe

der SPD, sondern von Teilnehmern, von unabhängigen Journalisten und von Bürgern, die friedlich demonstrieren wollten. Ich bin übrigens sehr dafür, dass diejenigen, die ihr Demonstrationsrecht missbrauchen – das muss geahndet werden. Aus meiner Sicht gibt es da auch keinen Rabatt. Aber sagen Sie einmal: Wie gehen Sie eigentlich ernsthaft mit diesem Teil der Verantwortung um?

Noch eine weitere Frage. Herr Innenminister, zum Vorfeld – ich meine jetzt nicht die Verpflegung von Polizeibeamten und solche technischen Dinge, sondern ich meine die Abläufe: Einsatz von Polizeikräften und Ähnliches –: Waren Sie da eingebunden? Und: Wie ist die Nacharbeit? Haben Sie Verbindungen mit den Innenministern, wo die Kollegen abgeordnet waren, aufgenommen? Gibt es jetzt also Handlungsbedarf aus Ihrer Sicht – dass man diese Aktion nacharbeiten muss, weil offensichtlich Polizeibeamte aus anderen Bundesländern anders eingesetzt wurden oder damit umgehen, als hessische Polizeibeamte?

Herr Innenminister, sagen Sie deshalb bitte einmal etwas dazu, wie Sie mit diesem Thema weiterhin umgehen und ob Sie auch meinen, dass man Verstöße ahnden muss? Bisher habe ich – –

Minister **Boris Rhein**: Ich habe das als ersten Satz gesagt! Dann waren Sie am Anfang vielleicht nicht da!

Abg. **Günter Rudolph**: Herr Innenminister, ich habe noch nicht gehört, dass Sie gesagt haben, dass das Grundrecht der Versammlungsfreiheit ein hohes Gut ist. Das konnte an diesem Tag – Sie sagen, das war alles ordnungsgemäß – nicht umgesetzt werden. Aber Sie müssen schon etwas dazu sagen!

Nun hören Sie bitte auf, das an Herrn Schneider oder auch an andere zu delegieren. Nein, seien Sie bitte auch bereit, diese Diskussion zu ertragen und auch den Mumm zu haben und zu sagen: Ich stehe dazu. Aber wegzutauchen – ähnlich, wie offensichtlich Herr Frank; aber das muss man in der Stadt Frankfurt erörtern; das kann man nicht auf Mitarbeiter vom Ordnungsamt delegieren – – Wie die Absprachen jetzt zum Schluss der Versammlung waren, sehr konkret: Hat die Versammlungsbehörde am Schluss die Möglichkeit, einzuwirken?

Abg. **Hermann Schaus**: Ich möchte zunächst dem Herrn Innenminister dergestalt widersprechen, dass ich Herrn Schneider nicht persönlich angegriffen, sondern ihn zitiert habe, zugegebenermaßen in einem betroffenen Ton. Als ehemaliger Beamter weiß ich aber sehr wohl, wie das mit dem Dienst- und Treueverhältnis ist und wer welche Verantwortung hat. – Das vorweggeschickt.

Ich bin nach wie vor davon überzeugt und will das noch einmal belegen, dass diese Einkesselung eine geplante und politisch gewollte Maßnahme war. Meiner Ansicht nach gibt es nach wie vor Indizien, die das belegen und die bisher nicht widerlegt werden konnten.

(Abg. Alexander Bauer: Das ist Ihre Fata Morgana!)

Herr Bauer, ich glaube, von Ihrer Seite ist vorhin nachgefragt worden –: Wie war das mit dem Einsatz von Kommunikatoren? – Ich kann nur feststellen: Ich habe während der

gesamten Zeit, in der ich mich in diesem vorderen Teil aufgehalten habe, keinen einzigen Kommunikator gesehen. Die Frage ist doch: Ging es um Deeskalation, in welcher Form ging es um Deeskalation, oder ging es um etwas anderes? – Deswegen meine Frage: Warum wurden an den neuralgischen Punkten keine Kommunikatoren eingesetzt, wie das sonst üblich ist?

Zweiter Punkt. Ich habe gestern einen Brief von einem Frankfurter Bürger bekommen. Den haben wir auch unserer Pressemappe beigelegt. Er schreibt Folgendes – ich darf zitieren –:

Sehr geehrter Herr Schaus,

ich schreibe Ihnen als Bürger der Stadt Frankfurt. Ich bin Jahrgang 1960, von Beruf Physiker und parteipolitisch nicht gebunden.

Vorsitzender: Den haben wir alle bekommen.

Abg. **Hermann Schaus:** Sie haben den bekommen. Das ist sehr schön. Dann darf ich aus der dritten Seite zitieren. Ich finde, das ist eine interessante Frage, die hier aufgeworfen wurde:

Im Jahre 2012 fand die Demonstration

– zu Blockupy –

wie in 2013 an einem Samstag statt, und samstags gehe ich immer vom Nordend aus auf den Markt an der Konstabler Wache, um Einkäufe zu erledigen. Im Jahre 2012 waren die Petersstraße und die Eschenheimer Anlage ab spätestens 11 Uhr auf beiden Seiten völlig mit Polizeifahrzeugen, Stoßstange an Stoßstange, zugeparkt. Im Jahre 2013 war das Bild um etwa die gleiche Uhrzeit ein völlig anderes. Entlang der Demonstrationsroute Kurt-Schumacher-Straße, Konrad-Adenauer-Straße und Bleichstraße war kein einziges Polizeifahrzeug geparkt. Noch nicht einmal an den Einmündungen der Straßenkreuzungen war Polizei zum Zwecke der Verkehrsregelung postiert. Vor dem Kino Metropolis Eschenheimer Anlage standen ein Streifenwagen und mehrere Polizeimotorräder. Verglichen mit dem Aufwand 2012 an Fahrzeugmaterial hätten naive Beobachter meinen müssen, die Blockupy-Demonstration finde entweder (zumindest in diesem Bereich) nicht statt, oder die gefährlichen Demonstranten des Jahres 2012 hätten sich binnen Jahresfrist in eine völlig ungefährliche Menge verwandelt.

Dann frage ich auch Sie noch einmal: Wieso gibt es diese Unterschiede exakt an dieser Stelle? Vielleicht kann man das konkretisieren. Die Frage ist öfter gekommen.

Lassen Sie mich noch ein Letztes beitragen. Die Einschätzung des Umgangs mit Pyrotechnik wird offensichtlich in Frankfurt und wurde von diesem Polizeieinsatz ganz anders bewertet als das andere Polizeidirektionen machen.

Ich darf aus einer Presseerklärung der Polizeidirektion Göttingen vom 19. Mai dieses Jahres zitieren. Die Überschrift lautet:

Im Vorfeld der „Blockupy-Aktionstage“ – Demonstration gegen „Kapitalismus und Rassismus“ verläuft friedlich ...

Dann wird geschrieben:

[Unter dem Motto] ... haben sich rund 250 Angehörige verschiedener Gruppierungen der linken Szene am Samstagabend (18.05.2013) in der Innenstadt von Göttingen an einer sogenannten „Warm-up-Demo“ im Vorfeld der Ende Mai in Frankfurt stattfindenden „Blockupy-Aktionstage“ beteiligt.

Jetzt kommt es:

Als die Demo zwei Gebäude in der Gotmarstraße und der Roten Straße passierte, warfen Sympathisanten Konfetti und Papierschnipsel aus den Fenstern bzw. zündeten Pyrotechnik und Handfackeln an.

In Göttingen. Der abschließende Satz und die Bewertung dieser Polizeidirektion sind dann:

Die Demonstration verlief aus Sicht der Polizei Göttingen friedlich und störungsfrei. Die polizeilichen Maßnahmen beschränkten sich unter anderem auf Verkehrsmaßnahmen sowie die Aufzugsbegleitung.

Bravo Göttingen.

Abg. **Holger Bellino**: Herr Schaus, wenn Sie das Friedliche so herausstellen, kann ich Ihnen gern die Mails zeigen, die an mich persönlich gerichtet sind. Das hat mit friedlich nichts mehr zu tun. Da ist eine offene Gewaltandrohung festzustellen. Das sage ich nur, weil Sie hier versuchen, alles, was damit zu tun hat, zu verniedlichen.

(Zuruf des Abg. Hermann Schaus)

– Hören Sie zu. – Ich stelle zweitens fest, dass das Recht auf Demonstration und das Recht auf körperliche Unversehrtheit für uns zwei Seiten derselben Medaille sind. Wir stellen keines dieser Grundrechte infrage. Das haben wir nie getan, und das werden wir auch nicht tun.

Drittens stelle ich fest: Ich bedauere sehr, dass zumindest in Teilen der Wortbeiträge deutliche Verniedlichungen von angedrohten Straftaten, von durchgeführten Straftaten, von Übergriffen auf die Polizei vorgekommen sind. Das hat nichts damit zu tun, dass man friedlich demonstriert.

Viertens. Es hat nichts mit einer friedliebenden Demonstration zu tun, wenn man sich mit Stöcken oder Ähnlichem bewaffnet,

(Zuruf der Abg. Janine Wissler)

wenn man mit Sand befüllte Flaschen mit sich nimmt, wenn man Farbeier mit sich führt, wenn man Feuerwerkskörper mit sich führt. Das hat nichts mit einer friedlichen Demonstration zu tun. Das hat nichts mit einer sachlichen Meinungsäußerung zu tun. Das hat nichts mit Protest zu tun, egal, wie man zu den Protestlern steht. Das braucht man nicht,

wenn man friedlich demonstrieren will und auf Missstände oder was auch immer hinweisen möchte.

Fünftens. Es ist bedauerlich, war aber zu erwarten, dass wir heute keine abschließende Würdigung oder eine einmütige Beurteilung der Vorgänge haben werden. Aber ich hätte mir zumindest gewünscht, dass jeder, der sich hier zu Wort gemeldet hat, sich von der Gewalt distanziert hätte. Das ist nicht geschehen.

(Abg. Günter Rudolph: Herr Bellino, haben Sie mir nicht zugehört? – Zuruf der Abg. Janine Wissler – Zuhörer: Das Allerletzte! Man muss keine Moral haben!)

Vorsitzender: Schön ruhig bleiben. Ich sage es Ihnen noch einmal: Wenn Sie hierbleiben wollen, sind Sie jetzt ruhig. Okay?

Abg. **Holger Bellino:** Ich habe klar gesagt: Ich bedauere, dass nicht jeder, der sich hier zu Wort gemeldet hat, sich klar distanziert hat. Das heißt im Umkehrschluss, dass es einige getan haben.

Sechstens. Es ist ein ganz klarer Vorgang, dass das, was hier der Polizei unterstellt wird – ich kann es nicht abschließend beurteilen –, aufbereitet wird. Dazu brauchen wir aber keine LINKEN, die das hier publikumswirksam fordern. Das ist ein ganz normaler Vorgang. Das hat die Polizei in der ersten Wortmeldung auch ganz klargemacht. Ich habe auch Vertrauen, dass das geschieht. Denn in unserem Rechtsstaat ist das möglich. Es gibt andere Systeme, da ist das überhaupt nicht möglich.

Deshalb möchte ich noch einmal die Frage stellen, die ich vorhin gestellt habe. Vielleicht habe ich die Antwort nicht gehört, oder die Frage ist untergegangen: Wie viele Anzeigen liegen bis heute bei der Polizei vor, wo sich Menschen, Demonstrationsteilnehmer gegen polizeiliche Gewalt äußern bzw. sagen: „Da ist etwas passiert, und das bringe ich zur Anzeige“?

Vorsitzender: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Möchte noch irgendjemand eine Antwort geben? – Das ist im Moment auch nicht der Fall.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler)

– Bei allem Wohlwollen. Ich muss die Frage stellen. Die habe ich gestellt. Damit ist meine Pflicht erfüllt. Wenn sich aus dem, was hier nicht beantwortet worden ist, oder was noch fehlt, Weiterungen ergeben, sind die Fraktionen doch frei in ihrer Möglichkeit, mit Berichtsansträgen, Dringlichen Berichtsansträgen oder sonstigen Initiativen, die für Parlamentarier möglich ist, tätig zu werden. Ich gehe eigentlich davon aus, dass das so passiert. Damit ist der Punkt abgehandelt. – Ich hatte keine Wortmeldungen mehr, Frau Wissler, aber bitte.

Abg. **Janine Wissler:** Herr Vorsitzender, entschuldigen Sie. Ich bin davon ausgegangen, dass selbstverständlich der Herr Innenminister die Fragen, die wir gestellt haben, beantwortet. Ich selbst habe eine ganze Reihe von Fragen gestellt. Mein Kollege hatte einige gestellt, beispielsweise ob man die Liste der Gegenstände haben kann, die Frage, was mit den Übergriffen auf Journalisten ist. Ich fände es ganz angebracht, wenn der Innenminister darauf noch einmal antworten würde.

Es kann doch nicht sein, dass wir als Abgeordnete Fragen stellen und die einfach übergangen werden. Herr Vorsitzender, natürlich können Sie überhaupt nichts dafür, wenn der Innenminister sagt, ich beantworte die Fragen nicht. Dann können wir ihn in diesem Ausschuss nicht dazu zwingen. Aber ich sage auch: Wenn seitens des Innenministeriums so gemauert wird, dann muss man darüber nachdenken, ob noch ein Untersuchungsausschuss notwendig ist, um Licht ins Dunkel zu bringen. Denn dann haben Sie, Herr Innenminister, nicht mehr die Wahl, ob Sie sagen, was war oder nicht, sondern dann müssen Sie verpflichtet durch die Strafprozessordnung aussagen.

Wenn hier die Fragen nicht zu beantworten sind, weder seitens der Polizeiführung noch seitens des Innenministeriums, dann will ich für meine Fraktion sagen, dass wir uns vorbehalten, einen Untersuchungsausschuss zu fordern. Denn – das will ich noch einmal sagen – hier wurde ein Grundrecht ausgehebelt. Herr Bellino, nicht wir verniedlichen hier irgendetwas. Sie verniedlichen das. Wenn hier in Grundrechte eingegriffen wird und die Frage offenbleibt, welche Rolle das Innenministerium dabei gespielt hat, und Fragen von Abgeordneten nicht beantwortet werden – Sie werden einfach nicht beantwortet; ich habe eine ganze Menge präziser Fragen gestellt, beispielsweise auch nach den abgebrochenen Fahnenstangen –, dann glaube ich, müssen wir woanders schauen, wie es zu einer Aufklärung kommt.

Aber ich finde das Verhalten des Innenministers unmöglich, sich nicht einmal bei den Journalisten zu entschuldigen, die Opfer von Polizeigewalt geworden sind, denen Sie am Montag zugesagt haben, dass sie dem nachgehen. Herr Innenminister, ich halte – jetzt benutze ich auch einmal ein Wort – es wirklich für erbärmlich, was Sie hier machen. Ich finde, das ist einem Innenminister nicht würdig, der die Aufgabe hat, das Recht und die Verfassung zu schützen und nicht, sie auszuhebeln.

Minister **Boris Rhein:** Verehrte Frau Wissler, die Polizei, die Polizeiführung und ich haben so vollumfänglich über dieses Demonstrationsgeschehen berichtet. Erst haben Sie sich beschwert, wir hätten noch über Freitag und Donnerstag berichtet. Das hat Sie gestört.

(Abg. Janine Wissler: Das stimmt nicht! Das habe ich gelobt!

Sie wollten eigentlich nur etwas über Samstag wissen, das würde Ihnen alles nicht gefallen und wäre viel zu viel, die Bilder seien auch nicht gut. Selbst die Bilder wollten Sie nicht sehen. Wissen Sie was? Wir haben hier so vollumfänglich berichtet. Wir haben alle Fragen, die hier gestellt worden sind, beantwortet. Welches parlamentarische Mittel Sie jetzt wählen, um noch weitere Antworten zu bekommen, müssen doch Sie entscheiden. Das können Sie über Berichtsansträge machen. Das können Sie über einen Untersuchungsausschuss machen. Dass Sie das nicht richtig ernst meinen und damit nur eine Schlagzeile produzieren wollen, hat mittlerweile auch jeder verstanden. Aber ich komme dann gern in den Untersuchungsausschuss, die Beamten auch. Jeder wird auch dort berichten, was er gefragt wird. Das ist doch Ihre Entscheidung.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph)

Trotzdem möchte ich gern die Fragen von Herrn Rudolph beantworten, weil die Fragen sind – Herr Rudolph, entschuldigen Sie, wenn ich das sage – legitime Fragen, die auch ich stelle.

(Abg. Hermann Schaus: Es gibt also legitime und illegitime Fragen! – Zuruf der Abg. Nancy Faeser)

– Frau Faeser, jetzt habe ich einmal etwas Nettes zu Herrn Rudolph gesagt, und dann sagen Sie, ich habe das nicht zu beurteilen. Ich habe übrigens auch mit Herrn Rudolph gesprochen. Wenn ich mit Ihnen spreche, spreche ich mit Ihnen, wenn ich mit Herrn Rudolph spreche, spreche ich mit Herrn Rudolph.

Die Fragen, die Sie gestellt haben, sind, wie gesagt, Fragen, die sich stellen. Natürlich ist es so, dass nach jeder Aktion, nach jedem Einsatz und nach jeder polizeilichen Lage eine erhebliche Nachbearbeitung stattfindet, in großem Umfang. Es wird geschaut: Was ist richtig gelaufen, was ist falsch gelaufen, was darf nicht mehr passieren, was müssen wir ändern? Wir haben aus allerhöchstem Eigeninteresse völlige Veranlassung, das umfangreich und transparent zu tun. Deswegen hat der Landespolizeipräsident bereits all das in die Wege geleitet, worüber ich am Montag gesprochen habe. Das betrifft den Umgang mit Journalisten. Das gehört aufgearbeitet, aber selbstverständlich. Das ist für mich doch überhaupt keine Frage. Darüber diskutiere ich nicht einmal eine Sekunde. Darüber diskutieren auch nicht Herr Dr. Thiel und auch nicht Herr Schneider eine Sekunde, sondern da sind wir uns vollkommen einig, dass das so sein muss.

Darüber hinaus muss auch jede andere Handlung aufgearbeitet werden. Aber ich betone es noch einmal: Es gibt vier Strafanzeigen. Auch die werden von den rechtsstaatlichen Institutionen aufgearbeitet. Sie haben gesagt, Sie haben Vertrauen. Ich habe genau dieses Vertrauen, das Sie haben, dass das aufgearbeitet wird. Am Ende ist es immer eine disziplinarische Frage, ob ein Polizeibeamter falsch oder richtig gehandelt hat. Ich glaube, dass jeder in der Polizei, von den Gewerkschaften bis hin zur Polizeiführung, ein Interesse daran hat, dass gehandelt wird, wenn es Fehlhandlungen gab. Auch Polizisten sind Menschen und können Fehler machen, genauso wie in jedem anderen Bereich. Dann müssen die aufgearbeitet werden. Das wird selbstverständlich getan. Das ist keine Zusicherung von mir, das ist eine Selbstverständlichkeit. Das ist bereits – ich glaube, das ist Usus bei der Polizei – am Samstag angelaufen. Das findet statt. Das ist eine klare Lage.

Vorsitzender: Ich gehe davon aus, dass wir bei dem Punkt in der folgenden Sitzung des Innenausschusses über den Fortgang der Dinge unterrichtet werden, die heute vielleicht nicht vollständig beantwortet werden können.

Abg. **Janine Wissler:** Ich habe nur einen kurzen Punkt, den ich so nicht stehen lassen möchte. – Herr Innenminister, Sie haben davon gesprochen, dass es bisher vier Anzeigen gegen Polizisten gibt. Ich will nur darauf hinweisen, dass das nicht ganz einfach ist. Die Polizei hat einen Kessel gebildet und hat die Leute aus dem Kessel geholt und erkennungsdienstlich behandelt. Das heißt, da sind Namen und Adressen bekannt. Ich habe selbst mit dem Gedanken gespielt, einen Polizisten anzuzeigen, bei dem ich beobachtet habe, dass er sehr rabiat war.

(Minister Boris Rhein: Tun Sie es!)

– Gern, Herr Innenminister. Was soll ich sagen? Wie hat der ausgesehen? Er hat eine Uniform getragen und einen Helm, er war mittelgroß und männlich. – Das trifft auf 80, 90 % aller Polizeibeamten im Einsatz zu. Ich will an der Stelle die Frage Kennzeichnungspflicht nicht aufmachen. Aber ich glaube, das ist eine Frage, über die wir diskutieren sollten. Denn, Herr Innenminister, wie soll ich feststellen, wer dieser Polizist war, wer von diesen Tausenden Polizisten? Wie soll ich ihn beschreiben? Soll ich sagen: „Er hat blonde Haare oder dunkle Haare gehabt“? Ich habe doch gar keine Möglichkeit. Das ist doch bei

vielen Demonstranten das Problem, dass sie gar keine Möglichkeit haben, den Polizisten anzuzeigen. Man kann dann natürlich Strafanzeige gegen Unbekannt stellen, wenn 3.000, 4.000 Polizisten im Einsatz waren. Das kann man natürlich machen; aber das ist sehr Erfolg versprechend.

Das wollte ich so nicht stehen lassen. Ich glaube, dass es auch noch mehr als vier Anzeigen geben wird. Aber ich möchte noch einmal klarmachen, dass es sehr schwierig ist, Leute anzeigen, die Uniform tragen, die Helme tragen, die zum Teil wirklich verummmt waren. Ich habe zwei Polizisten nach ihrem Namen gefragt, was auch nicht unbedingt freundliche Reaktionen hervorgerufen hat. Es ist dann natürlich sehr schwer, Anzeige zu erstatten und Straftaten nachzugehen. Darauf möchte ich hinweisen. Die Zahl vier kann so nicht stehen bleiben, nach dem Motto: Es ist alles in Ordnung gewesen.

Auch die Presse hat darauf hingewiesen, dass es schwierig ist. Es gibt den Fall, dass ein Polizist angeblich das Mikrofon einer Kamera abgebrochen haben soll – das wurde mir im Kessel berichtet –, also eine Sachbeschädigung begangen hat. Wie soll man feststellen, wer dieser Polizist war? Das ist ein Problem. Deswegen kann man nicht sagen: Es gab nur vier Anzeigen, es ist alles in Butter.

(Zuhörer: Fragt man nach der Dienstnummer, wird man ausgelacht!)

Abg. **Dr. Frank Blechschmidt:** Die Diskussion ist nicht zu Ende. Das kann nicht unwidersprochen bleiben. Frau Wissler, angezeigt werden Sachverhalte. Anzeigen sind manchmal auch gegen Unbekannte. Ich sage Ihnen aus 25 Jahren Erfahrung: Aus einem unbekannten Sachverhalt ergeben sich Ermittlungsergebnisse. Ich persönlich habe in den letzten drei Tagen Fotos gesehen, da könnte ich Ihnen sieben, acht nennen, wo aufgrund des Fotos dokumentiert ist, dass der Beamte feststellbar ist. Wir müssen ganz runtergehen. Die Sachverhalte müssen angezeigt werden. Aus vielen Sachverhalten ergeben sich dann konkrete Ansätze und Strafverfolgungsmaßnahmen gegen Personen. Aber angezeigt werden Strafsachverhalte.

Ich stelle fest, dass im Moment nur vier Sachverhalte angezeigt sind. Es werden noch mehr dazukommen.

Vorsitzender: Schönen Dank. – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Wir schließen den Punkt für heute ab.

Im Anschluss behandeln wir noch den Dringlichen Berichts Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in öffentlicher Sitzung.

(Ein Großteil der Zuschauer verlässt den Saal – Große Unruhe)

Beschluss:

INA/18/95 – 06.06.2013

Der Innenausschuss hat Informationen des Ministeriums in öffentlicher und in nicht öffentlicher Sitzung entgegengenommen und besprochen.

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE, im öffentlichen Teil Bild- und Tonaufnahmen zuzulassen, wurde abgelehnt.

(CDU, SPD, FDP, GRÜNE gegen LINKE)

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE, im öffentlichen Teil zusätzliches, von ihr gestelltes Bild- und Videomaterial zu zeigen, wurde abgelehnt.

(CDU, FDP gegen SPD, GRÜNE, LINKE)

Punkt 10:**Dringlicher Berichts Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Zuwanderung aus
Bulgarien und Rumänien
– Drucks. [18/7442](#) –**

Abg. **Jürgen Frömmrich:** Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Der Deutsche Städtetag hat am 22. Januar 2013 ein Positionspapier zu diesem Themenkomplex vorgelegt und hat aufgeschrieben, dass es erhebliche Probleme im Zusammenhang mit der Integration von aus Bulgarien und Rumänien zugewanderten Menschen gibt. Er hat auch Maßnahmen gefordert, die Abhilfe schaffen, Maßnahmen insbesondere von Bund, Land, aber auch von der Europäischen Union. Auch in Hessen gibt es in diesem Bereich Herausforderungen, die wir dringend angehen müssen. Deswegen haben wir diesen Dringlichen Berichts Antrag gewählt und bitten um Beantwortung.

Minister **Boris Rhein:** Es ist ein Dringlicher Berichts Antrag. Ich will mich in der Sache nicht streiten, ganz im Gegenteil. Wenn gewünscht wird, dass ich ihn jetzt vortrage, trage ich ihn vor.

Ich will drei Punkte vorwegschicken. Er ist sehr umfangreich. Wir haben alles beantwortet. Er ist so ressortübergreifend, dass es innerhalb einer so kurzen Zeit unheimlich schwierig ist. Ein kleiner Bereich ist der Bereich des Innenministers. Aber ich habe ihn zugeordnet bekommen. Deswegen beantworte ich ihn auch. Wenn es gewünscht wird, mache ich das selbstverständlich. Ich kann Ihnen das aber auch schriftlich zur Verfügung stellen. Dann wäre das wie ein normaler Berichts Antrag, den ich Ihnen heute nicht vortrage, sondern den Sie schriftlich bekommen und das in der kurzen Frist.

(Abg. Jürgen Frömmrich: Bis wann?)

– Sie würden das bis Mitte nächster Woche bekommen.

Abg. **Jürgen Frömmrich:** Wenn Sie das zusichern, dann ist das für mich in Ordnung.

Daraufhin fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss:

INA/18/95 – 06.06.2013

Das Ministerium sagt zu, dem Ausschuss bis Mitte der 24. Kalenderwoche die schriftliche Antwort auf den Dringlichen Berichts Antrag zuzuleiten.

Die Beschlussfassung über den Dringlichen Berichts Antrag wird vertagt.

(Ende des öffentlichen Teils – es folgt der nicht öffentliche Teil)

















